

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

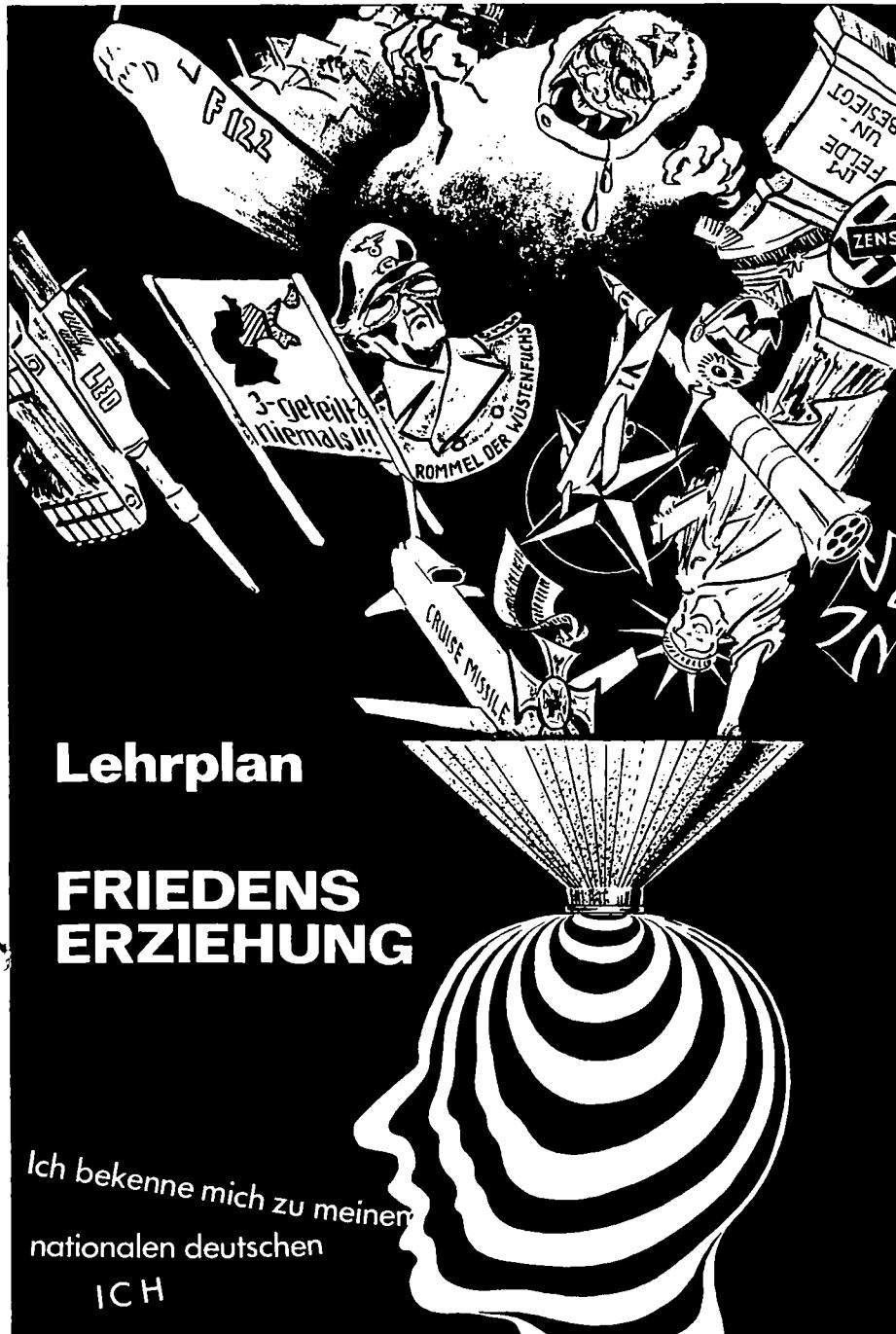
Politische Berichte



26. März 1983
Jg. 4 Nr. 6

G 7756 D

Preis:
2,50



Lehrplan

**FRIEDENS
ERZIEHUNG**

*Ich bekenne mich zu meinen
nationalen deutschen*

ICH



Lohnbewegung öffentlicher Dienst:
Alternative „Strategien für die Tarif-
politik“ passen wie die Faust aufs Au-
ge
Seite 10

Bundestagswahlen: Zur Beurteilung
des Bundestagswahlergebnis durch
revolutionäre Sozialisten
Seite 11

Urgestein: BILD-Imperialisten fordern
Entsättigungen für ausländisches
Rechtsschutzrecht
Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Wehrkundeunterricht: Wehrkundeunterricht als „nationale Aufgabe“. Der Schulapparat soll auf Expansion und Krieg getrimmt werden	Seite 3
Jugendverbände: Offen für die militaristischen Pläne der Bourgeoisie	Seite 4
Wehrkundeunterricht – Zwangsmittel zur Rekrutierung von militärischem Personal	Seite 5
 Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	
Asylrecht: Bundesregierung betreibt Auslieferung und Abschiebung von Asylbewerbern	Seite 7
Türkei: Einrichtung von Freihandelszonen	Seite 7
Haushaltsausstattung: Weniger, schlechter – die Kapitalisten ändern das Angebot für Arbeiterhaushalte	Seite 8
Lohnbewegung Metall: Nach dem Scheitern in Bayern ..	Seite 9
Neue Lohnstruktur: BVD blockiert die Forderung der IG Drupa	Seite 9
Lohnbewegung öffentlicher Dienst: Alternative „Strategien für die Tarifpolitik“ passen wie die Faust aufs Auge	Seite 10
Eigenbeteiligung an Krankheitskosten soll gestützt auf das Beamtenrecht durchgesetzt werden	Seite 11
Bundesarbeitsgericht: Urteil beseitigt Mitbestimmungsrecht	Seite 11
Wehrbeauftragter: Stärkung des Offiziers- und Unteroffizierskorps	Seite 12
Bundestagswahlen: Zur Beurteilung des Bundestagswahlergebnis durch revolutionäre Sozialisten	Seite 13
Stellungnahmen nach den Wahlen	Seite 14
 Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	
Bosch-Hildesheim: Sozialplan kann Folgen der Produktionsumstellung nicht aufheben	Seite 19
Buchhandel und Verlage: Lohnforderung Bayern: 7,5%, mindestens 150 DM	Seite 19
Teilzeitarbeit: Niedersächsische CDU-Regierung forciert die Ausweitung der Teilzeitarbeit	Seite 20
Ostermarsch 1983: Blockade als Form des Widerstandes	Seite 21
Hapag-Lloyd: Vorstand bläst zum Angriff auf die Löhne	Seite 21
Späths Europa-ökologische Offensive: Höhere Strompreise für die Haushalte und Vorteile für die BRD-Kapitalisten	Seite 22
Waldsterben – was ist saurer Regen?	Seite 23

Beamtenrecht: Aktueller politischer Unterricht unerwünscht

Seite 23

Polizeiüberfall: Außer Dienst, aber das macht nichts

Seite 23

Heidelberg: DVU-Bundesversammlung verleiht Rudel-Preis

Seite 24

Spionage-Prozeß: 2½ Jahre Gefängnis für Gewerkschafter

Seite 24

Ausbildung: Kapitalisten und Reaktion wollen das Ausbildungsniveau umfassend senken

Seite 25

Kapitalistenverbände versprechen 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze

Seite 26

Stichwort: Berufsausbildung

Seite 27

Internationale Nachrichten

Seite 28

Ungarn: BRD-Imperialisten fordern Erleichterungen für „ausländisches Risikokapital“

Seite 29

VR Polen: Volkswirtschaftsplan 1983 – 85 beschlossen..

Seite 29

Caterpillar: Sechs Monate Streik gegen Zugeständnisse .

Seite 30

Dänemark: Tarifabschluß innerhalb des 4%-Lohnrahmens

Seite 30

Samen/Norwegen: Die Regierung will den Kampf der Samen brechen

Seite 31

Schweden: Können die Kapitalisten Niedriglöhne durchsetzen?

Seite 31

Österreich: Wachsende Arbeitslosigkeit, Ausländerent- rechnung, Zwangsarbeit

Seite 32

Die BRD-Imperialisten sind die größten ausländischen Ausbeuter der österreichischen Arbeiter

Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft

Seite 34

,,Krieg und Frieden“: Die angebliche Verwandlung des großdeutschen imperialistischen Werwolfs in ein Opferlamm

Seite 34

Liberales zur Frauenemanzipation

Seite 34

Der Weg der Krone der Schöpfung

Seite 34

Udos „Odyssee“: auf deutschnationalem Kurs

Seite 35

NATO-Strategiedebatte: Von der Vorneverteidigung zur Vorwärtsverteidigung

Seite 35

Revision der Polnischen Westgrenze: Stresemann-Ära – Vorbild für westdeutsche Außenpolitik

Seite 36

Carl Meffert – Clement Moreau: ein Grafiker der Ausgebeuteten und Unterdrückten

Seite 37

Steuerlast und Sozialausgaben (I)

Seite 38

Indirekte Steuern: Finanzmittel für Kriegs- und Expansionspläne

Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzter; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S.28 – 33): Ulrike Kirchhof; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Wehrkundeunterricht als „nationale Aufgabe“. Der Schulapparat soll auf Expansion und Krieg getrimmt werden.

„Die Friedenserziehung hat die Kultusminister entzweit“, eine gemeinsame Empfehlung der Kultusministerkonferenz über „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“ sei endgültig gescheitert – mit solchen Kommentaren bedachte die bürgerliche Presse letzte Woche die Kultusministerkonferenz vom 16. März. Der Grund: kurz vor der Konferenz, auf der erneut über eine Empfehlung zur Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen beraten werden sollte, hatten die SPD-Minister und -Senatoren ihre Richtlinie bereits an den Schulen verteilen lassen. Damit, so die Reaktion der CDU/CSU-Kultusminister, sei die Grundlage für eine gemeinsame Beschußfassung aufgehoben. Sprachen's und erklärten die Konferenz für gescheitert.

Der Streit mutet lächerlich an. Haben die SPD-Minister etwa auf einmal ihre Abscheu vor der Propagierung vaterländischen Wehrwillens an den Schulen geäußert? Das Gegenteil ist der Fall! Mit der Veröffentlichung ihrer Richtlinie haben die SPD-Minister und -Senatoren vielmehr mit der Einführung des Wehrkundeunterrichts an allen Schulen in NRW, Hessen, Hamburg und Bremen begonnen. „Zu den Zielen eines solchen Unterrichts gehört es, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, daß der Bundeswehr ein fester Platz als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde. Diesem Auftrag ist sie durch das Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet“, heißt es in ihrer Richtlinie. Zur „Verwirklichung der Leitsätze im Unterricht“ hatte der Hamburger Schulsensor Grolle schon Ende November darauf hingewiesen, daß dabei hinzugezogen werden müßten: das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Präambel“, weiter „die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“ sowie „die von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen internationalen Verträge“. Mit anderen Worten: der verfassungsrechtlich festgeschriebene Anspruch der westdeutschen Imperialisten auf Wiederherstellung großdeutscher Herrlichkeit mittels „Wiedervereinigung“, die BVG-Urteile zum Grundlagenvertrag, zum KPD-Verbot, der Deutschlandvertrag usw.

Warum also die Aufregung der CDU/CSU? Was hindert die Unions-Länderregierungen daran, das gleiche für ihre Schulen vorzuschreiben? Zu-

mal die SPD-Minister und -Senatoren unmißverständlich erklärt, die Unionsparteien auch an weitergehenden Richtlinien für die Verbreitung chauvinistischer und expansionistischer Propaganda an den Schulen nicht hindern zu wollen. Der Hamburger Schulsensor Grolle: Nun seien sämtliche „Länder frei, Regelungen, die ihrer Überzeugung entsprechen, in den eigenen Schulen zu treffen“. Die Aufregung der CDU/CSU-regierten Länder und ihre Forderung, die Einführung des Wehrkundeunterrichts sei als eine „nationale Frage“ zu ernst, „um sie dem Parteienhickhack auszuliefern“, erklärt sich, wenn man genauer untersucht, was sich hinter dem unscheinbaren Titel „KMK-Richtlinie Friedensi-

ten erscheinen läßt, da sie mit heftiger Gegenwehr der Schüler, Lehrer, der Eltern und insbesondere der Gewerkschaften rechnen.

Wie weitreichend diese Ausrichtung des Schulapparates sein soll, lassen Äußerungen von Vertretern der Reaktion inzwischen erkennen. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Voigt am 15.1. vor dem wehrpolitischen Kongreß der CSU: „Der Wehrpolitische Arbeitskreis fordert deshalb eine umfassende Überprüfung der Lehrpläne an allen Schulen und eine Anpassung an die sicherheitspolitischen Erfordernisse. Auch die Ausbildungspläne im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung müssen vermehrt einer angemessenen und zeitgemäßen Vermittlung sicherheits-



Ein „staatsbürgerlicher Skandal“ ist nach Meinung des „Deutschen Lehrerverbandes“ das Scheitern der KMK vom 16. März. Bild: „Im Dienst für unsere Sicherheit in Freiheit. Soldaten bei der Gefechtsausbildung.“ Aus: Bildung Konkret, herausgegeben vom Deutschen Lehrerverband

cherung und Bundeswehr im Unterricht“ verbirgt. Denn dahinter steckt nicht nur die Absicht, die Untergrubung der Wehrbegeisterung, wie sie aus Anlaß der heftigen Demonstrationen gegen die öffentlichen Rekruteneidigungen und durch die Friedensbewegung offenkundig geworden ist, rückgängig zu machen. Die Reaktion hat vielmehr die feste Absicht, das gesamte staatliche Ausbildungssystem schärfer als je zuvor seit Bestehen der BRD auf die offene Propaganda der Expansionsziele der westdeutschen Imperialisten und auf die ebenso gewaltsame Einhämmerung vaterländischen Wehrwillens in die Köpfe der Schüler umzustellen. Eine Absicht, die den Unionsparteien ein einheitliches Vorgehen aller bürgerlichen Parteien gebo-

politischer Lerninhalte Rechnung tragen ... Schulbuchautoren und Verlage werden aufgefordert, angemessene Informationen zu Fragen der Landesverteidigung in die Schulbücher aufzunehmen bzw. bereitzustellen ... Darüber hinaus könnten Landesfilmdienste, Schulfernsehen und Schulfunk die Themen der Landesverteidigung berücksichtigen und ihr Programmangebot an diesbezüglichen Erfordernissen orientieren.“ Der Landesfilmdienst Bayern tut das schon. Er bietet den Schulen Filme über die Luftwaffe unter Titeln wie „Komposition aus Farbe, Abenteuer und Musik“ oder „Meister der dritten Dimension“ an, oder Filme wie „Vier im Leopard, die das Tempo lieben und im Team zusammenarbeiten.“

Jugendverbände: Offen für die militaristischen Pläne der Bourgeoisie

Die folgenden drei Beiträge wurden von Vertretern der jeweiligen Organisation gehalten während einer Diskussionsveranstaltung des Bundesministers der Verteidigung am 23./24. April 1981 zum Thema „Soldat und Gesellschaft“.

Deutsche Sportjugend, Beitrag der Vorsitzenden Erika Dienstl:

„In der Frage der politischen Bildung meine ich, daß die Landesverteidigung in den letzten Jahren viel zu kurz gekommen ist. Es wäre an der Zeit, daß sich die großen Verbände einmal sehr konkret mit diesem Problem beschäftigen würden. Ganz gleich, ob man positiv oder negativ dazu eingestellt ist, müßte wertfrei darüber diskutiert werden. Zum Beispiel haben wir uns innerhalb unseres Verbandes sehr intensiv mit der Frage des Zivildienstes beschäftigt ... Unser Problem ist, daß wir den Dienst in der Bundeswehr mit all seinen Problemen bis jetzt ausgespart haben ...“

Unserem Schulsystem muß ich den Vorwurf machen, daß es keinerlei ge-

schichtliche Aufklärung betreibt und historische Kenntnisse nicht vermittelt. Es fehlt völlig das Wissen um preußische Geschichte. Ebenso gibt es kaum Kenntnisse über die Bündnisverhältnisse vor den beiden Weltkriegen. Beides ist nach meiner Meinung unbedingt notwendig, um zu verhindern, daß Fehler der Vergangenheit erneut passieren, und zum anderen, um die heutige Struktur und den Aufbau der Bundeswehr zu verstehen ...“

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, Beitrag des Generalsekretärs Schmieder:

„... Ich glaube nicht, daß es möglich ist, einzelne Dinge aus dem Traditionsbasis der Wehrmacht des Dritten Reiches herauszunehmen und dann zu sagen, das wählen wir uns und anderes nicht. Man kann überhaupt nicht mehr anknüpfen und man sollte es nicht tun, wenn man für diese Bundeswehr irgend etwas Positives will ... Das Thema „Bundeswehr und Gesellschaft“ kann man nicht diskutieren,

wenn man nicht gleichzeitig das Problem der Kriegsdienstverweigerer und deren Behandlung durch die Gesellschaft mitdiskutiert. Es wird für die Bundeswehr sehr notwendig sein, das Gespräch mit den Arbeitsgemeinschaften direkt zu suchen und Kriegsdienstverweigerung herauszunehmen aus der Zone des gesellschaftlich eigentlich nicht Erlaubten.“

Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Beitrag des Bundesvorsitzenden Homberg:

„Ich glaube, daß der Auftrag der Bundeswehr auch bei jungen Menschen richtig angekommen ist und auch grundsätzlich verstanden worden ist ... Mit der Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft tut sich die Bundeswehr selbst schwer. Ich stelle das an unserer Arbeit im Bund der Deutschen Katholischen Jugend fest. Unsere „Aktion Kaserne“ hat sehr große Schwierigkeiten, wenn sie versucht, Elemente der Jugendarbeit, Forderungen nach mehr Demokratisierung, nach mehr Mitwirkung, nach mehr Information zu realisieren. Ich würde mir wünschen, daß Integration auch in diesen praktischen Bereichen erlebbarer und erfahrbare wird.“

Und wann entsprechen die Lehrpläne solchen „sicherheitspolitischen Erfordernissen“? Wenn sie, so der vorläufig letzte veröffentlichte Entwurf der CDU/CSU, folgende „Lernziele“ enthalten: „Nach dem zweiten Weltkrieg hat es nicht an Versuchen der Sowjetunion gefehlt, ihren Machtbereich noch über das bereits von ihr kontrollierte Gebiet hinaus auszudehnen ... Wehrdienst in der Bundeswehr ist daher unmittelbar ein Dienst für die Erhaltung des Friedens. Die Wehrpflicht entspricht den Interessen der Bevölkerung ... alle männlichen

Schüler sollen den Sinn des Wehrdienstes verstehen ... Die NATO hat sich zum Ziel gesetzt, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.“ Der Schüler widerspricht, verweist etwa auf die türkische Militärjunta oder gar auf die territorialen Ansprüche der BRD-Imperialisten gegenüber Polen, der Sowjetunion, auf den Verfassungsauftrag der Bundeswehr zur Wiederherstellung großdeutscher Herrlichkeit und zur

Unterdrückung innerer Unruhen? Fünf! Sitzengeblieben!

Die so angestrebte Militarisierung des Schulunterrichts soll nun keineswegs einfach durch ein neues Fach „Wehrkunde“ erreicht werden. Sie soll vielmehr, und da sind sich *alle* bürgerlichen Parteien bereits einig, in *allen bereits bestehenden* Fächern verwirklicht werden. Insbesondere, so die CDU/CSU, „in den Fächern Gemeinschaftskunde ... und Geschichte. Es kann auch Gegenstand der Fächer evangelische bzw. katholische Religion sein ... Bestimmte Aspekte des Themas können zudem in den Fächern Deutsch und Geografie erarbeitet werden.“ Mit Unterstützung geeigneter Offiziere der Bundeswehr im Unterricht, versteht sich: „Das Sach- und Informationsangebot der Bundeswehr sollte vorurteilsfrei im Unterricht benutzt werden. Studienbesuche bei Einrichtungen der Bundeswehr gestatten konkrete Einblicke in die Realität des Wehrdienstes.“

Wär' das nichts? Morgens zum Schulbeginn das Deutschlandlied, im Deutschunterricht dann Lyrisches aus dem Schützengraben, im Religionsunterricht gemeinsames Nachdenken über die Aufgaben der Militärseelsorge im Kampf gegen den atheistischen Kommunismus, in Gegenwartskunde ein Besuch in der Kaserne, in Erdkunde Auswendiglernen der Bodenschätze in den Gebieten „unter vorläufiger



Generalmajor Hans K. Nolzen, Kommandeur der Korpstruppen des 1. Korps der Bundeswehr (rechts, neben Lambsdorff), am 13.2. in der „Bild am Sonntag“: „Wer als Erzieher glaubt, „dieser Staat ist nicht verteidigungswürdig“, der sollte die Konsequenzen ziehen.“ Links: Kohl beim 3. Korps in Koblenz zu Besuch.

DGB-Bundesjugendkonferenz, 21. 11. 1981, Wehrunterricht und vormilitärische Ausbildung:

„... Die Gewerkschaftsjugend hat sich immer dagegen gewandt, daß in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland ein Fach „Wehrkunde“ eingeführt oder auf andere Weise Wehrpropaganda in den Schulen betrieben wird ... Im CDU-Entwurf ... sieht die Gewerkschaftsjugend den Versuch, die Schule als Propagandainstrument für die Bundeswehr zu mißbrauchen.“

Aufgrund der politischen Situation in Mitteleuropa ... kann die Gewerkschaftsjugend in der Bundesrepublik Deutschland nicht dazu schweigen, daß die Jugendlichen in der DDR ... an einem „Wehrunterricht“ teilnehmen müssen ... Aus den Erfahrungen der gemeinsamen Geschichte muß in beiden deutschen Staaten die Konsequenz gezogen werden, daß die Erziehung zum Frieden in den Schulen von grundlegender Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa ist ...“

Quellenhinweis: Soldat und Gesellschaft, Protokoll der Diskussion des Bundesministers der Verteidigung mit Soldaten und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am 23. und 24. April in Bonn, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 172, Bonn 1981

polnischer Verwaltung“, in Musik ein fröhliches „Schwarzbraun ist die Haselnuß“ und zum Abschluß vaterländische Turnübungen?

Daß solch vaterländischer Unterricht brutale Unterdrückung und Indoktrinierung aller Schüler – mit Ausnahme der wenigen, denen väterlicher Fabrik- oder Grundbesitz ganz zwangsläufig zu solcher Gesinnung verhelfen – zwingend erforderlich macht, ist den Unionsparteien völlig klar. Ebenso, daß eine weitere Verschärfung der Unterdrückung der Lehrer dafür unumgänglich ist. „Wie wird an einer Oberstufe des Gymnasiums“, so das CDU-MdB Daweke, „eigentlich der Lehrer betrachtet, der Wehrdienst gemacht hat und vielleicht Reserveoffizier ist? Nach meinen Erfahrungen gibt es hier offensichtlich einen Nachholbedarf.“

Die GEW hat das vorläufige Scheitern des KMK-Beschlusses begrüßt. Aber ohne daß die GEW, die Vertretungen der Schüler und die anderen Gewerkschaften eine gründliche Kritik der expansionistischen Ziele der westdeutschen Imperialisten beginnen, ist schwer zu sehen, wie sie die Angriffe der Reaktion zurückzuschlagen wollen.

Quellenhinweis: GEW, Erziehung und Wissenschaft Heft 7-8/82 (enthalt u.a. den letzten CDU-Entwurf zum Wehrkundeunterricht); Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Friedenserziehung in der Schule, Empfehlung der Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1983; Wehrpolitischer Kongreß der CSU, Sicherheit für Deutschland, 15.1.1983; Bild am Sonntag, 13.2.; Kölner Stadtanzeiger, 17. und 18.3.; FAZ, 18.3.; Süddeutsche Zeitung, 17.3.

Wehrkundeunterricht – Zwangsmittel zur Rekrutierung von militärischem Personal

Der Eifer der herrschenden Klasse, ein Fach Wehrkunde an den Schulen einzuführen, hängt eng mit ihrem Problem zusammen, militärische Führungskader aus Klassen und Schichten rekrutieren zu müssen, deren Interessen sich mit den ihren nicht decken. Bei Bildung der Bundeswehr hatte sie bewußt auf unter den Faschisten gediente Offiziere und Unteroffiziere zurückgegriffen. Ende der sechziger Jahre begann sich diese Quellen der Rekrutierung zu erschöpfen. Zur gleichen Zeit wuchs der Bedarf an Leuten mit technischen Kenntnissen und Fertigkeiten. Dies hatte zur Folge eine Umwälzung in der Zusammensetzung des Offiziers- und Unteroffizierskorps nach der sozialen Herkunft. Das akute Problem bei der Rekrutierung für die Bundeswehr insgesamt, die zunehmende Wehrdienstverweigerung, bildete den zweiten Grund, warum die Bourgeoisie zu dieser Zeit begann, Wehrkundeunterricht in den Schulen zu propagieren. Zwar bestand seit 1959 die Institution des Jugendoffiziers, der in den Schulen verwendet werden soll. Ein Curriculum für eine Unterrichtseinheit „Bundeswehr – ein Beitrag zum Frieden?“ wurde jedoch erst 1975 von der Arbeitsgruppe Sozialkunde/Limburg ausgearbeitet.

Bundeskanzler Brandt schrieb am 19.11. 1970 an die Ministerpräsidentenkonferenz: „Das Problem ... auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, ist die Tatsache, daß Fragen der Verteidigung im Rahmen der Friedenserziehung im Sozialkundeunterricht und in den Lehrbüchern ... unzureichend behandelt werden. Das gilt auch für den Auftrag und die Stellung der Bundeswehr in unserer Demokratie.“ Der damalige Verteidigungsminister Schmidt verfolgte denselben Kurs. Im Mai 1971 kritisierte er, daß es in einigen Schulen zum guten Ton gehöre, „auf die eine oder andere Weise den Wehrdienst zu verweigern“. Im Juli 1972 bemängelte sein Nachfolger Leber (SPD) im Fernsehen „die Lustlosigkeit der Lehrer ... die Notwendigkeit des Wehrdienstes im Unterricht zu begründen“. Haargenau zur gleichen Zeit forderte die CDU einen Wehrkundeerlaß für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Verteidigungsminister Apel bot im Dezember 1980 der Kultusministerkonferenz seine Unterstützung dafür an, „in der jungen Generation ... generell das Bewußtsein für die Rechte und Pflichten des einzelnen gegenüber dem Staat als

Voraussetzung auch für den Dienst in der Bundeswehr“ zu vertiefen.

Vor der Notwendigkeit, sich stärker als sonst der ideologischen Bearbeitung der Führungskräfte zu widmen, stand die deutsche Bourgeoisie immer in der Zeit unmittelbarer Vorbereitung von großen Kriegen. Die Reichsbourgeoisie sah sich erstmals mit dem Problem konfrontiert in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, als sie das Offiziers- und Unteroffizierskorps erheblich ausdehnte. Bis dahin



Propagandafoto zur Erinnerung an ein Manöver im Kaiserreich

hatte sie ihre Auslese nach ihren Wünschen gestalten können, hatte das Offizierskorps im wesentlichen aus dem Adel, den höheren Beamten und zu einem kleinen Teil aus den Kapitalistenfamilien rekrutieren können. Streng davon getrennt waren die Unteroffiziere, die mit Vorliebe aus den Schichten der ländlichen Kleinbourgeoisie gezogen wurden.

In der Weimarer Republik bot sich der herrschenden Klasse erneut die Möglichkeit, ihren Offiziersbedarf aus den reaktionärsten und am stärksten nationalistisch gesonnenen Kreisen zu gewinnen, da ihr Bedarf klein war aufgrund der Vorschrift des Versailler Friedens, die Stärke der Armee auf 100000 Mann zu begrenzen. Sie war ebenso wenig wie im Kaiserreich darauf angewiesen, eine besondere Indoktrination in den Schulen durchzuführen, da die Unterdrückung der Soldaten durch Führungskräfte mit eigenem Interesse gewährleistet werden konnte. Ein erneuter Umschwung begann mit dem Machtantritt der Faschisten.

Quellenhinweis: FAZ 14.3. 1983; D. Bald, Vom Kaiserheer zur Bundeswehr, Frankfurt a.M., Bern 1981

DM rauf — von wegen „exportbelastend“!

„Gravierende Exportbelastungen“, eine „zusätzliche Belastung für den Wettbewerb“ — mit solchen Kritiken reagierte der BDI Anfang der Woche auf die neuerliche Aufwertung der DM im Rahmen des EWS. Als wenn die Aufwertung der DM ein Zeichen der Schwäche der westdeutschen Kapitalisten ist! Wenn das so wäre, dann wären die BRD-Imperialisten in den letzten Jahren im Konkurrenzkampf mit ihren imperialistischen Rivalen um Längen zurückgefallen. Denn seit 1973 ist die DM gegenüber den Währungen der 23 größten Handels„partner“ der BRD um 55% aufgewertet worden. Bekanntlich haben die westdeutschen Imperialisten in dieser Zeit aber an allem anderen als der Schwindskucht gelitten. Ihre Direktinvestitionen im

Ausland stiegen von 32 Mrd. DM 1973 auf 103 Mrd. DM Ende 1982, ihre Kredite an ausländische Schuldner erreichten nie zuvor erreichte Höhen. Bei den Warenexporten erzielten die westdeutschen Kapitalisten 1982 mit Exporten von 427,8 Mrd. DM gleich noch den höchsten Überschuss der Warenexporte über die Warenimporte, den je eine imperialistische Macht erzielt hat. Eine Aufwertung der DM war also seit Monaten absehbar. Denn: Jede Ausweitung der Exporte der BRD-Imperialisten zwingt die mit diesem Warensegen beglückten ausländischen Kapitalisten und Regierungen, auf den Devisenmärkten DM nachzufragen, um irgendwann ihre Rechnungen zu bezahlen. Jede Ausweitung der Exporte der westdeut-

schen Kapitalisten steigert aber auch das Interesse ausländischer Kapitalbesitzer, durch den Kauf westdeutscher Aktien usw. an diesen Profiten teilzuhaben. Beides aber treibt den Kurs der DM nach oben. „Wir bezahlen die sozialistischen Experimente“ in Frankreich, hat die Bild-Zeitung am Montag die DM-Aufwertung kommentiert. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Lohnabhängigen haben schon bezahlt durch schwere Lohnsenkungen und brutale Intensivierung der Arbeit, bevor die westdeutschen Kapitalisten mit der neuerlichen Aufwertung der DM jetzt die Ernte einfahren — eine Aufwertung, die ihnen nicht nur ihre Warenimporte, insbesondere die Rohstoffimporte, weiter verbilligt, sondern die ihnen auch erlaubt, ausländische Fabriken neuerlich billiger als zuvor zu erwerben.

Anzeige

Arbeitsmaterialien — erstellt von Delegierten-Arbeitsgruppen im Auftrag der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK

Arbeitsmaterialien I

Arbeitsgruppe 2.1.: Entschließung betreffend Forderungen, die gegen die Ursachen imperialistischer Kriege wirksam sein können, dabei insbesondere: — a. Untersuchung der Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg. — b. Untersuchung, welches die Hauptmerkmale der seit dem zweiten Weltkrieg neuerlich eingetretenen Ungleichmäßigkeit sind und welche politischen Bewegungen und Forderungen auf die Entwicklung der imperialistischen Konkurrenz eventuell dämpfend gewirkt haben. — c. Überprüfung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Forderungen nach neuer Weltwirtschaftsordnung nach in dieser Hinsicht nützlichen Wirkungen.

Arbeitsgruppe 2.2: Entschließung betreffend die Forderungen nach Austritt aus der EG und nach Austritt aus der NATO, dabei insbesondere: — a. Bedeutung dieser Organisationen für die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz. — b. Kritik der völkerrechtlichen Stellung dieser Bündnisse und gegebenenfalls Forderungen dagegen. — c. Wirtschaftliche Perspektiven bzw. Probleme bei Austritt z.B. aus der EG und daraus zu ziehende Konsequenzen.

Arbeitsgruppe 2.3: Entschließung hinsichtlich faschistischer Entartung des bürgerlichen Rechtsstaates, dabei: — a. Stellung der Kommunisten zur Verfassung unter diesem Gesichtspunkt sowie — b. Stellung zur Verfassung als Ausdruck brutalen Selbstbehauptungswillens der Kapitalisteklasse. Preis: 12 DM

Arbeitsmaterialien II

Arbeitsgruppe 1.1.: Entschließung zur Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik insbesondere unter den Gesichtspunkten: — a. Einheitsfrontpolitik zur Herstellung der Einheit der arbeitenden Klassen, d.h. der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und der arbeitenden Kleineigentümer gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat. — b. Forderungen zur Stärkung der Kommunen und der Rechte kommunaler Selbstverwaltung gegenüber dem Staatsapparat. — c. Forderungen, die materiell Leistungsansprüche an die Sozialversicherung schützen und dem Kampf um deren Selbstverwaltung dienen.

Arbeitsgruppe 1.2.: Entschließung der Organisation zu umlaufenden Forderungen hinsichtlich der Welt-

wirtschaftsordnung, dabei insbesondere: — a. Forderungen, die der internationalen Arbeitereinheit im Kampf um Lohn- und Lebensstandard dienen. — b. Forderungen, die den durch die imperialistische Ordnung der Weltwirtschaft unterdrückten Völker dienen. — c. Forderungen, die die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern zügeln.

Arbeitsgruppe 1.4: Stellung der Organisation zu umlaufenden Reformforderungen, die das kapitalistische Wirtschaftsstaaten betreffen und insbesondere: — a. Stellung zu Gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, einschließlich Stellung zu staatlich bzw. kommunalen und regionalen Unternehmungen besonderer Rechtsstellung. — b. Stellung zu den kooperativen Unternehmensformen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft.

Arbeitsgruppe 1.5: Die Unterstützung bestimmter Forderungen der Verbände der Bauern und kleinen Gewerbetreibenden gegen das große Kapital setzt voraus die Untersuchung der Verbandsstrukturen und der Stellungnahmen und Forderungen zu aktuellen politischen Fragen dieser Verbände. Preis: 8 DM

Arbeitsmaterialien III

Arbeitsgruppe 1.3.: Entschließung zu umlaufenden Forderungen auf gesetzliche oder tarifliche Arbeitsordnung, dabei insbesondere: — a. Forderungen zur Stellung der Betriebsräte, insbesondere hinsichtlich gestaltender Einflussnahme auf Berufsbilder und Zusammenfassung von Teilarbeiten zu Arbeitsplätzen. — b. Forderungen auf das Tarif- und Streikrecht der Gewerkschaften. — c. Forderungen an die gesetzliche Arbeitsordnung.

Arbeitsgruppe 1.6: Entschließung zu den Bedingungen, wie sie sich für die Fortsetzung des Klassenkampfes nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und seine Verbündeten und nach der Enteignung der Kapitalisteklasse ergeben, insbesondere aus den Erfahrungen in der SU und China soll die Untersuchung klären: — a. Welche Bedeutung die Fortexistenz der Warenproduktion für die Entwicklung der Planwirtschaft hat. — b. Welche Bedeutung die Fortexistenz des kapitalistischen Weltmarkts hat. — c. Welche Schritte zur richtigen Behandlung des Widerspruchs Stadt und Land, geistiger und körperlicher Arbeit eingeleitet werden müssen.

Arbeitsgruppe 3.1: Entschließung zu umlaufenden Forderungen auf das Familienrecht. Preis: 8 DM Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/517457

Schleswig-Holstein Landtagswahlen

Bei den Erststimmen haben die CDU 55 000 = 0,8%, die SPD 57 000 = 0,6%, die FDP 900 und die Grünen 700 Stimmen weniger als zu den Bundestagswahlen erhalten. Die DKP war stimmengleich. Im Vergleich mit der Landtagswahl 1979 hat die SPD in den großen und Mittelstädten ihre Position ausbauen können und ihr bestes Ergebnis von 1947 um 0,1% mit 43,7% fast wieder erreicht. Die DKP hat ca. 50% ihrer Wähler verloren. Eine andere Partei oder Organisation, die offen für den Kommunismus eintritt, hat nicht kandidiert. Die Linke Liste hat in den Städten Neumünster, Kiel und Lübeck kandidiert. Sie erhielt knapp 110 Stimmen. In der Linken Liste arbeiten Mitglieder der MLPD und der KPD mit. Das Abschneiden der Grünen mit 3,6%, verglichen mit den Erststimmen zur Bundestagswahl, überrascht nicht. Vergleicht man es allerdings mit den Wahlergebnissen für die Grünen in anderen Bundesländern, ist die Frage zu beantworten, warum haben sie die 5%-Sperrklausel nicht brechen können? 1. Die Fusion mit der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH). Teile der GLSH, darunter der Nationalist Baldur Springmann gründeten die Grünen Demokraten (0,1%). Diese kandidierten in sehr wenigen Wahlkreisen, wurden aber von der bürgerlichen Presse stark gepöppelt. 2. SPD, FDP und CDU haben sich betont ökologisch gegeben. In der Woche nach der Bundestagswahl wurde der SPD-Ökominister Heydemann, der der SPD allerdings nicht angehört, ebenfalls in der Presse hervorgehoben. 3. Beim Auftreten der Grünen und der SPD und deren Forderungen waren nach außen hin kaum Unterschiede zu erkennen. Zwei weitere Faktoren dürften auch ihre Auswirkungen gehabt haben, a) der geringe Organisationsgrad der Grünen (sie haben nicht halbsoviel Mitglieder wie die DKP) und b) der geringe Bekanntheitsgrad des Programms der Grünen. Da aber alle bürgerlichen Parteien keinen programmatischen Wahlkampf geführt haben, kamen die unterschiedlichen Forderungen nicht zum Tragen. Die Grünen planen, ihr Hauptarbeitsgebiet auf Kommunalpolitik auszurichten und die außerparlamentarische Arbeit aufzunehmen.

Asylrecht

Bundesregierung betreibt Auslieferung und Abschiebung von Asylbewerbern

Anfang März hat die Bundesregierung 40 türkische Staatsangehörige, deren Asylanträge abgelehnt worden sind, ausgewiesen. Die Asylannten wurden auf dem Istanbuler Flughafen in Haft genommen. Ein Ergebnis der Asylbe seitigungspraxis, die die Regierung Schmidt/Genscher 1978 mit ersten Änderungen des Asylrechts eingeleitet hatte und die mit dem Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensgesetzes am 1. August 1982 ihren rechtlichen Rahmen gefunden hat. Alle Bundestagsparteien hatten für dieses Gesetz plädiert, um, so erklärte z.B. der Bundesrat, „den Aufenthalt von Personen, die mit ihrem Asylbegehrn asylfremde Zwecke verfolgen, möglichst schnell“ zu beenden.

Immer häufiger wurden in den vergangenen Monaten Versuche der Bundesregierung und des Bundesamtes für Asylfragen bekannt, durch Feststellung „unbegründeter oder asylfremder“ Anträge die Vernichtung der fortschrittlichen und revolutionären Opposition in der Türkei zu unterstützen. Die GEW enthüllte einen Versuch des Bundesbeauftragten für Asylfragen in Zirndorf, der seine Berufung gegen die Asylanerkennung eines Mitgliedes der in der Türkei verfolgten Gewerkschaft DISK folgendermaßen begründete: „Die Aktivitäten des Gewerkschaftsbundes DISK und der ihm nahestehenden Einzelgewerkschaften sind u.a. auf die Errichtung der Diktatur einer Gesellschaftsklasse, Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Grundordnung der Türkei und auf gewalt samem Kampf gerichtet. Ihre Verfolgung wäre

strafrechtlicher und nicht politischer Natur im Sinne des Asylrechts.“

Gegen die Auslieferung des Türkens Kemal Altun, die die Bundesregierung zunächst verfügt und jetzt verschoben hat, haben zahlreiche Personen, u.a. auch der Präsident des Europäischen Parlaments, protestiert. Über den Asylantrag ist noch nicht entschieden. Er hatte in der Türkei in einer linken Studentenorganisation gearbeitet, sein Bruder ist Mitglied der sozialdemokratischen CHP und war Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die türkische Militärjunta versucht, Kemal Altun und seinem Bruder die Beteiligung an der Erschießung des früheren Zollministers nachzuweisen. Für die Auslieferung von K. Altun stellte sie zunächst einen Haftbefehl wegen Mordverdacht aus, nachdem die Bundesregierung angefragt hatte, ob irgendetwas gegen Altun vorliege. Da für Mord die Todesstrafe verhängt wird in der Türkei, konnte die BRD Altun nicht ausliefern. Die Militärregierung reagierte prompt und änderte ihr Auslieferungsersuchen auf Beihilfe zum Mord.

Der Kurde Y. Sen führt derzeit einen Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht, um seine Auslieferung an die Militärjunta in der Türkei zu verhindern. Die Militärjunta hatte die Auslieferung von Sen beantragt, einen Monat nach dem das Asylgesuch Sens vom Verwaltungsgericht in erster Instanz abgewiesen worden war. Das Asylverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Sen war Mitglied der CHP und Sprecher des demokratischen Hochschul- und Stu-

dentenvereins Ankara. Die türkische Regierung begründet das Auslieferungsersuchen mit einem Urteil, das 1978 in Abwesenheit gegen Sen gefällt wurde. Er soll an der Ermordung eines faschistischen Studenten beteiligt gewesen sein, obwohl er zum Zeitpunkt der Tat nicht an der Hochschule war.

Selbst das Europäische Parlament stellte am 11. Februar in einer Entschließung fest, daß Beschuldigungen der türkischen Militärjunta, „kriminelle Handlungen ohne politische Hintergründe begangen zu haben, sich in einer Reihe von Fällen als fragwürdig erwiesen“ haben und appellierte an die Mitgliedstaaten, „die Auslieferungser suchen der türkischen Regierung mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.“

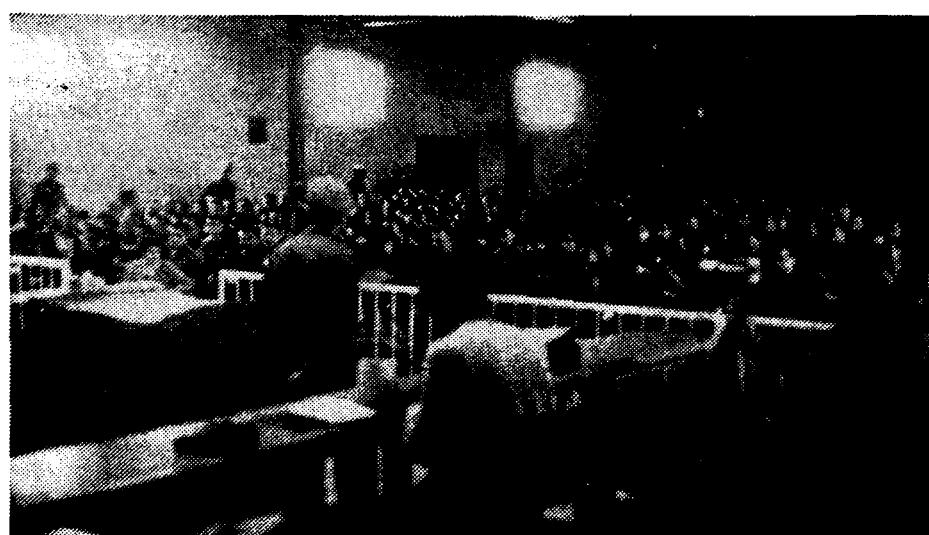
Quellenhinweis: Asylrecht und Asylpraxis in der BRD, Hrsg. von C.E.D.R.I., Missionstr. 35, Postfach, CH 4002 Basel; GEW-Korrespondenz, hrsg. vom Hauptvorstand, Dokumentation zum Asylrecht in der Bundesrepublik v. 16. März 1982; Bundestagsdrucksache 9/2409

Türkei Einrichtung von Freihandelszonen

Schon im letzten Jahr forderten die westlichen Imperialisten, daß die Türkei Freihandelszonen einrichten soll. Anfang des Jahres besuchte nun Juntachef Evren u.a. Südkorea, wo Freihandelszonen existieren und ausländisches Kapital dadurch angezogen wird. Evren erklärte, daß in der Türkei schon in diesem Jahr drei Freihandelszonen errichtet werden.

Jetzt hat das US-Kapitalistenblatt „Wall Street Journal“ erste Einzelheiten über diese „Freihandelszonen“ veröffentlicht. Alle drei sollen am Mittelmeer liegen, eine in der Nähe von Izmir, eine bei Antalya und die dritte bei Iskenderum, wo sich die türkisch-iranische Öl-Pipeline und der größte Stahlkomplex der Türkei befinden. Die faschistische Militärjunta will den Imperialisten Straßen und Kommunikationssysteme bauen lassen. Die Zölle für Ein- und Ausfuhren sollen gesenkt werden, ebenso wie die Steuern auf Produktionsanlagen und Gewinne. Die Militärjunta berät über ein generelles Verbot der Gewerkschaften in den Freihandelszonen, was nach dem geplanten Gewerkschaftsgesetz möglich wäre. Erklärte Absicht ist es, dadurch die Löhne noch unter das Elendsniveau, das ansonsten in der Türkei herrscht, zu drücken und die Ausbeutungsrate dementsprechend zu erhöhen.

Darüberhinaus wird in den Freihandelszonen das Gesetz Nr. 6224 über die ausländischen Investitionen vollständig außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz beinhaltet z.B., daß ausländisches Kapital der Entwicklung des Landes nutzen muß. Mit der Einrichtung der Freihandelszonen hätten die Imperialisten



9,6% aller Asylanträge sind 1982 anerkannt worden. Gegen 222 Genehmigungen von 375 für Türken und Kurden legte der Bundesbeauftragte Berufung ein und betreibt so die Überführung an türkische Gerichte (Bild)

sämtliche Schranken der Ausbeutung und der Ausplünderung der Türkei eingerissen und die Freihandelszonen können als Ausgangsbasis zur Durchdringung des Landes mit ausländischem Kapital benutzt werden.

Ein weiterer Punkt wird nun von den Imperialisten angestrebt. Seit 1977 ist der Türkische Lira nicht frei in westliche Währungen konvertierbar. Die hohe Auslandsverschuldung führt zur Devisenknappeit, weshalb der Türkische Lira nicht in unbegrenzten Mengen in westliche Währungen gewechselt werden kann. Ein Teil der türkischen Bourgeoisie erhofft sich,

dass über die Freihandelszonen Devisen ins Land kommen und so der Lira wieder frei konvertierbar wird.

Die Imperialisten aber verlangen, daß die Geschäfte in den Freihandelszonen in Dollar getätigten werden sollen. Das bedeutet nichts anderes, als daß nicht nur die Gewerkschaftsrechte aufgehoben werden sollen, Zölle und Steuern gesenkt und das Gesetz über ausländische Investitionen außer Kraft gesetzt wird, sondern auch noch, daß der türkische Staat die Währungshoheit über die Freihandelszonen verliert.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 7.3.1983; türkei infodienst Nr. 48 und 51/1983

dieser Lohn gering und die Beschäftigung unregelmäßig und unsicher war, kann sich ein solcher Haushalt, wenn die gestiegenen Ausgaben für Kinderbetreuung wegfallen, sogar noch besser stellen, wenn die Frau statt ihrer Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, den Haushalt führt.

In aller Regel aber und für eine große Zahl von Haushalten der Lohnabhängigen wird sich der Konsum stark verringern, wenn den Kapitalisten erneut Lohnsenkungen gelingen. Wir haben uns auf der Kölner Eisenwarenmesse, einer Hauptswarenmesse, die sich an Einzelhändler richtet, danach umgesehen, welche Lebensumstände in den Arbeiterhaushalten die Kapitalisten in der nächsten Zeit erwarten. Die dort beobachteten Tendenzen sind durchaus begründet, führen doch die Kapitalisten vor Markteinführung ihrer Produkte Erhebungen der bestehenden und zu erwartenden Haushaltsumstände durch.

Die Haushalte der Lohnabhängigen sollen sich in engsten Wohnverhältnissen einrichten. „Bieten Sie Ihren Kunden Problemlösungen für's Bad“, so pries ein Hersteller von Badezimmermöbeln seine Produkte an. Die „Problemlösung“ für ein Bad in Handtuchgröße – Badewanne, Waschbecken, Toilette und ein schmaler Zugang –, wenn zugleich die übrige Wohnung so klein ist, daß kein Platz bleibt, um Handtücher, Putzmittel usw. aufzubewahren, sind winzige Schränchen, die um die Badewanne aufgestellt, darüber oder über der Toilette und in den Ecken aufgehängt werden können.

Bereits bei der Grundeinrichtung der Wohnungen erwarten die entsprechenden Kapitalisten eine Senkung des Ausstattungsstandards. So bieten sie in den unteren Qualitätsstufen der Badezimmereinrichtung – Waschbecken, Handtuchhalter, Seifenschalen usw. nur noch in Kunststoffen statt in Keramik und Metall an. Das senkt zwar die Kosten für diese Ausstattung und verbilligt meist auch die Montage, da aber die meisten billigeren Kunststoffe bei Anwendung scharfer Reinigungsmittel verspröden, leidet bald das Aussehen und die Hygiene.

Die Möbelfabrikanten erwarten, daß künftig ein größerer Teil der Lohnabhängigen weniger Geld für die Haushaltsausstattung aufbringen kann. Ikea, eine Firma, die bislang hauptsächlich Billigmöbel für Haushalte von wenig verdienenden Alleinstehenden angeboten hatte, sieht neue Käufer-Schichten: Jungverheirateten mit Kleinkind wird eine komplette Haushaltsausstattung ohne Elektrogeräte vom Handtuch über Teller bis zu Bett und Schränken für rund 11 000 DM angeboten. Das Bett ist schmäler (1,60 m statt der üblichen 2,00 m), die Matratzen sind dünn (11 cm) und aus

Haushaltsausstattung

Weniger, schlechter – die Kapitalisten ändern das Angebot für Arbeiterhaushalte

Die Kapitalisten haben gegen die Arbeiterbewegung eine Senkung der Lohn- und Gehaltssumme durchgesetzt und sie beabsichtigen weitere Senkung in Zukunft. Die vergangenen Regierungen haben die Versicherungsleistungen beschnitten und damit die Mittel, die in den Konsum der Lohnabhängigen fließen. Die jetzige Regierung hat bereits allerhand Absichtserklärungen in die Welt gesetzt – nicht zuletzt um auszuloten, wie die Geldsumme, die in die Haushalte der Lohnabhängigen

ten Waren sich verschlechtert, daß statt Rind- nun Schweinefleisch gebraten, statt dem Wintermantel ein Parka getragen wird. Zahlreiche Haushalte von Arbeiter und Angestellten sind zu einschneidenden Beschränkungen ihres Konsums gezwungen, sie finden in den Verbrauchsstatistiken ihren Niederschlag wie in sinkenden Einzelhandelsumsätzen.

Darüberhinaus zeichnet sich eine qualitative Änderung der Haushaltsführung ab. Die Zeit für Hausarbeit



Die Kapitalisten haben die Löhne gesenkt, der Absatz von Konsumgütern für die Haushalte der Lohnabhängigen ist rückläufig.

gen fließt, weiter zugunsten der Kapitalisten verringert werden kann. Die Lohnabhängigen müssen ihren Konsum nicht nur quantitativ einschränken, so daß weniger Fleisch auf den Tisch kommt, die Urlaubsfahrt nur noch alle zwei Jahre stattfindet, die Kleidung weniger oft erneuert werden kann. Die Senkung des Lohnstandards bewirkt weiter, daß die Qualität der von den Lohnabhängigen konsumier-

nimmt zu – wenigstens im Durchschnitt der Haushalte – in dem Maße, wie die Überfüllung des Arbeitsmarktes anhält und eine gezielte Politik, die Frauen in den Haushalt zu treiben, Wirkung zeigt. Zusätzliche Zeit, die in der Haushaltsführung verausgabt wird, verringert aber die notwendigen Geldausgaben und kann so den Wegfall des Lohns der Frau als noch erträglich erscheinen lassen. Zumal wenn

Schaumstoff. Die schlechtere Qualität macht die Familiengründung gut und gerne um 5000 bis 10000 DM billiger.

Bereits der Bankrott der Haushaltsgeräte produzierenden Firmen des AEG-Konzerns deutete daraufhin, daß die Ausstattung der Haushalte der Lohnabhängigen mit Geräten, die den Zeitaufwand für Hausarbeit verringern, rückläufig ist. Die Geschirrspülmaschine wird kaum wie die Waschmaschine in den 50er und 60er Jahren weite Verbreitung bis in die ärmsten Haushalte finden, nicht so sehr, weil in all diesen Haushalten mehr Zeit zum Geschirrspülen vorhanden wäre, sondern weil die Geldmittel zum Kauf fehlen. Zugleich werfen die Kapitalisten bei den Haushaltsgerätschaften, auf die nicht verzichtet werden kann, in größerer Zahl Ramsch auf den Markt, der oft nicht einmal die Kosten der Haushaltführung tatsächlich senkt, weil er rasch verschleißt oder den Reinigungsaufwand erhöht. Dennoch, wenn die Zahl der Haushalte wächst, die jeden Pfennig umdrehen muß, wird auch die Pfanne zu 8,50 DM gekauft, sei sie noch so schlecht. Minderwertige Werkstoffe und schlechtere Verarbeitung verbilligen die Haushaltsausstattung der Lohnabhängigen. Tassen, Teller, Besteck aus Kunststoff (Melamin), die bislang nur als Kinder- oder Campinggeschirr einen Käuferkreis fanden, wurden auf der Messe in größerem Umfang als normales Haushaltsgeschirr angeboten. Bei Kochgeschirr verspricht der Chemiekonzern Dupont den Einzelhändlern neue Absatzchancen für kunststoffbeschichtete (Teflon) Pfannen, Töpfe und Backformen. Diese Beschichtung erlaubt die Verwendung von billigsten Grundmaterialien wie Eisen- oder Aluminiumblech. Die Zeitschriften, in denen Dupont aufgrund einer eigens durchgeführten Marktuntersuchung werben will, sind ausschließlich Frauenzeitschriften, die in den Haushalten der Ärmsten verbreitet sind.

Quellenhinweis: verschiedene Firmenprospekte; BWK, Nachrichtenheft Metall 10/83

Lohnbewegung Metall Nach dem Scheitern in Bayern

Aus der zuversichtlich demonstrierten Entschlossenheit der bayerischen Metallkapitalisten und von Gesamtmetall, schnell zu einem Abschluß so ganz nach ihren Vorstellungen zu kommen, ist es erstmal nichts geworden. Bei einem Angebot von im Schnitt 3% auf 15 Monate gegenüber der Forderung nach Übernahme des VW-Abschlusses wurde das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Die Kapitalisten hatten of-



Bosch Stuttgart-Feuerbach: Am 9.3. führten 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen einen einstündigen Warnstreik durch.

fensichtlich ihren Spielraum über-schätzt.

Andererseits ist der Spielraum, den die Gewerkschaftsbewegung in der Metallindustrie durch diese Entwicklung gewinnt, eng bemessen. Zu stark haben die gewerkschaftlichen Unterhändler die Forderungen schon heruntergeschrägt verglichen mit dem, was nötig ist, und auch verglichen mit dem, was die Tarifkommissionen als Ziel der Lohnbewegung formuliert hatten. Keinen Pieps hatte man aus den bayerischen „Pilot“-Verhandlungen über Mindestforderungen gehört, obwohl das Problem Niedriglöhne doch auch dort drückt und für etliche Tarifgebiete mitverhandelt wurde, wo Mindestforderungen aufgestellt sind. Soll es vielleicht einreißen, daß die Metallkapitalisten nur mal den Daumen nach unten zu halten brauchen, wenn auf breiter Front Mindestforderungen aufgestellt werden, und schon sind diese vom Tisch?

Stattdessen wurden die 4% auf 15 Monate von VW zum generellen Abschlußziel aufgebaut, obwohl sie dafür nicht gedacht waren und auch wegen der unterschiedlichen Lohnverhältnisse bei VW nicht taugen. So machen 4% auf die unterste VW-Lohngruppe rund 100 DM brutto aus und damit in etwa so viel, wie anderswo mit den Mindestforderungen verlangt wird, während sie auf die unterste Lohngruppe anderer Tarifbezirke kaum 60 DM bringen. Wenn man also schon unbedingt den VW-Vertrag übertragen wollte, dann muß man mehr als 4% und unbedingt auch Mindestbeträge fordern. Und schließlich hatten die Tarifkommissionen guten Grund, durchweg von zwölfmonatigen Tariflaufzeiten auszugehen, und nicht, wie jetzt schon als halbfertige Tatsache hingestellt, von 15 Monaten. Es hat bekanntlich lange gedauert, bis in der Metallindustrie ein-

einheitlicher Laufzeitrythmus, den anderen Branchen zeitlich etwas vorgelagert, erreicht war. Warum das jetzt mit einem Federstrich wieder aufgehen?

Die IG Metall tätigt auch gut daran, noch im Lauf dieser Lohnbewegung eine Propaganda gegen die Belastung der Löhne mit Steuern und Abzügen aufzunehmen. Exakt zum Zeitpunkt des Scheiterns der bayerischen Verhandlungen teilte das Ifo-Institut mit, daß von den Lohnerhöhungen des Jahres 1982 drei Viertel der Lohnsteuer und den Versicherungsabzügen zum Opfer gefallen sind. Die IGM durfte sich mit Spott fragen lassen, ob sie vielleicht streiken will, damit es in der Staatskasse klingelt.

Werden Urabstimmung und Streik für die Forderungen der Tarifkommissionen einschließlich Mindestbeträgen in die Wege geleitet, sind noch Chancen. Es wäre blitzschnell Schluß mit Frechheiten von Gesamtmetall wie: Die IG Metall könnte streiken, „bis sie schwarz wird“, ohne daß sie zum Ziel käme. Entgegen allen Beteuerungen wäre das Kapitalistenlager in einem Streik auseinanderzuknacken. Warum würde sonst Gesamtmetall-Kirchner in der Bild-Zeitung an die Unternehmen mit guter Konjunktur appellieren, nicht bei den Tarifen, sondern hinterher bei den übertariflichen Zulagen zuzulegen?

Quellenhinweis: Bild, Handelsblatt, IGM-Tarifnachrichten, BWK-Nachrichtenhefte

Neue Lohnstruktur BVD blockiert die Forderung der IG Drupa

Mitte Februar war der Beginn der Verhandlungen zur Forderung nach einer neuen Lohnstruktur der IG Drupa zwischen dem Bundesverband Druck (BVD) und der IG Drupa. Gleich von Anfang an erklärten die Druckkapitalisten die Forderung der IG Drupa als „nicht verhandlungsfähig, weil für die Praxis unbrauchbar“. Damit stellen sie sich gegen die Forderung nach Absicherung der Effektivverdienste vor allem der Facharbeiter (bis zu 30% Übertarif), gegen die Reduzierung der Hilfskräftegruppen von fünf auf drei, gegen die Festlegung, daß man nach drei bzw. fünf Jahren Tätigkeit in der Druckindustrie automatisch höher bezahlt wird, und noch einiges mehr.

Selber legte der BVD keinen Gegenvorschlag vor, sondern gab allgemein zu erkennen, daß sein Interesse in einer Lohnstruktur auf Grundlage der Arbeitsbewertung besteht, insbesondere der analytischen (REFA). Die Tarifkommission der IG Drupa hat jetzt einerseits eine Lohnstruktur auf



Streik der IG Druck und Papier 1976 für 9 Prozent mehr Lohn und Gehalt.
Bild: Druckarbeiter auf der 1. Mai-Demonstration in Braunschweig

Grundlage der Arbeitsbewertung abgelehnt und hält an den bisherigen Forderungen fest. Andererseits hat sie sich – und hier liegt der Widerspruch – auf Expertengespräche bis September zwischen BVD und IG Drupa eingelassen, „um herauszufinden, ob der Weg über das ‚Genfer Schema‘ überhaupt zu einem annehmbaren Ergebnis führen kann“.

Das „Genfer Schema“ mit seinen Tätigkeitskriterien Können, Verantwortung, Belastung und Umgebungs-einflüsse bildet aber die Grundlage der Arbeitsbewertung von REFA. Man geht also von Gewerkschaftsseite doch auf Mitarbeit an Entwürfen in dieser Richtung ein, und das ist gefährlich. Die IG Metall, die Ende der 60er Jahre die Arbeitsbewertung (die analytische wie die summarische) tarifte, lehnt in neuesten Entwürfen diese mittlerweile ab. Denn die Metallkapitalisten konnten durch die Einführung neuer Techniken mittels der Arbeitsbewertung massiv abgruppieren.

Im Druckbereich wäre das nicht anders. Z.B. ist durch den RTS-Tarifvertrag bisher nicht gesichert, daß für Satz und Bildschirmkorrektur mindestens Facharbeiterlohn bezahlt werden muß, egal wie vereinfacht diese Tätigkeiten mittlerweile sind. Mit der Arbeitsbewertung, die nur noch die auszuführenden Tätigkeiten beurteilt und einstuft, wäre dies gleich keine höher qualifizierte Tätigkeit mehr.

Für den Abschluß der Lohnstrukturverhandlungen am Ende dieses Jahres kann man mit einiger Sicherheit sagen: Wird für die aufgestellte Forderung der IG Drupa nicht gestreikt, und zwar in eindeutiger Ablehnung der vom BVD beabsichtigten REFA-Arbeitswissenschaft, dann wird es am Ende eine schlechtere Lohnstruktur geben als wir sie heute haben.

Quellenhinweis: Druck und Papier, Nr. 5/83

Lohnbewegung öffentlicher Dienst

Alternative „Strategien für die Tarifpolitik“ passen wie die Faust aufs Auge

Innenminister Zimmermann, oberster Dienstherr über 3,5 Mio. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, kann sich für Schützenhilfe von unerwarteter Seite bedanken. Kurz vor den ersten Verhandlungen am 24.3. propagierte „die tageszeitung“ (taz) „Vorschläge zu neuen Strategien für die Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst“, die auf einer Umfrage irgendwelcher Professoren beruhen und deren Kernthesen wir untenstehend zitieren.

Die Tarifausseinandersetzungen im öffentlichen Dienst finden in einer für die Lohnabhängigen schwierigen Situation statt. Der Dienstherr konnte im vergangenen Jahr einige schwere Breschen schlagen und stößt nach.

Trotz Gegenwehr der gewerkschaftlich organisierten Beamten verschob er die Besoldungsanpassung für Beamte 1982 um zwei Monate gegenüber der tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte. Fast ohne Gegenwehr der Gewerkschaften peitschte er die 2%-Begrenzung der Besoldungsanpassung für 1983 durchs Parlament. Zwar wollen ÖTV und die anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst die Übertragung des Tarifabschlusses für Arbeiter und Angestellte auf die Beamten noch erreichen. Aber mit der unzureichenden Forderung von 5%, mindestens 110 DM wird es sehr schwer, einen solchen Abschluß, mit dem sich das 2%-Gesetz noch sprengen läßt, überhaupt zu erreichen.

Umgekehrt versäumt Zimmermann keine Gelegenheit für die Ankündigung, daß die 2%-Begrenzung auch ge-

gen die Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden soll. Auch daß die Beamtenbesoldungsanpassung laut Gesetz erst am 1.7. in Kraft tritt, wirkt belastend: Der Dienstherr wird versuchen, die Tariflaufzeit um mindestens zwei Monate bis Ende April zu verlängern. Die Bundesregierung scheint ihres Erfolges schon so sicher, daß sie noch vor der Entscheidung der Lohnauseinandersetzung 1983 weitere Kürzungen ins Koalitionsprogramm aufnimmt. Ganz Genaues wird man erst in den nächsten Tagen erfahren. Die Presse spricht von „Beseitigung der Übersorgung“, Kürzung des 13. Monatsgehaltes für Beamte, Kündigung der entsprechenden Tarifverträge für Arbeiter/Angestellte. Selbst auf Regierungspläne, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst 1984 gar nicht zu erhöhen, muß man sich einstellen, dann jedenfalls, wenn sich die ÖTV im laufenden Tarifkampf nachgiebig zeigt.

Schwierig wird dieser Tarifkampf aber auch, weil die Bundesregierung versuchen wird, ihre „Mehrheit in der Bevölkerung“ gegen die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst aufzuhetzen. Werden die Lohn- und Gehaltsenkungen nicht den Haushalt von Bund, Ländern und Gemeinden entlasten und also die Staatsschuld verringern? Wird nicht die Verringerung der Staatsschuld den Kreditmarkt entlasten und also weitere Zinssenkungen zur Folge haben? Werden nicht weitere Zinssenkungen Millionen von Eigenheimbesitzern, Autokäufern usw. spürbar entlasten? Durch die Mobilisierung stumpfer Eigentumsinteressen

„Lohnprozente oder neue Arbeitsplätze“

„Viele Vollzeitbeschäftigte wünschen Teilzeitarbeit. Wir haben 2,3 Millionen Arbeitslose und eine ganze Generation junger Menschen, die schlechte Berufschancen vorfinden. Gleichzeitig haben wir quer durch alle Einkommens- und Berufsgruppen über 5 Millionen Erwerbstätige, das entspricht etwa einem Viertel der Vollzeitbeschäftigten, die sich Teilzeitarbeit wünschen, aber nicht bekommen können.“

„Der Staat und die Sozialpartner verhindern bisher einen vernünftigen Interessen-ausgleich zwischen den Überbeschäftigten und den Arbeitslosen.“

„Während sich 60% der Gesamtbevölkerung dafür ausspricht, daß die Löhne und Gehälter im kommenden Jahr ganz allgemein wie die Inflationsrate oder eher mehr als die Inflationsrate erhöht werden sollten

..., möchte die Gesamtbevölkerung den öffentlichen Dienst kürzer treten lassen.“

„Die augenblicklichen Tarifverhandlungsstrategien der öffentlichen Arbeitgeber und der Gewerkschaften sind in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig, gegenüber den Arbeitslosen unsolidarisch, beschäftigungspolitisch irrelevant und finanzpolitisches unvertretbar. Mehrheitsfähig in der Bevölkerung und bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist demnach eine Tarifverhandlungsstrategie, die einen sozial gestaffelten Inflationsausgleich ermöglicht, bei den Besserverdienenden kappt und dafür produktiv und ausweisbar neue Arbeitsplätze schafft. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Republik sind ungleich realistischer, solidarischer und arbeitsplatzbewußter als diejenigen, die in ihrem Namen die Tarifverhandlungen führen.“

Eigenbeteiligung an Krankheitskosten soll gestützt auf das Beamtenrecht durchgesetzt werden

Die rechtlose Stellung der verbeamteten Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung genutzt, um mit dem Besoldungsanpassungsgesetz 1983 eine Lohnleitlinie von zwei Prozent gegen alle Lohnabhängigen abzustecken. Noch bevor durch den Lohnkampf über Erfolg oder Mißerfolg dieses Unterfangens der Bundesregierung entschieden ist, nutzt die Bundesregierung erneut das Beamtenrecht, um diesmal die Eigenbeteiligung an den Krankheitskosten zu verwirklichen.

Anders als die Arbeiter und Angestellten sind die verbeamteten Lohnabhängigen nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie müssen die Arzt- oder Krankenhausrechnung aus eigener Tasche vorfinanzieren und bekommen anschließend 50 Prozent ihrer Auslagen vom Dienstherrn erstattet, die restlichen 50 Prozent erhalten sie von einer privaten Krankenversicherung, wenn sie dort entsprechend versichert sind. Die Kürzung der Beihilfe ist der Weg, auf dem die Bundesregierung die Eigenbeteiligung an den Krankheitsko-

sten erreichen will. So wird ab 1. Juni dieses Jahres für die Besoldungsgruppen A5 bis A8 die Beihilfe nicht mehr 50 Prozent betragen, sondern 100 DM muß der Beamte selber zahlen; die Besoldungsgruppen A9 bis A12 müssen 200 DM selber zahlen; A13 bis A16 erhalten 300 DM weniger erstattet und für die B-, C- bzw. R-Besoldung werden je nach Einkommen 400 bis 500 DM weniger erstattet.

Diese Eigenbeteiligung versucht die Bundesregierung damit zu rechtfertigen, daß die Beihilfe ein Privileg der Beamten sei. In Wirklichkeit aber profitiert der Dienstherr von diesem Beihilfeprinzip. In Niedersachsen stellte der CDU-Landtagsabgeordnete Hartmann die Anfrage: „Was hat das Land 1980 – insgesamt und je Kopf – an Beihilfen für seine Beamten bezahlt?“ Und: „Was würde das Land demgegenüber als Beitragsszuschuß bezahlen müssen, wenn es – wie bei den übrigen Arbeitnehmern – die Hälfte der Krankenkassenbeiträge übernehme?“ Die Landesregierung muß eingestehen: Anstelle von 253 Millionen DM Beihilfe hätte Niedersachsen insgesamt

380 Millionen DM Beiträge an die gesetzliche Krankenversicherung entrichten müssen. Dies ist ein wesentlicher Grund, warum die Bundesregierung die Forderung des DGB, daß sich Beamte auf Wunsch in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können und der Dienstherr 50 Prozent der Kosten tragen muß, mit Nachdruck ablehnt. Noch wichtiger aber ist, daß der Dienstherr über das Beihilfewesen einen direkteren Einfluß auf die Bestimmungen hat, die regeln, für welche Leistungen Beihilfe gewährt wird und für welche Leistungen keine Beihilfe gewährt wird. So soll ab 1. Juni dieses Jahres für die verbeamteten Lohnabhängigen gelten, daß Aufwendungen für Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation nicht mehr erstattet werden.

Es besteht die Gefahr, daß – wenn der Widerstand der Beamten gegen die Änderung des Beihilfrechts nicht unterstützt wird – der Bundesregierung eine Senkung des Standards der gesundheitlichen Versorgung gelingt, die schließlich gegen alle Sozialversicherten durchgesetzt wird.

Quellenhinweis: Entscheidung der Bundesregierung vom 27.10.82; Drucksache niedersächsische Landtag 5873/82.

hat die Regierung der offenen Reaktion in den Wahlen eine deutliche Mehrheit gewonnen. Ob diese Regierung jedoch, wenn sich die ÖTV zum Streik entschließt, die ideologische Basis für Polizeieinsätze gegen Streikende und andere Gewaltmaßnahmen gegen die Lohnbewegung hat, ist eine ganz andere Frage und sehr zu bezweifeln.

Doch warum meint nun ausgerechnet die „taz“, gegen die Lohninteressen derer, die im öffentlichen Dienst die harte Arbeit machen, ins Feld führen zu müssen, daß sie „in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig“ sind? Man kann nur hoffen, daß sie nicht für die Grün-Alternativen spricht, die einmal in der ÖTV und GEW stark vertreten sind, zum anderen im Bundestag, mehreren Landtagen und vielen Kommunalparlamenten sitzen. Hier nämlich sind angesichts der zu erwartenden harten Konfrontation zwischen der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst und dem Bundestag Initiativen der Grün-Alternativen in allen Parlamenten zur Unterstützung der Lohnbewegung äußerst wünschenswert.

Allerdings scheint die „taz“ eher für ganz andere Kräfte zu sprechen. Denn in fast jeder Beziehung kommt sie der Absicht des Dienstherrn, aus den Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer mehr Arbeit für immer weniger Geld herauszupressen, weit entgegen. Seit 1975 hat dieser den Anteil der Teil-

zeitbeschäftigen an allen Beschäftigten von 12,3 auf 14,5% gesteigert. Konkret heißt das: Fast 630000 (1981) Teilzeitbeschäftigte, zu 89% Arbeiter und Angestellte, verausgaben ihre ganze Arbeitskraft für einen Teil des Lohns. Denn daß Teilzeitbeschäftigte in vier Stunden die Kraft von vielleicht sechs oder mehr Stunden verausgaben müssen, ist längst Allgemeingut der Gewerkschaften. Diese Ausweitung der Teilzeitarbeit, die die Intensivierung der Arbeit ermöglicht und bedeutet, hat die kapitalistische Rationalisierung im öffentlichen Dienst enorm beschleunigt. Ihre Kehrseite sind die massenhaften Stellenstreichungen und Nicht-Besetzungen von Planstellen, gegen die die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst allerorts im Kampf stehen. Wenn sich nun die „taz“ für mehr Teilzeitarbeit und „einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den Überbeschäftigten und den Arbeitslosen“ stark macht – wobei „vernünftig“ offensichtlich „finanzpolitisch vertretbar“ heißen soll –, dann unterscheidet sich das allenfalls geringfügig von der Absicht z.B. der niedersächsischen Landesregierung, mit Änderung des Beamtenrechts „auf den Arbeitsmarkt zu reagieren“. Damit will sie v.a. die Teilzeitarbeit für Beamte ausweiten und Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitszeit bei Gehaltskürzung schaffen.

Soweit solche Überlegungen wie in der „taz“ auf Hoffnungen gründen, durch Nachgeben beim Lohn den harten Rationalisierungsdruck zu lindern, so ist das irrig. Abgesehen davon, daß die unteren Lohngruppen ein solches Nachgeben am wenigsten verkraften können und am härtesten an den Folgen tragen: Bricht die Lohnbewegung zusammen, wer sollte dann noch den Dienstherrn bei der weiteren Rationalisierung zügeln können?

Quellenhinweis: taz, 18.3.; FAZ, Handelsblatt, 18.3. bis 23.3.; BWK-Nachrichtendienst 05, Woche 02 bis 10

Bundesarbeitsgericht Urteil beseitigt Mitbestimmungsrecht

Das Bundesarbeitsgericht hat mit seinem Urteil vom 22.2.83 (1 ABR 27/81) das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates fundamental angegriffen. Bisher konnte die Geschäftsleitung nur mit der Zustimmung des Betriebsrates für den Betrieb oder Abteilungen Überstunden oder Mehrarbeit anordnen. Ohne diese Zustimmung war die Anordnung unwirksam. Die Kapitalisten konnten dieses Mitbestimmungsrecht auch nicht dadurch unterlaufen, daß sie mit einzelnen Arbeitern Vereinbarungen trafen, die in der Wirkung auf Überstunden für ganze Abteilungen



Die Betriebsräte hatten schon bisher einen schweren Stand gegen die Forderungen der Kapitalisten nach Überstunden. Die Kapitalisten werden das Urteil nutzen, um die Stellung des Betriebsrates auszuhöhlen.

oder den Betrieb hinausließen. Der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichtes hat mit seinem Urteil diese Schranke für die Kapitalisten aus dem Weg geräumt. Die Kapitalisten können nach dem Urteil jetzt Überstunden anordnen, wenn sie sich darauf berufen, daß nach ihrer Ansicht für diese Anordnung das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates nicht zutreffe. Wenn die Kapitalisten eben dieser Ansicht sind, dann kann der Betriebsrat die Anordnung auch nicht durch ein Gericht untersagen lassen, so das BAG-Urteil.

Bisher war das Bundesarbeitsgericht in seinen Urteilen davon ausgegangen, daß in den Angelegenheiten, die unter das Mitbestimmungsrecht, §87 des Betriebsverfassungsgesetzes, fallen, die Zustimmung des Betriebsrates notwendige Voraussetzung für alle Anordnungen der Geschäftsleitung war: „Eine Maßnahme, die dem Mitbestimmungsrecht ... unterliegt, ist unwirksam, wenn sie ohne Zustimmung des Betriebsrates getroffen wird“ (Urteil des BAG vom 1.2.57). Ab 1972 fiel auch die Verlängerung der Arbeitszeit unter das Mitbestimmungsrecht.

Daß dieses Recht des Betriebsrates der Bourgeoisie zu weit ging und schon lange als Pfahl im Fleisch saß, kann man in den Rechtskommentaren zum Betriebsverfassungsgesetz nachlesen. So behaupten Dietz/Richardt in ihrem Kommentar, daß dieses Mitbestimmungsrecht und die daraus folgende Unwirksamkeit von Anordnungen der Kapitalisten ohne Zustimmung des Betriebsrates „die Machtlosigkeit der einzelnen Arbeitnehmer ... rechtlich bestätigt.“ Daß die Kapitalisten die Lohnabhängigen nicht schrankenlos einzeln unter Druck setzen können, geben diese Juristen als „Entmündigung des Arbeitnehmers“ aus, dieser werde „dem Kuratel des Betriebsrates unterworfen“, das sei „nicht verfassungskonform“, denn diese Mitbestimmung sei ein „Akt der Fremdbestimmung“.

Nach diesem Urteil können die Kapitalisten auf der Grundlage der Arbeitszeitordnung der Nazis von 1938 den Knüppel der Überstunden schwingen. Der DGB prangert dieses Urteil als „Abbau gesetzlicher Mitbestimmungsrechte“ an und erklärt, man müsse verhindern, daß diese Rechtsprechung in andere Urteile übernommen wird. Das Mitglied des IG Chemie-Vorstandes Vitt bezeichnete das Urteil als Schlag in den Rücken der 2,5 Mio. Arbeitslosen. Der DGB wird bei Protesterklärungen nicht stehen bleiben dürfen, sondern sich dafür einsetzen müssen, daß dieses Recht der Betriebsräte gesetzlich wieder hergestellt wird und daß in einer neuen Arbeitszeitordnung enge Grenzen gegen Überstunden gezogen werden.

Quellenhinweis: Nachrichten-Dienst des DGB, 1.3.83; Entscheidungen des BAG 3, 266, (1 AZR 521/54)

Wehrbeauftragter Stärkung des Offiziers- und Unteroffizierskorps

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Berkhan, Mitglied der SPD, hat seinen Jahresbericht ganz der vom Bundesminister der Verteidigung Wörner, CDU, gestellten Aufgabe gewidmet, das Offiziers- und Unteroffizierskorps zu stärken, um die Bundeswehr kampf- und einsatzfähig zu machen. Nachdem schon die letzten beiden Berichte vor allem die Schwierigkeiten der Truppenführer bei der Herstellung der Disziplin, der Indoktrination von Wehrpflichtigen, kurz bei der „inneren Führung“ behandelten, stellt der Jahresbericht 1982 „Probleme bei der Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren“ in den Mittelpunkt.

Was jahrelang als eigentliche Aufgabe des Wehrbeauftragten propagiert wurde, nämlich der parlamentarische Schutz der Wehrpflichtigen vor Miß-

brauch der Befehls- und Disziplinargewalt durch Vorgesetzte, behandelt der Bericht nur noch am Rande, dafür aber eindeutig: „Der Bundesminister der Verteidigung sollte sich der angesprochenen Fragestellung in einer Weise annehmen, daß Disziplinarvorgesetzte die notwendigen Hilfen erhalten, um die Rechtsordnung immer angemessen zur Geltung bringen zu können – das ist auch ein Gebot der Inneren Führung.“

Berkhan ist zu der Erkenntnis gelangt, daß gute Ratschläge an die Truppenführer nicht mehr ausreichen, um die „besonders schwierige und dringliche“ Aufgabe anzupacken, „eine unter den Soldaten verbreitete Gleichgültigkeit und Lustlosigkeit zu überwinden, bzw. sie künftig so gering wie möglich zu halten und mehr Bereitschaft zum Mittun und eigenem Engagement zu erzeugen“. Um die für jede kriegsfähige Armee charakteristische schwüle Atmosphäre von Indoktrination, Fürsorge, Kameradschaft und sich daraus rechtfertigender Unterdrückung zu gewährleisten, hält der Wehrbeauftragte eine Überprüfung der Offiziers- und Unteroffiziersausbildung für unumgänglich.

Seit die sozialliberale Koalition das Studium an einer der beiden Bundeswehrhochschulen zum Bestandteil der Regelausbildung zum Offizier gemacht hat, kann die Bundeswehr ihren Bedarf an Offizieren wieder vollständig decken. Nach über zehn Jahren Erfahrungen will der Bericht diese Ausbildung auf jeden Fall beibehalten: „Truppenvorgesetzte äußern sich seit Jahren positiv über die geistige Beweglichkeit von Hochschulabsolventen, ihre Leistungs- und Lernbereitschaft sowie ihr schnelles Aufnahmevermögen in taktischer, organisatorischer Hinsicht.“ Allerdings: „Offiziere mit Hochschulabschluß tun sich schwer, angemessenen Zugang zu Untergebenen zu finden.“ Das könnte aber geändert werden durch eine längere Verwendung unterhalb der Zugführerebene nach dem Studium.

Die Unteroffiziersausbildung wurde 1980 neu geordnet und von zwölf auf 15 Monate verlängert. Hauptfächer sind nun Menschenführung, Ausbildung, Rhetorik. „Dem angehenden Unteroffizier soll dadurch mehr fachliche Autorität und ein auf Führungskräfte gegründetes Selbstvertrauen gegeben werden, so daß er trotz jungen Alters kompetent und überzeugend fast gleichaltrige Soldaten seiner Teileinheit führen kann.“ Ob das alles ausreicht, um die wehrpflichtigen Soldaten für einen neuerlichen Ostlandritt zu begeistern? Der Wehrbeauftragte ist sich nicht sicher und verspricht, der Ausbildung und Leistungsfähigkeit der Unteroffiziere weiterhin seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/2.425, 3.3. 1983

Bundestagswahlen

Zur Beurteilung des Bundestagswahlergebnis durch revolutionäre Sozialisten

Die inzwischen zugänglichen Stellungnahmen revolutionärer Organisationen geben durchweg eher erste Eindrücke wieder, als sie etwa unter dem Anspruch formuliert wären, den Gang der Wahldinge zu erklären. Dennoch liefern diese Stellungnahmen Anhaltspunkte für die weitere Diskussion. An einer solchen Diskussion ist unserer Organisation gelegen. Da niemand bestreitet, daß diese Wahlkampagne und ihr Ergebnis nicht nur Auskunft über den Entwicklungszustand des Klassenkampfes gibt, sondern auch eine Rückwirkung hat und die sozialistische Agitation und Propaganda vor Aufgaben stellt, wäre eine klarere Formulierung dieser Aufgaben ein realistisches Diskussionsziel.

Nach unserem Eindruck bleiben jetzt, da die Ergebnisse da sind, einige Fragen zur Beantwortung stehen; dies um so mehr, als praktisch alle Stellungnahmen Überraschung und Ärger erkennen lassen und folglich die vorher angestellten Überlegungen auf eine andere Situation gezielt haben müssen, als sie tatsächlich bestand.

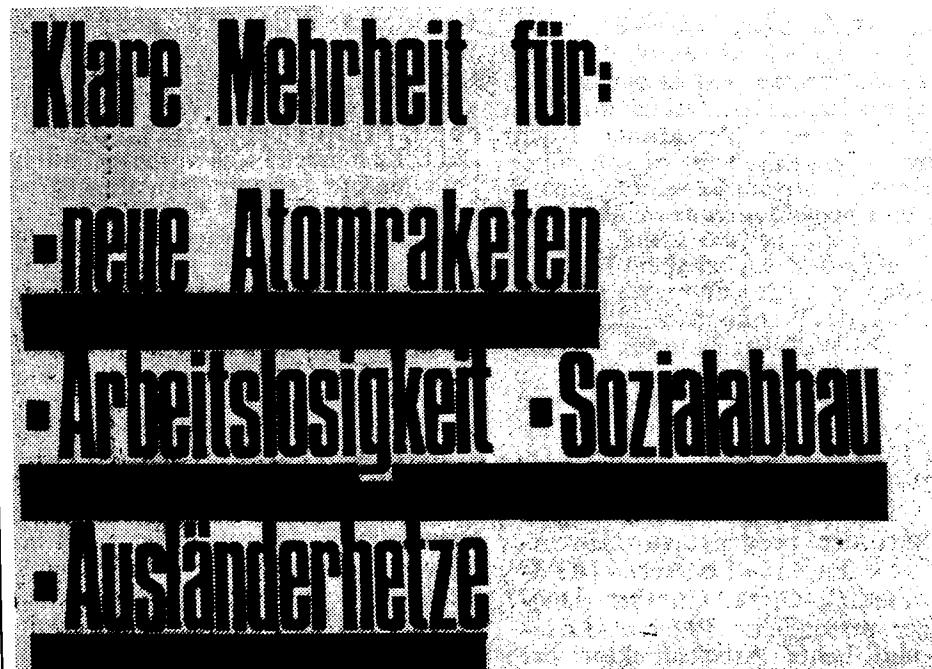
Der Kommunistische Bund (KB) hatte mit eher ungewohnter Leidenschaft zur Wahl der Grün-Alternativen aufgerufen. Seine Beurteilung der Situation fußte auf der Meinung, die F.D.P. habe abgewirtschaftet. Von diesem festen Punkte aus ergab sich die Möglichkeit, durch Wahl der Grün-Alternativen zu einer schwachen Regierung zu kommen, schwach im Sinne einer SPD geduldeten CDU/CSU-Minderheitsregierung oder einer grün-alternativ gestützten SPD-Regierung. Der Leser der Politischen Berichte weiß, daß wir keinen Anlaß sahen, gegen diese Lagebeurteilung zu polemieren, sondern eher der Meinung waren, so ähnlich könne das ausgehen, und wenn's schon so ausginge, dann wäre das ein Vorteil.

Rückblickend allerdings fällt uns auf, daß der Aufruf des KB, grün-alternativ zu wählen, eine grobe Schwäche hatte. Er ließ nämlich im unklaren, welchen politischen Nutzen eine grün-alternative Bundestagsfraktion unter Bedingungen haben könnte oder solle, die dann tatsächlich eintraten. Wir denken doch, daß sich der KB, der viele Verbindungen zur grün-alternativen Bewegung hat, fragen lassen muß, was er über die Aussichten, die Aufgaben und die Möglichkeiten dieser grün-alternativen Bundestagsfraktion denkt. Mit der Auskunft, es sei sogar das Undenkbare eingetreten und die F.D.P. in

den Bundestag gewählt worden, ist diese Frage jedenfalls nicht beantwortet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hatte in Vorbereitung der Wahlen zunächst versucht, ein sogenanntes „breites linkes Wahlbündnis“ herzustellen; zuerst unter Einschluß der Grün-Alternativen und

sche Sammlung zwecks Widerstand gegen die Reaktion und ihre nächsten Pläne einzuleiten, als politische Grundlage hielt sie die Einsicht, es täte Widerstand not, für ausreichend. Wir halten für interessant, daß der Grundgedanke der KPD-Taktik in der Wahlbeurteilung durch die Marxistische



KB, Arbeiterkampf Nr. 231; 7. März 1983

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist eindeutig ein

**Sieg für die
politische Reaktion**

KPD, Roter Morgen 10/83; 11. März 1983

Wahlergebnis am 6. März:

Aufschwungslüge zieht - wie lange noch?

MLPD, Rote Fahne 6/83, 12. März 1983

der Demokratischen Sozialisten, dann unter Ausschuß der Grün-Alternativen und unter Einschluß der Demokratischen Sozialisten. Diese Bestrebungen erwiesen sich als erfolglos. Die KPD bemühte sich dann um ein Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten. Letztlich kam ein Wahlbündnis mit dem BWK tatsächlich zum Stehen.

Die Bemühungen der KPD waren von dem Bestreben geprägt, eine politi-

Gruppe (MG) aufzuscheint. Wenn es dort heißt: „Soviel hat H.J. Vogel auf jeden Fall gleich versprochen; einen Aufstand der CDU/CSU-Geschädigten will die SPD nicht in die Wege leiten“, so ist das ein Vorwurf, den man der KPD nicht machen kann. Der BWK hatte gegen die mit der Politik der KPD verbundenen Absichten jedenfalls nichts einzuwenden, bezweifelte jedoch die Möglichkeit, eine solche Politik zu realisieren.

Stellungnahmen nach den Wahlen

Die kurz nach den Bundestagswahlen veröffentlichten Stellungnahmen der revolutionären Organisationen zum Bundestagswahlergebnis können wir leider nur stark gekürzt wiedergeben.

Kommunistischer Bund

Die Bundesrepublik Deutschland behält die Regierung, die sie verdient. Sie behält auch den Kanzler, den sie verdient. Der durchgeputzte Wechsel vom vergangenen Herbst ist am 6. März von einer klaren Mehrheit des Wahlvolks abgesegnet worden. Selbst das Unvorstellbarste geschah: Die FDP bleibt im Bundestag vertreten. Und trotzdem hätte es fast sogar noch für eine absolute Mehrheit der CDU/CSU gelangt ...

Es werden sich viele jetzt selber Mut zusprechen, etwa mit der Phrase, daß die Politik ohnehin nicht im Bundestag entschieden wird und daß jetzt ein Aufschwung des außerparlamentarischen Kampfes das Ergebnis vom 6. März wieder korrigieren wird. Mut ist etwas Schönes und Wichtiges, und wir alle werden ihn in den auf uns zukommenden Ereignissen brauchen. Aber Mut braucht nicht in krampfhafte Phantasterei und Realitätsverlust ausarten. Schlimm ist an dem Wahlergebnis ja nicht, daß eine so peinliche Gestalt wie Helmut Kohl Bundeskanzler bleibt, obwohl er auf dem Posten eines Faschingsprinzen eine weit bessere Figur machen würde. Sondern schlimm ist, daß hinter dieser Regierung eine satte Volksmehrheit steht, der man zu großen Teilen zutrauen muß, daß sie sich *bewußt* für die von der CDU/CSU geforderten Wende entschieden hat. Das ist ein so starkes Potential an politischer Dummheit und Verblendung, an Ignoranz auch gegenüber den einfachsten *eigenen* Interessen, daß man für dieses Land wieder einmal das Allerschlimmste befürchten muß. Ja, es steht durchaus zu befürchten, daß dieser Mehrheitsblock von politischen Dummköpfen, Zu-Spät-Merkern und Mitrabern erneut die Gesamtheit des Volkes ins Verderben reißen wird. Und gegen dieses Verderben verblaßt selbst der 2. Weltkrieg zur nostalgischen Erinnerung.

Sicher, ein anderes Ergebnis, womöglich eine rechnerische Mehrheit von SPD und Grünen, wäre auch noch kein Damm gewesen ... Wir werden mit dem Ergebnis leben müssen, das ja in erster Linie auch nur das dokumentiert, was in diesem Lande ist.

P.S. Trotzdem einen herzlichen Glückwunsch an die GRÜNEN und ihre frisch gewählten Abgeordneten! Wir wünschen euch Standfestigkeit und Phantasie für eure Arbeit!

Arbeiterkampf vom 7.3. 1983

Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)

„Die Union kam durch mit ihrer Aufschwung-Theorie.“ (Glotz in der Wahlnacht) Einer der wenigen richtigen Sätze, die Sozialdemokraten an diesem Abend (Wahlnacht, d. Red.) äußerten. Der SPD-Geschäftsführer beließ es jedoch bei der halben Wahrheit. Tatsächlich war das Hauptthema dieses Wahlkampfes die Massenarbeitslosigkeit und nicht etwa die neuen Raketen. 19 Millionen CDU-Wähler, darunter die große Mehrheit Lohnabhängige, wollten den Aufschwung wählen. CDU/CSU hatten dies versprochen. Die Unternehmer hatten einen solchen allein unter einer Kohl-Regierung in Aussicht gestellt. Investitionsstreik-Kampagne und Erpresserbriefe von Unternehmern an ihre Belegschaften, diese sollten CDU/CSU wählen, anderenfalls drohten Entlassungen, unterstrichen die Christen-Demagogie nachhaltig. Diese Kampagne konnte jedoch nur Erfolg haben, weil die SPD ihr kein anderes Konzept entgegengesetzt hatte. Auch die SPD versprach „Opfer“ für die Lohnabhängigen, eine Art „nicht-ganz-so-radikale-Sparpolitik“.

Mit dieser Politik untergrub die SPD ihre Positionen gerade dort, wo sie diese allein hätte ausbauen können: in der Arbeiterschaft. Sie verlor gerade bei diesen Themen an Vertrauen, bei denen sie in der öffentlichen Meinung gewöhnlich vor der CDU rangiert. Kurz vor der Wahl gab eine Mehrheit von 57% an, sie traute der CDU/CSU am ehesten zu, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Wenn schon alle von notwendiger Sparpolitik sprachen, dann lieber „richtig sparen“, um so das Ziel Aufschwung zu erreichen. Wenn schon alle die privatkapitalistische Wirtschaft für die einzige mögliche Gesellschaftsform halten, dann schon lieber die Partei wählen, die erklärtermaßen das Vertrauen des Privatkapitals besitzt und nicht die, bei der die Unternehmer mit einem fortgesetzten „Investitionsstreik“ drohen ...

Die SPD hat ihr schlechtestes Ergebnis seit zwei Jahrzehnten erreicht. Sie ist dort gelandet, von wo aus sie 1959 ihren Marsch in Richtung „Regierungsfähigkeit“ antrat ...

Im Zeitraum September bis Dezember 1982 war die SPD plötzlich in die Offensive gelangt. Zum Teil als pure Reaktion auf den brutalen Machtzugriff des Bürgerblocks, zum Teil infolge einer Mobilisierung, die die SPD an ihrer Wählerbasis auslöste, zum Teil infolge einer bescheidenen Linkswendung bei den Themen, die die SPD aufgriff. Insbesondere schien die Möglichkeit für eine „neue linke Mehrheit“ von SPD und Grünen zu existieren. Die Wahlen in Hessen und Hamburg wurden entsprechend zu SPD-Wahlsiegen. Sie widersprachen völlig den vorausgegangenen Meinungsumfragen. Sie unterstreichen, daß der 6. März 1983 so nicht hätte ausgehen

müssen. Es waren SPD und Gewerkschaften selbst, die es zuließen, daß der Bürgerblock in die Offensive gelangte ...

Sie (SPD-Führung, d. Red.) versuchte in ihrem Wahlkampf in erster Linie, den Grünen das Wasser abzugraben, anstatt ein Konzept für einen gemeinsamen Kampf gegen den Bürgerblock zu vertreten. Sofort nach der Wahl tut die SPD alles, um diese Fehler zu verstärken ...

Das Wahlergebnis ist auch ein böses Erwachen für einen Teil der Linken, der seine ganze Aufmerksamkeit auf die Frage konzentrierte, ob die Grünen über 5% kommen. Dieses Ziel wurde erreicht. Entscheidend ist jedoch, daß es keine Mehrheit für eine SPD-Regierung gibt.

Was tun vom 10.3. 1983

Marxistische Gruppe (MG) Wählen war verkehrt.

Denn das hat man jetzt davon:
Die passenden Führerfiguren für den deutschen Nationalismus der 80er Jahre.

Einen Kanzler Kohl ... Einen Kanzlermacher Strauß ... Einen Vizekanzler Genscher ... Eine „stabile Mehrheit“ – das hat er brav gemacht, der deutsche Wähler. Mit ihm und seinen Nöten und Interessen hat die deutsche Politik ja sowieso keine Schwierigkeiten. Gegner und Hindernisse finden die Macher deutsch-nationaler Politik doch überhaupt bloß bei ihren Rivalen – also bei gleichgesinnten Konkurrenten. Läßt sich ein harmloser Hindernis für entschlossene Gewalthaber denken? Und auch das hat der dienstbare deutsche Wähler seinen Herrschern mal wieder aus dem Weg geräumt. Bis auf weiteres braucht nicht einmal der parlamentarische Konkurrenzkampf dabei zu stören, wenn Aufrüstungs- und Verarmungspolitik rigoros durchgezogen werden: Die Mehrheit dafür ist ja so stabil! Für jede erdenkliche Unzufriedenheit ist zu allem Überfluß aber auch gesorgt. Denn auch das hat man von der Wahl:

Eine konstruktive SPD-Opposition, die mit ihrer ausrangierten Lüge, derselbe gute deutsche Nationalismus wäre, von ihr verwaltet, auch zu geringeren Kosten, mit weniger Opfern und weniger Kriegsgefahr zu machen, bloß noch bei jedem dritten Wähler gelandet ist ... Soviel hat H.J. Vogel auf jeden Fall gleich versprochen; einen Aufstand der CDU/CSU-Geschädigten will die SPD nicht in die Wege leiten!

Eine grüne Alternative hat die Wahl auch ins Parlament gebracht – und mit diesem Erfolg ihre Rolle auch schon festgelegt. Als „Alternative“ im Parlament gilt für sie Willy Brandts bemerkenswertes „Zugeständnis“: Zweifellos säßen sie nunmehr „zu Recht im Parlament“ – und damit ist ihr parlamentarisches Recht auch schon zu Ende. Was immer sie dort vortragen an Einwänden und Vorschlägen: Die SPD, deren schlechtes Gewissen die Grünen bloß noch sein wollen, und erst recht die regierende Koalition sind ent-

schlossen, es mit dem puren Verdacht abzuschmettern, das liefe auf die ganz und gar unzulässige Idee einer „anderen Republik“ hinaus. So dient die „Alternative“ im Parlament zum andauernden Beweis, daß diese Nation keine anderen Alternativen duldet als die einer „konstruktiven“ Handhabung der Macht: konstruktiv für die Staatsgewalt – für deren Menschenmaterial weniger.

Flugblatt der MG

MLPD

Das Wahlergebnis vom 6. März ließ diese Rechnung aufgehen und bedeutet einen faktischen Sieg für die Monopole, auf der Grundlage der Defensive der Arbeiterklasse ... Deutlich zeigt sich das in Nordrhein-Westfalen als dem industriellen Zentrum der BRD. Hier wurde die CDU stärkste Partei mit Stimmenzuwachsen in fast allen Arbeiterstädten und Arbeiterbezirken. Die Aufschwungpropaganda wirkte so, weil sich viele Arbeiter in Unkenntnis der wirklichen Ursachen der Krise noch an den Strohalm klammern: „Wenn's den Unternehmern besser geht, muß es irgendwann auch für uns aufwärts gehen.“ ...

Bewußt strebte die SPD im ganzen Wahlkampf daher nichts anderes an als den Platz einer Scheinopposition im neuen Bundestag, um auftragsmäßig die Unzufriedenheit aus der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Protestbewegung in für die Monopole ungefährliche Bahnen zu lenken ... Die Gemeinsamkeitsphrasen der Ultrarechten wurden durch den „nationalen Solidarpakt“ der SPD ergänzt. Der deutliche Rückgang ihrer Massenbasis und der Fall unter die 40 Prozent und damit den Stand von 1957 zeigt, daß die SPD mit diesem Kurs zwar den Sieg des Rechtsblocks mit ermöglichte, jedoch den Einzug der Grünen in den Bundestag nicht verhindern konnte ...

Ein Teil der Werktätigen setzte seine Hoffnungen in die kleinbürgerliche Partei der Grünen. Während dies einerseits Ausdruck des Protests gegen die Politik aller Monopolparteien ist, sind damit aber auch falsche Hoffnungen verbunden, über die Grünen Druck auf die SPD auszuüben ...

Die MLPD setzte sich im Wahlkampf für die Herstellung eines breiten Wahlbündnisses links der SPD ein. Dieses Wahlbündnis kam jedoch aufgrund der Ablehnung durch den Vorstand der GRÜNEN und verschiedener linker Organisationen nicht zustande. Dennoch verfolgte die MLPD diesen Gedanken weiter und setzte sich aktiv für den Aufbau der Initiativen für eine Vereinigte Arbeiterliste (VAL) ein. Trotz raschen Wachstums der Initiativen konnten in der verbleibenden kurzen Zeit nicht mehr die notwendigen Voraussetzungen für eine Kandidatur dieser Arbeiterliste erreicht werden ...

Die MLPD rief auf, „Stimmt ungültig! Stärkt die MLPD!“ ... 342243 ungültige Stimmen sind ein Ausdruck des Protestes und, daß keine der zur Wahl stehenden Par-

teien akzeptiert wurde. Auch wenn wir davon ausgehen, daß nur ein Teil davon bewußt ungültig gewählt hat.

Im gesamten gesehen, konnte die Partei im Wahlkampf ihren Einfluß erweitern, was sich messen läßt an einem wachsenden Interesse von Arbeitern und anderen Werktätigen an der MLPD, vor allem an einem Mitgliederzuwachs seit dem Gründungsparteitag von 22 Prozent!

Rote Fahne, 12. März 1983

Wahlkampfkommission von KPD und BWK

Der Wahlsieg der Reaktion kann nicht umstandslos als Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu diesen umfassenden reaktionären und aggressiven Bestrebungen gewertet werden. Die Verschlechterung der Lebenslage der Massen in den letzten Jahren der SPD-geführten Bundesregierung hat bei vielen Hoffnungen geweckt, eine Unions-geführte Regierung könnte vielleicht doch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Massen und insbesondere ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit aufhalten und die Tendenz vielleicht sogar umkehren.

Sobald und soweit die Hoffnung zusammenbricht, daß im Aufschwung kapitalistischer Geschäftemacherei wenigstens ein paar Brocken für die Volksmassen abfallen, wird man Sündenböcke brauchen: die Gewerkschaftsbewegung, weil deren Ansprüche die Geschäftserwartungen mindern, die Grün-Alternativen, weil ihre Kritik Investitionen blockiert.

Die SPD führte einen Wahlkampf zwecks Aufsaugung der Grün-Alternativen. Unter der Parole „im deutschen Interesse“ verhinderte sie es sorgfältig, Widerstandsabsichten in der Arbeiterbewegung Anhaltspunkte zu liefern. In Betracht der Geschichte der Sozialdemokratie ist zu befürchten, daß ihre Haltung zu Klassenkämpfen von der Absicht bestimmt sein wird, sich den Kapitalisten als Regierungspartei neuerlich akzeptabel zu machen ...

Die Tatsache, daß den Grünen der Einzug ins Parlament gelungen ist, ist zu begrüßen ...

Das Wahlergebnis von 6000 Stimmen entspricht unseren Erwartungen. Denn ein Teil der revolutionären Sozialisten hat bei dieser Wahl durch eine Stimmabgabe zugunsten der SPD oder der Grünen versucht, Einfluß auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu nehmen, andere haben sich für Wahlboykott ausgesprochen.

Daß eine gemeinsame revolutionäre Tätigkeit von Organisationen mit durchaus unterschiedlichen Auffassungen möglich ist, hat der gemeinsame Wahlkampf von BWK und KPD gezeigt.

Roter Morgen vom 11. März 1983; Politische Berichte vom 12. März

Wir wollen nicht einer Debatte das Wort reden, die überaus eng an Ergebnissen klebt. Die politische Taktik, parlamentarische Wahlkämpfe zum Zwecke der Sammlung einer Widerstandsbewegung gegen die Reaktion zu benutzen, kann richtig sein, auch wenn die ersten Ergebnisse einschlägiger Bemühungen dagegen sprechen. Dennoch wäre von der KPD zu erwarten, daß sie erläutert, wieso der einfache Gedanke des „breiten linken Wahlbündnisses“ sich aktuell nicht realisieren ließ oder wo er sich doch realisieren ließ, wie z.B. bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, nicht zur Breite gelangte, sondern daran, daß die politische Basis dieses Gedankens ungefähr genauso schmal ist wie die anderer Vorstellungen.

Es ist dies eine wichtige Frage, deren Bedeutung bei kommenden Wahlgelegenheiten auf der Hand liegt. Wir würden für wenig vorteilhaft halten, die Frage durch mehrjähriges Experimentieren zur Entscheidung zu bringen.

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) hatte zunächst sich für ein Bündnis mit Grün-Alternativen und Demokratischen Sozialisten eingesetzt, sodann mit BWK, GIM und KPD über die Wahltaktik beraten und endlich zur Gründung der „Vereinigten Arbeiterliste“ (VAL) gefunden, letztlich aber zum aktiven Wahlboykott aufgerufen, worunter sie das Ungültigmachen von Wahlzetteln verstand.

Nach den Wahlen hat die MLPD diejenigen, die ihrem Aufruf gefolgt sind, in einen Topf mit allen anderen, die ungültig gewählt haben, geworfen. Sie sagte, „343 243 ungültige Stimmen sind ein Ausdruck des Protestes und, daß keine der zur Wahl stehenden Parteien akzeptiert wurde. Auch wenn wir davon ausgehen, daß nur ein Teil davon bewußt ungültig gewählt hat.“

Um der Wahrheit willen sind dazu Mitteilungen erforderlich. Erstens sind Anteil und Anzahl der ungültigen Stimmen von 1980 auf 1983 im Bundesdurchschnitt recht deutlich, nämlich von 352000 auf 343000 gefallen. Zweitens nahm die Anzahl der ungültigen Stimmen lediglich in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zu. Hat also hier der Aufruf der MLPD am besten gezogen und sind diese Länder als Schwerpunkte ihrer Tätigkeit anzusehen?

Uns will scheinen, daß die Gleichzeitigkeit von Landtagswahlen und Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz und die knappe Abfolge in Schleswig-Holstein eher dazu beigetragen haben, Verwirrung beim Zettel Ausfüllen zu stiften. Im Durchschnitt wie im Einzelnen war der Trend, daß die ungültigen Stimmen abnahmen; insgesamt um rund 11000.

Wahlergebnisse* (Zweitstimmen)

		BRD	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemb.	Bayern	Saarland
SPD	Bundestagswahl 1980	42,9%	46,7%	51,7%	46,9%	52,5%	46,8%	46,4%	42,8%	37,2%	32,7%	48,3%
	Bundestagswahl 1983	38,2%	41,7%	47,4%	41,3%	48,7%	42,8%	41,6%	38,4%	31,1%	28,9%	43,8%
CDU/CSU	Bundestagswahl 1980	44,5%	38,9%	31,2%	39,8%	28,8%	40,6%	40,6%	45,6%	48,5%	57,6%	42,3%
	Bundestagswahl 1983	48,8%	46,5%	37,6%	45,6%	34,2%	45,2%	44,3%	49,6%	52,6%	59,5%	44,8%
FDP	Bundestagswahl 1980	10,6%	12,7%	14,1%	11,3%	15,1%	10,9%	10,6%	9,8%	12,0%	7,8%	7,8%
	Bundestagswahl 1983	7,0%	6,3%	6,3%	6,9%	6,5%	6,4%	7,6%	7,0%	9,0%	6,2%	6,0%
Grüne	Bundestagswahl 1980	1,5%	1,4%	2,3%	1,6%	2,7%	1,2%	1,8%	1,4%	1,8%	1,3%	1,1%
	Bundestagswahl 1983	5,6%	5,2%	8,2%	5,7%	9,7%	5,2%	6,0%	4,5%	6,8%	4,6%	4,8%
BWK/KPD	Bundestagswahl 1980	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Bundestagswahl 1983	5560	487	305	541	198	2441	—	—	900	688	—
DKP	Bundestagswahl 1980	71600	2474	5488	7020	2284	23115	8817	4139	7634	8158	2471
	Bundestagswahl 1983	64986	2133	3821	6361	1982	21065	7609	3993	8185	7332	2505
NPD	Bundestagswahl 1980	68096	2290	1742	7107	873	14407	7349	5311	11457	16308	1234
	Bundestagswahl 1983	91905	2856	1754	9864	1190	19434	9001	6626	18305	20109	1956
EAP	Bundestagswahl 1980	7666	293	201	803	171	1827	858	752	1212	1221	328
	Bundestagswahl 1983	14966	568	323	1338	324	3270	2124	1609	2918	1923	569

*Amtliches Endergebnis vom 21. März 1983

Diese Abnahme ist gewiß nicht dem MLPD-Aufruf zu Trotz erfolgt. Uns wäre an einer Klarstellung des Sachverhaltes durch die MLPD gelegen. Der Eindruck, eine Partei, deren Einfluß sich so wie bei allen Revolutionären mit einigen Tausend beziffern läßt, versuche mit Gewalt, sich irgendwie in Zusammenhang mit Stimmergebnissen im Hunderttausender-Bereich zu bringen, schadet nämlich uns allen.

Im übrigen möchten wir die MLPD darauf hinweisen, daß nach allgemein zugänglichen Informationen im Anteil der Ungültig-Wähler ein nicht geringer Anteil von Faschisten enthalten ist, und daß deswegen man nicht richtig handelt, diejenigen, die auf Empfehlung der MLPD so wählten, in einen Topf mit einer hinter den Ungültig-Wählern vermuteten politischen Strömen zu rühren.

Die MLPD erwähnt weiter, sich für den Aufbau der Initiativen für eine „Vereinigte Arbeiterliste“ eingesetzt zu haben und sagt dazu: „Trotz raschen Wachstums der Initiativen konnten in der verbleibenden kurzen Zeit nicht mehr die notwendigen Voraussetzungen für eine Kandidatur dieser Arbeiterliste erreicht werden.“

Ein rasches Wachstum dieser Initiativen konnten wir nicht beobachten. Zu fragen wäre aber: Was sind nach Meinung der MLPD die notwendigen Voraussetzungen für eine Kandidatur dieser Arbeiterliste? Können und sollen sie geschaffen werden? – Uns beunruhigt, daß mit der VAL jetzt eine weitere Organisation in einer an Klein-Organisationen sowieso nicht armen politischen Landschaft steht.

Wir meinen: die VAL bzw. die VALs werden notgedrungen in einen programmatischen Klärungsprozeß eintreten müssen und wir würden uns freuen, wenn dies bald geschehe.

Gleichwohl können wir festhalten: die MLPD lieferte eine Beurteilung der Wahlkampfführung und der weiteren Absichten der SPD, gegen die wir keinen Einwand haben.

Die Gruppe internationaler Marxisten (GIM) hatte, schweren Herzens aber dann doch lebhaft, empfohlen SPD zu wählen, hauptsächlich, weil sie eine SPD-Regierung für eine vorteilhaftere Klassenkampfbedingung hält. Ihre Stellungnahme nach der Wahl läuft darauf hinaus, daß die SPD die Politik, die sie nach Meinung der GIM hätte machen sollen, um die Regierungsmehrheit zu erlangen und eine vorteilhafte Klassenkampfbedingung darzustellen, nicht gemacht habe, sondern halt eine andere (die die GIM unserer Meinung nach ganz richtig beschreibt).

Zu fragen bleibt uns dann: War das nicht abzusehen und wenn es abzusehen war, war es dann verantwortlich, zur Wahl der SPD zu raten?

Die Marxistische Gruppe (MG) führte den Wahlkampf mit großem Einsatz und unter der Losung „Wählen ist verkehrt“. Ihr Hauptargument war, man solle den Rechtsstaat nicht auch noch freiwillig parlamentarisch einsegeln. Nach den Wahlen rückte die MG mit der Parole „Wählen war verkehrt“ von dieser Losung ab. Diese ist doppelseitig interpretierbar und beinhaltet sowohl die Interpretation „Es war verkehrt, zur Wahl zu gehen“, wie auch „Es wurde verkehrt gewählt“.

Ob Revolutionäre nicht angemessener handeln, wenn sie raten, sich des Wahlswindels zu enthalten, ist ein alter Streit. Wir polemisieren nicht gegen die Wahlkampf der MG, weil und soweit ihre Propaganda dazu beiträgt, den demokratischen Anschein der Diktatur der Bourgeoisie zu beschädigen (wiewohl wir meinen, daß ein solches

Ziel besser erreicht wird durch Kandidatur mit revolutionärer Begründung).

Unserer Meinung nach enthält die Wahlkampf der MG einen ganz anderen Pferdefuß. Die Leidenschaft, mit der die MG gegen eine Beteiligung am parlamentarischen Schwindel auftritt, mißt eben diesem Schwindel eine ganz unerhörte Bedeutung zu. Ist denn wirklich richtig, daß „das Wählen“ die „passenden Führerfiguren für den deutschen Nationalismus der 80er Jahre“ hervorbrachte? So ist doch gar nicht beschrieben, wie es der Kapitalistenklasse gelang, die von ihr hervorgebrachten Führerfiguren zu plazieren. Die MG sagt: „Bis auf weiteres braucht nicht einmal der parlamentarische Konkurrenzkampf dabei zu stören, wenn Aufrüstungs- und Verarmungspolitik rigoros durchgezogen werden: Die Mehrheit dafür ist ja so stabil!“. Ist wirklich wahr, daß der parlamentarische Konkurrenzkampf in der Geschichte der BRD sich als Stör faktor erwiesen hätte für irgendeinen Plan der Bourgeoisie? Trifft nicht eher zu, daß die bürgerlichen Parteien um die Gunst der Kapitalisten konkurrieren, was z.B. Aufrüstungs- und Verarmungspolitik der SPD-F.D.P.-Koalition hervorbrachte?

Die Politik der SPD beurteilt die MG ganz ähnlich wie alle bisher behandelten Stellungnahmen. Die Möglichkeiten der Grünen-Alternativen hält sie – wie wir meinen zu Recht – für ziemlich eingeschränkt.

Wir wären interessiert zu erfahren, wie sich die MG das weitere denkt. Wählen bleibt verkehrt – Wählen war verkehrt gewesen – Wählen immer noch verkehrt – Wählen ist verkehrt geblieben – Wählen wird immer verkehrt sein – Wählen wird verkehrt geblieben sein ... irgendwie wird uns die Perspektive dabei nicht ganz klar.

Im übrigen würden wir gern wissen, ob die MG der angestiegenen Wahlbeteiligung eine besondere Bedeutung beimitzt, da diese Tatsache mit der Feststellung „Wählen ist verkehrt“ zu tun hat und strenggenommen zu der Folgerung einer Festigung parlamentarischen Verwirrspiels führen müßte, die uns die Sachlage dann auch nicht richtig zu treffen scheint.

Der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) war, wie aus seinen Publikationen hervorgeht, vom Zeitpunkt des Koalitionswechsels überrascht worden und hielt, nachdem die Regierungsneubildung vollzogen war, Neuwahlen auf den 6. März keineswegs für sicher. Der BWK hat sich um ein „breites linkes Wahlbündnis“ nicht bemüht. Sein Interesse war, zu Kandidaturen auf revolutionärer Grundlage zu kommen. Solche Kandidaturen schienen und scheinen dem BWK wei-

nend erhebliche Zahlfehler), so fällt uns auf, daß ein überaus enger Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Organisationen und dem Stimmergebnis besteht. Im übrigen ist auch bei den großen Parteien ein Verhältnis Mitglieder: Wähler von etwa 1:10 bis 1:15 vorzufinden. Bezogen auf die Mitgliederstärken fällt das Wahlergebnis also keineswegs völlig aus dem Rahmen.

Das Ärgernis dieser Wahlkampagne liegt für uns auch nicht so sehr darin, daß eine Einigung aller revolutionären Sozialisten auf Kandidatur nicht gelang. Was soll beim gegenwärtigen Zustand schwacher Diskussionszusammenhänge ein solcher Wunsch. Wir lehnen ab, jemanden wegen der Tatsache der Nicht-Unterstützung unserer Kandidatur und Bündnispolitik zu kritisieren. Wenn schon, dann wegen in diesem Zusammenhang vorgebrachter falscher Argumente.

hen, zur ihren Gunsten zu mobilisieren. Sie paßte den richtigen Augenblick für die „politische Wende“ ab und vollzog sie, als klar war, daß die Zinsen bald beachtlich sinken würden. Das ist dann auch eingetreten. In der Folge konnte jeder, der ein Eigenheim hat und daran abzahlt, der hohe Mieten zahlt, mit einer Mietsteigerung rechnen muß und ans Bauen denkt, wer sein Auto auf Kreditbasis beschafft, wer hohe Bankschulden hat und und und, eine vielleicht kleine, aber doch spürbare Entlastung wahrnehmen.

So etwas hat Folgen. Wer nicht mehr wußte, wie er sein Auto refinanzieren soll, konnte aufatmen, wer seine Eigenheimbaupläne entzweiden sah, Hoffnung schöpfen. So schaffte man sich Propagandisten.

Mag ja sein, daß wir jetzt dazu neigen, diesen Tatbestand allzu hoch zu bewerten. Ein Ärgernis ist indessen, daß wir ihn in unserer Wahlkampfführung überhaupt nicht beachtet haben. Die Diskussion z.B. in den Betrieben ging selbstverständlich um Fragen wie: ob die Union und F.D.P. „viel von Wirtschaft“ verstünden. Die solches behaupteten, hatten ihre Anhaltspunkte. Diese hätte man entkräften müssen (und können, denn was den Leuten wirklich bevorsteht, ist nicht Eigentumsbildung, sondern Verarmung). Aber im Moment sah die Sache eben für viele anders aus.

Inzwischen bemüht sich die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit, die Opferbereitschaft der Wähler (Typ deutsch) zu bestaunen. Tatsache ist eher, daß die Unions- und F.D.P.-Wähler aus urigem Erwerbstrieb gewählt haben wie sie wählten. Das ist nicht besser oder schlechter, sondern vor allem: was anderes.

Zum Abschluß möchten wir betonen: Wir sind an Antworten auf unsere verschiedenen Anfragen stark interessiert. Wir haben die Politik der verschiedenen Organisationen so dargestellt, wie sie uns erschienen ist. Wir finden in praktisch allen Stellungnahmen eine ganze ähnliche Beurteilung dessen vor, was von der SPD zu erwarten ist. Wir finden in allen Stellungnahmen Bedenken über die Möglichkeiten der Grün-Alternativen vor. Wir finden über die Gründe des Wahlerfolgs von CDU/CSU und F.D.P. eigentlich nichts, was nicht schon im Fernsehen gekommen wäre und könnten die von uns vorgetragenen Überlegungen auch nicht als komplett bezeichnen. Wir finden aber vor allem, daß die nähre Bestimmung der politischen Aufgaben der revolutionären Organisationen für die nächste Zeit ansteht und wollen das nicht für uns allein ausbrüten, auch und gerade, weil so viele Organisationen da sind, deren Meinung von Belang ist.

Jetzt geht's aufwärts: mit Aufrüstung & Arbeitslosigkeit

GIM, Was tun Nr. 349, 10. März 1983

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

WÄHLEN WAR VERKEHRT

Denn das hat man jetzt davon:

Die passenden Führerfiguren für den deutschen Nationalismus der 80er Jahre.

Marxistische Gruppe (MG), Flugblatt März 1983

Bundestagswahlen

Kohl & Genscher: Wahlcoup gelungen – Vogel: beim Grün-Alternativen-Fangen gescheitert

BWK, Politische Berichte 5/83; 12. März 1983

terhin der zweckmäßige Weg, die propagandistischen Aufgaben, die ein solcher Polit-Rummel stellt, zu bearbeiten.

Aus der mittlerweile auch schon längeren Geschichte der neueren kommunistischen Bewegung in der BRD ist sattsam bekannt, daß derartige Kandidaturen nicht zu Stimmergebnissen von parlamentarischem Gewicht führen.

Was nun das Stimmergebnis betrifft, das nach dem amtlichen Endergebnis bei rund 5500 liegt, (das vorläufige amtliche Endergebnis enthielt anschein-

Das Ärgernis dieser Wahlkampagne liegt für uns in der Schwäche, daß wir einen Wahlkampf führten, als ob alle Welt von der Politik und den erklärten Absichten der CDU-, CSU- und F.D.P.-Regierung unerhört geschädigt würde und nur eine ganz kleine Handvoll Leute was davon hätte.

Das hat, wie wir schon in der vorigen Ausgabe dieser Zeitschrift darlegten, nicht zugetroffen. Die Kapitalistensklasse verstand in einer meisterhaft konzentrierten Aktion, die ungeheure Vielfalt von Bindungen, die bei der Bevölkerung eines entwickelten kapitalistischen Landes ans Eigentum beste-

Bau: Verhandlungsergebnis abgelehnt

München. Mit einer Forderung von 6,5% Erhöhung der Löhne und Gehälter, Anhebung des 13. Monatseinkommens, Abschluß der Urlaubsregelung ging die IG Bau-Steine-Erden (BSE) in die diesjährige Tarifauseinandersetzung. Nach dem Verhandlungsergebnis vom 16.3. sollten die Löhne der oberen Lohngruppen 1–3 um 3,1% und die der unteren Lohngruppen um 2,7% erhöht werden; 2 Tage mehr Urlaub ab 1.1.84 und Verbesserungen beim Urlaubsgeld. Die Große Tarifkommission der BSE hat mit 41 zu 32 Stimmen das Ergebnis abgelehnt. Die Schlichtung wird frühestens nach Ostern stattfinden.

Nach Versetzungen Stückzahlen erhöht

Köln. Die Ford-Geschäftsleitung hat jetzt die für März und April beschlossene Kurzarbeit wieder aufgehoben. Als sie Anfang des Jahres für 4500 Arbeiter Kurzarbeit ankündigte, versetzte sie zugleich 200 Arbeiter aus der Endmontagehalle in die Getriebe- und Motorenproduktion. Die Geschäftsleitung hat jetzt die

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) führte letzte Woche in Bremen eine Protestkundgebung gegen die Verlagerungspläne des Zigarettenkapitalisten Brinkmann durch. Brinkmann will 350 der 1900 Arbeitsplätze von Bremen nach Westberlin verlagern. Am 1. April tritt ein neues Subventionsgesetz in Kraft, das Produktionverlagerungen nach Westberlin mit Senkung der Steuern für Kapitalisten unterstützt. Auch die Kapitalisten der Kaffee firma Hag und der Brauerei Haackebeck wollen über diese Steuersubvention ihr Kapital vergrößern.



Stückzahlen wieder auf den alten Stand erhöht, aber keinen Arbeiter zurückversetzt. Gegen die Folgen protestierten mehrere Sprecher auf der Betriebsversammlung am 14.3. In der Näherei z.B. müssen Arbeiterinnen in der Pause arbeiten oder schon vor Arbeitsbeginn Vorbereitungen treffen und Überstunden machen. Die Sprecher verlangten Rückversetzungen und Neueinstellungen und berichteten: Die Näherrinnen haben durch ihre Gegenwehr dafür gesorgt, daß einige Arbeiterinnen zurückversetzt werden mußten.



Tausende demonstrierten im Februar in Harrisburg, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Pennsylvania gegen Mittelkürzungen in Krankenpflegeheimen. Zur Protestdemonstration aufgerufen hatte die Gewerkschaft der Krankenhaus- und Pflegeheimangestellten in Philadelphia. Die Reagan-Regierung droht mit Mittelverweigerung, falls die Bundesstaaten die von ihr diktieren Kürzungen nicht durchführen. Der Staat Pennsylvania und die Bundesregierung wollen 36 Mio. Dollar jährlich weniger in Pennsylvania für Krankenpflege in Heimen ausgeben. In einer Anweisung vom Januar 1983 wird von den Heimleitungen verlangt, ein Drittel der pflegebedürftigen Personen herabzustufen, d.h. von bisher fachmännischer Pflege auf „Betreuung“. Eine Demonstrationsteilnehmerin erläuterte die Konsequenzen: Ihrer Mutter, die gerade einen Schlaganfall gehabt hat, wird physische Therapie verweigert. Die Gewerkschaft rechnet mit der Entlassung von etwa 25% des Fachpersonals.

Albrecht: Polizei als Streikbrecher einsetzen

Hannover. Die CDU-Landesregierung in Niedersachsen ist fleißig damit beschäftigt, die Polizei auszubauen. Allein für dieses Jahr sind 390 neue Planstellen vorgesehen. Jede Gemeinde soll grundsätzlich mit einer Polizeidienststelle oder Außenstelle versehen werden. Innenminister Möcklinghoff nennt das nicht nur ein Zeichen noch sichtbarer Bürger Nähe, sondern auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit! Regierungschef Albrecht hat auch noch ein neues Betätigungsfeld für die Polizei gefunden: Falls die Müllwerker streiken, könnte die Polizei für die Arbeiten eingesetzt werden. Dies bezeichnete die Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GDP) als eine „Ungeheuerlichkeit“. Der Bezirksgruppenvorsitzende führte auf der JHV aus, daß sich die Polizei nicht als Streikbrecher mißbraucht lasse und wandte sich gegen die drohende Aushöhlung der Tarifautonomie.

Rheinische Post: Angriff auf Betriebsrat

Düsseldorf. Wegen „Treuepflicht- und Arbeitspflichtverletzungen“ beantragte am 9.2. 1983 die Geschäftsleitung der „Rheinischen Post“ die fristlose Entlassung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden und Ortsvereinsvorsitzenden der IG Drupa, Klaus Dohne. Gemeinsam mit anderen Betriebsratsmitgliedern hatte dieser zwei Zeitungen der Mitglieder der IG Drupa bei der „Rheinischen Post“ in der Stadt verteilt über den Kampf

gegen 72 Entlassungen. Mit zwei Arbeitsniederlegungen verlangte die Belegschaft im Druckzentrum die Rücknahme der Entlassungsdrohung. Die Geschäftsleitung ließ jedem Einzelnen durch Gerichtsbeschuß im Fall erneuter Gefährdung des pünktlichen Erscheinens der Zeitung eine hohe Geldstrafe oder sechs Monate Haft androhen. Am 10.3.83 führte die IG Drupa in Düsseldorf eine Solidaritätsveranstaltung durch, auf der Betriebsräte aus NRW und Hessen sowie ein Vertreter der HBV gegen diese Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation und die Vertretungsrechte in allen Betrieben auftraten. Anschrift für Solidaritätsadressen: Lutz Pfundner, IG Druck und Papier, Friedrich-Ebert-Str. 34–36, 4000 Düsseldorf.

Erfolgreicher Streik gegen Schikane

Essen. Etwa 300 Arbeiter der Werkzeugbetriebe von Krupp-Widia haben am 10. März für drei Stunden die Arbeit niedergelegt. Der zuständige Abteilungsleiter wollte mehrere Akkordscheine vom letzten Jahr, die erst in diesem Jahr zur Abrechnung vorgelegt worden waren, nicht anerkennen. Dies hätte zu erheblichen Lohnentbüßen der betroffenen Arbeiter geführt. Zudem verwarnte der Abteilungsleiter zwei Revisoren, die die Scheine hatten durchgehen lassen. Ergebnis des Streiks war die Anerkennung der Akkordscheine, die Rücknahme der Verwarnungen und die Zusicherung eines Vertreters der Geschäftsführung, bei erneuten schikanösen Vorstößen den Abteilungsleiter zu versetzen.

Bosch-Hildesheim

Sozialplan kann Folgen der Produktionsumstellungen nicht aufheben

Hildesheim. Das Bosch-Werk in Hildesheim ist der größte „Außenstandort“ des Bosch-Konzerns in der BRD außerhalb des Stuttgarter Raums. Es werden Anlasser für die Automobilindustrie hergestellt, arbeitstäglich zwischen 18000 und 20000 Stück. Der zweite wesentliche Produktionszweig ist die Herstellung von Autobatterien. Die Belegschaftsstärke ist zur Zeit 3000, mit kontinuierlich abnehmender Tendenz. Seit über zwei Jahren erfolgt kein Fluktuationssatz mehr, Anfang der 70er Jahre betrug die Belegschaft noch 4600. Die Produktionskapazität ist in den letzten Jahren unverändert geblieben. Die Arbeitsintensität ist durch neue Maschinerie, Mehrmaschinenbedienung, Pausendurchlaufbetrieb und ähnliches ständig gesteigert worden. Im letzten Jahr sind für neue Maschinen 25 Mio. DM investiert worden.

Einschneidende Verschlechterungen für die Belegschaft wollen die Bosch-Kapitalisten durch die Einführung eines neuen Starters, des Vorgelegestarters, durchsetzen. Bei diesem neuen Starter wird das Magnetfeld nicht mehr durch einen Elektromagneten erzeugt, sondern durch einen Dauermagneten. Es entfällt also die entsprechende Spulenfertigung und die Polschuhfertigung. Der Starter wird insgesamt kleiner und leichter. Das geringere Drehmoment des Starters wird durch die Vorschaltung eines Vorgeleges (Planetengetriebes) ausgeglichen. Zum einen soll eine Reduzierung der Belegschaft dadurch erreicht werden, daß Vorgelege

und Magneten von anderen Firmen bezogen werden, ebenso das Polgehäuse. Die entscheidenden Veränderungen sollen sich allerdings im Hildesheimer Werk selbst abspielen. Mit dem Aufbau der neuen Fertigungslinien wird der innerbetriebliche Transport durch Gabelstapler fast vollständig entfallen. Einmal sehen die Planungen die Verkettung der Fertigungslinien untereinander vor, zum anderen ist geplant, auch den Transport zwischen Vorfertigung und Montage durch unbemannte Fahrzeuge abzuwickeln. Die Konzeption der Fertigungslinien erfolgte unter dem Schlagwort „Flexible Automation“. Das Fertigungspersonal an den Bändern wird auf ein absolutes Minimum reduziert, da die Fertigung fast ausschließlich durch weggesteuerte Roboter mit festen Achsen erfolgt. Die Steuerungen für diese Maschinen sind sich sehr ähnlich, sie bestehen alle aus speicherprogrammierbaren Einheiten. Umrüstzeiten für verschiedene Startertypen werden hierdurch stark verkürzt. Eine übergeordnete, zentrale Programmierung und Steuerung durch einen Fertigungsleitrechner ist zur Zeit noch nicht geplant (siehe Funktionsschema). Dies ist prinzipiell aber nachrüstbar. Lieferant für diese neuen Fertigungslinien ist der Bosch-Geschäftszweig Industrieausstattung.

Die 37 Mio. DM Investitionssumme für das Jahr 1983 sind profitabel angelegt. Es soll eine Reduzierung des Instandsetzungspersonals um 60% in den nächsten Jahren erfolgen. So soll z.B. eine ausgefallene Maschine nicht mehr repariert werden, sondern komplett mit einer bereitstehenden Ersatzmaschine ausgetauscht werden. Die Reparatur erfolgt dann zu einem späteren Zeitpunkt. Die Fertigungsstraßen sollen auch die Pausen durchlaufen. Die Fertigung wird ab 1983 komplett in Dreischicht gefahren. Bis 1985 soll die Belegschaft von 3000 auf 2000 reduziert sein.

Im Moment ist das ganze ehrgeizige Programm der Kapitalisten allerdings ins Stocken geraten, da die Automobilfirmen den neuen Starter in wesentlich geringeren Stückzahlen geordert haben, als es die Kapitalisten vorausgesessen haben. Die hohen Bestellzahlen für den alten Starter auf der anderen Seite lassen die Fertigung auf vollen Touren laufen. Statt den geplanten 29 Entlassungen pro Monat wurden 40 befristete Neueinstellungen vorgenommen (für sechs Monate), nachdem der

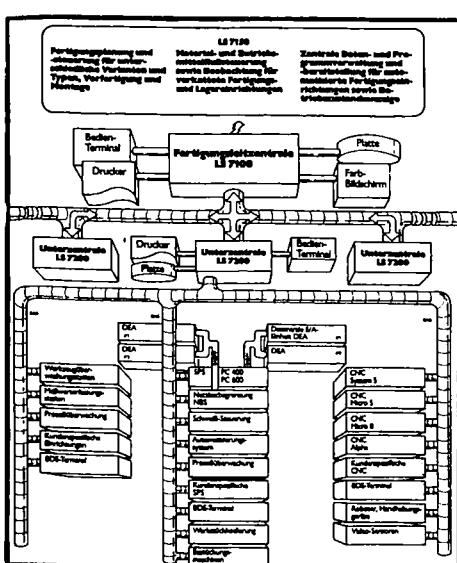
Betriebsrat Überstunden und Sonderarbeiten abgelehnt hatte.

Unter anderem diese Situation ermöglichte es dem Betriebsrat, der keine Front gegen die Produktionsumstellungen aufzubauen versuchte, einen relativ guten Sozialplan auszuhandeln, nach dem voraussichtlich ab Herbst die ersten Entlassungen erfolgen sollen: Für Umschulungen wurden Fristen zwischen 14 Tagen und sechs Monaten vereinbart, wobei die Firma den Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate plus anfallender Fahrtkosten bezahlt. Weiterhin wurde eine Verdienstsicherung bei Abgruppierungen erreicht (plus Kündigungsfrist des Abgruppierter), einschließlich Überzeitzuschlägen, übertariflichen Zuschlägen und Tariferhöhungen. Abfindungssumme: Grundbetrag ist 165% des letzten Brutto, Dienstzeitzuschlag 35% pro angefangenem Dienstjahr, Alterszuschlag zwischen 45 und 50 Jahren 35%, über 50 Jahren 40%. Höchstbetrag der Abfindungssumme 36000 DM, Jubiläumsgelder dürfen mit der Abfindungssumme nicht verrechnet werden.

Buchhandel und Verlage Lohnforderung Bayern: 7,5%, mindestens 150 DM

München. Das jüngste Beispiel: Die Verlagsgruppe Athenäum/Hirschgraben „gerät in wirtschaftliche Schwierigkeiten“. Rationalisierungen sind teuer. Ein „Geldgeber“ wird gesucht und findet sich in der Verlagsgruppe Cornelisen-Velhagen und Klasing. Man „kooperiert“, Hirschgraben kann seinen Außendienst aufgeben, die Kapitale „ziehen unter ein Dach“, die Verwaltungen werden zentralisiert. Bei Hirschgraben wenden sich die Beschäftigten an die Öffentlichkeit, lehnen einen Sozialplan ab, kämpfen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Der Widerstand ist aussichtslos.

Für die Beschäftigten der Branche stellte sich bei Beschußfassung der Forderung die Frage, ob man den Konzentrationsprozeß noch beschleunigen soll, indem man „maßvoll“ bleibt und den großen Kapitalen noch mehr Kapital zuschanzt. Oder ob man von dem dringenden Interesse der Beschäftigten nach der Erhaltung des – ohnehin niedrigen – Tarifniveaus ausgeht. Die meisten Beschäftigten erhalten tariflich (Gruppe III/5) 2250 DM brutto. In Steuerklasse I sind das 1520 DM netto. Dieser Betrag ist im letzten Jahr bei einer Tariferhöhung von 4,35% um 5% weniger wert geworden. In diesem Jahr rechnet die Gewerkschaft mit einem Inflationsverlust von 4,5%. Will man



Fertigungsleitsystem von Bosch-Industrieausstattung

netto 5% mehr bekommen, wären das in dieser Tarifgruppe rund 80 DM netto mehr. Um auf diesen Betrag im Brutto-Bereich zu kommen, muß der Tarif um 7,5% steigen. Nur mit diesen 7,5% kann ein Ausgleich der Preissteigerungen erzielt werden.

Für die unteren Tarifgruppen sowie für die Auszubildenden würde eine gleiche prozentuale Erhöhung weder die Preissteigerungen auffangen, noch das Tarifgefüge bestehen lassen. Ein Auszubildender im dritten Jahr bekommt netto 580 DM, ein Beschäftigter in Gruppe II/5 netto 1320 DM. Um auch in diesen Tarifbereichen eine Netto-Erhöhung von ca. 80 DM zu erzielen, mußte die Prozentforderung mit einem Mindestbetrag von 150 DM verbunden werden. Darüberhinaus soll

versucht werden, endlich auch die Buchhandels- und Verlagskapitalisten zu bewegen, die noch fehlenden 13 DM zum vollen Betrag der sogenannten Vermögensbildung zu bezahlen.

Sowohl in der Fachgruppe als auch in der Tarifkommission der HBV wurde die Forderung lange und kontrovers diskutiert. Es wurden Vorstellungen vorgetragen, die wesentlich höher lagen, und es gab die Vorstellung, mit den „üblichen“ 6,5% besser eine „realistische Forderung“ aufzustellen. Ausschlaggebend für die beschlossenen 7,5% mindestens 150 DM war, nicht eine Forderung erheben zu wollen, die von vorneherein bereits einen relativen Lohnverzicht beinhaltet, sondern zumindest einen Ausgleich für die Preissteigerungen ermöglicht.

Heißt das nun, daß man dieses ganze Teilzeitgetrommel nicht so ernst nehmen sollte? Nur gedacht, um Hoffnungen bei den Arbeitslosen zu wecken? Ganz im Gegenteil! Zum einen richtet sich diese Propaganda direkt gegen die Forderung nach einer 35-Stundenwoche. Zweitens sagt sie aus, daß die Regierung und die Kapitalisten praktisch noch nicht soweit gekommen sind, wie sie es gerne hätten, und drittens soll sie in den Köpfen als normal verankern, daß Teile der Lohnabhängigen bei gestiegener Arbeitsintensität für einen Lohn arbeiten, der zum Leben nicht reicht, geschweige denn zur Ernährung einer Familie. Dazu nutzen sie den Druck der Arbeitslosigkeit und die Probleme der Familien schamlos aus, indem sie es auch noch als „familienfreundlich“ bezeichnen.

Teilzeitarbeit

Niedersächsische CDU-Regierung forciert die Ausweitung der Teilzeitarbeit

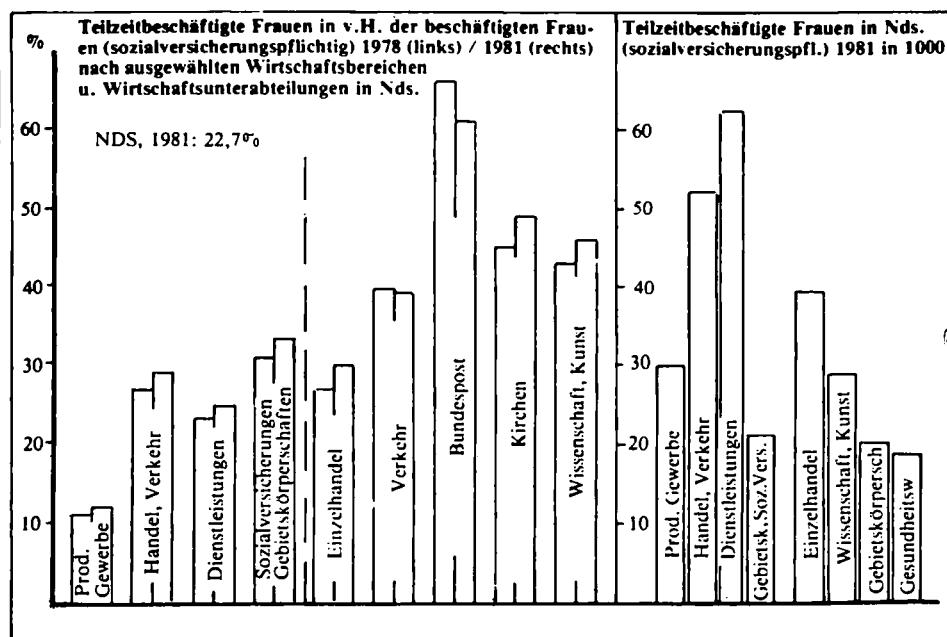
Hannover. Ständig zunehmend röhrt die CDU-Landesregierung die Trommel für mehr Teilzeitbeschäftigung. Die Bilanz, die sie bisher vorlegen kann, ist jedoch gering. Zwar ist es ihr gelungen, die Teilzeitbeschäftigung beim Land, also in der Verwaltung und den Wirtschaftsunternehmen, von 1970 bis 1980 auf 21 233 zu verdoppeln. Diese Ausweitung hat jedoch im wesentlichen bei den Beamten stattgefunden, und hier wiederum bei den Lehrern, die sich zum Teil mit den ¾-Stellen versuchen, eine 40-Stunden-Woche mit entsprechender Einkommensenkung zu erkaufen und zum Teil bei der Einstellung direkt zu Teilzeitverträgen gezwungen wurden. Von den gut 9000 teilzeitbeschäftigten Beamten sind über 8000 Lehrerinnen.

Mit viel Spektakel hat Ministerin Breuel vor einem guten Jahr einen Job-Sharing Versuch in ihrem Wirtschaftsministerium gestartet. Das Angebot ging an alle und sollte wegweisend sein. Das Ergebnis war kläglich. Dieser Versuch stieß nicht nur auf die Ablehnung der Gewerkschaften, selbst der Beamtenbund äußerte sich skeptisch. Er stieß vor allem auf die Ablehnung der im Ministerium Beschäftigten. Nur eine bereits in Teilzeit arbeitende Angestellte fand sich. Fünf Neueinstellungen wurden getätigt, wovon eine der fünf Frauen von Anfang an erklärte, sie suche möglichst rasch einen Ganztagsarbeitsplatz.

Ein Ministerialerlaß ist an alle Landesbehörden gegangen, mit der Anweisung, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Doch auch das brachte nicht den erhofften Erfolg. Zum Teil verschwand dieser Erlaß vorerst einfach in den Schubladen der mittleren Verwal-

tungsbürokratie. So sind z.B. an der Universität Hannover von 1979 bis 1983 die Teilzeitarbeitsplätze bei den Angestellten (ohne Beschäftigte, die aus Drittmitteln gezahlt werden, und ohne wissenschaftliche Hilfskräfte) von zehn auf nur zwölf erhöht worden.

Nicht übersehen kann man, daß die Teilzeitarbeit in verschiedenen Bereichen bereits weit verbreitet ist. 22,7% aller sozialversicherungspflichtigen Frauen (also mit mehr als 20 Wochenstunden) arbeiteten in Niedersachsen 1981 in Teilzeit. Nochmal die gleiche Zahl von Frauen, kann man rechnen, arbeitet mit weniger als 20 Stunden pro Woche, was sich in etwa mit den Angaben des ÖTV-Frauensekretariats deckt, das für 1981 angibt, ca. 38% aller Frauen seien in Teilzeit beschäftigt.



Ausschließlich bei den Reinigungskräften hat eine nennenswerte Steigerung stattgefunden. Die Teilzeitstellen stiegen von 1979 auf 1983 bei den Arbeitern von 30 auf 66, davon befinden sich 56 im Reinigungsdienst. Zustandekommen ist dies durch Druck auf die Reinigungsfrauen, kürzeren Arbeitszeiten (bei meist gleichem oder vergrößerten Reinigungsfläche) zuzustimmen; für den „freigesetzten“ Lohn wurden Einstellungen vorgenommen.

Diese Frauen-Teilzeitarbeit konzentriert sich nicht nur auf wenige Wirtschaftsbereiche, nämlich Handel, Dienstleistungen und öffentliche Dienst (s. Schaubild), sondern noch stärker ist die Konzentration auf einzelne Berufe. Nach einer Erhebung des statistischen Bundesamtes waren 1977 56% aller sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen in nur vier „Berufsordnungen“ tätig: Raum-, Hausratstreiniger 20,9%, Bürofachkräf-

te 14,9%, Verkäufer 14,1% und Stenographen, Stenotypisten, Maschinen-schreiber 6,0%. Allen Berufen ist gemeinsam, daß eine hohe Arbeitsintensität erpreßbar ist und keine oder nur geringe Ausbildungsvoraussetzungen bestehen. Also gerade die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen haben die Kapitalisten und der Staat in die Teilzeitarbeit gepräßt. Eine Verkäuferin mit Ausbildung verdient im dritten Berufsjahr in Niedersachsen 1355 DM brutto, bei einer 40-Stundenwoche.

Wenn der Kampf gegen die Teilzeitarbeit nicht zunimmt, wird sie in den angeführten Bereichen noch weiter ausgeweitet. Als nächstes ist dann der gesamte Verwaltungsbereich dran, wo absehbar ist, daß sich im Zuge der Einführung von neuen Techniken, also der EDV und von Bildschirmbearbeitung, viele Tätigkeiten von Sachbearbeitern auf Teilzeitarbeiten reduzieren lassen. Diese Entwicklung reißt Flanken auf im Kampf für die 35-Stundenwoche und muß unweigerlich auch auf die Bezahlung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten drücken.

Ostermarsch 1983 Blockade als Form des Widerstandes

Flensburg. Im Zusammenhang mit den Ostermärschen und dem Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen planen die Initiativen in diesem Jahr vor zig Atomwaffendepots Blockadeaktionen. So sind z.B. in Schleswig-Holstein vor und um die beiden A-Waffendepots in Kellinghusen und Meyn Zeltlager, Demonstrationen und Blockaden der Zufahrten und Eingänge geplant. In diesem Jahr ist erstens die Forderung gegen den Rüstungshaushalt der BRD und zweitens gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt gerichtet. Insgesamt sind die Forderungen mehr gegen die eigne Bourgeoisie gerichtet, ohne sie aber ausdrücklich beim Namen zu nennen. So ist z.B. in dem Info 1 der Koordination des Ostermarsches festgehalten: „Will die Friedensbewegung ihre Forderungen ernst nehmen, so muß sie sich auf eine direkte Konfrontation mit den Aufründern einstellen. Sie muß ihre bisherigen Aktivitäten ergänzen durch solche, die geeignet sind, den von oben gewünschten Ablauf zu stören und zu behindern.“ Die hauptsächliche Debatte lief dieses Jahr über die Widerstandsformen. Besonders scharf wurden diejenigen angegriffen, die der Forderung von Zimmermann nach Vermummungsverbot und absolute Gewaltfreiheit auf Seiten der Demonstranten nachgeben wollten und hauptsächlich im Stil der Bildzeitung argumentierten.



Ostermarschdemonstration Meyn 1982

Verschiedene Wortbeiträge, daß der bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus und der bewaffnete Widerstand z.B. in Vietnam gegen die USA nötig war, geben der Auseinandersetzung eine positive Richtung. Sachblockaden, z.B. brennende Autos, wurden momentan als nicht realisierbar angesehen.

Die Aktivitäten für Frieden, zu denen auch die Ostermarschbewegung zu rechnen ist, sowie Aktionen gegen Kriegsvorbereitung und imperialistischen Krieg wirken in unterschiedlicher Intensität gegen den Krieg. Die Forderungen, Maßnahmen, Aktivitäten und Sabotageaktionen, die gegen den imperialistischen Krieg und die Bundeswehr gerichtet sind, verdienen jede Unterstützung. Ein Hauptpunkt der zukünftigen Diskussion muß auf die Klärung der Frage gerichtet werden, warum es richtig ist, für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie einzutreten, in jedem Krieg, den sie anzetteln und mitmachen. Ein weiterer Punkt der Diskussion muß die „Heimatliebe“ der Friedensbewegung werden, denn sie trägt stark klassenversöhnlerische und nationale Züge.

Hapag-Lloyd Vorstand bläst zum Angriff auf die Löhne

Hamburg. Der weltweit geführte Konkurrenzkampf der Reeder um höhere Frachtanteile hat in den letzten zwei Jahren erheblich an Schärfe zugenommen. Das Frachtaufkommen geht auf fast allen Linien erheblich zurück, über 1000 Schiffe sind inzwischen aufgelegt, da die Reeder versuchen, durch Verringerung des Tonnageangebots die Frachtraten zu halten. Dies stachelt die Reeder zu wütender Auspressung und Ausbeutung der Belegschaften an. Entsprechende Beschlüsse sind vom

Hapag-Lloyd-Aufsichtsrat auf seiner Sitzung im November 1982 gefaßt worden, die Kapitaleigner Deutsche Bank, Dresdner Bank und Allianz legten die Forderung nach einem „Sanierungs-konzept“ auf den Tisch. Nach diesem Konzept sollen an die tausend Beschäftigte entlassen werden, die Sozialleistungen wie Weihnachts- und Urlaubs-geld sollen gestrichen werden, die Tarif-erhöhungen sollen auf die betrieblichen Zulagen angerechnet werden. Diese Kürzungen belaufen sich bei dem einzelnen Kollegen auf bis zu 2000 DM pro Jahr.

Gleichzeitig soll die Arbeitsetze, die „Produktivität“, erheblich gesteigert werden. Wie das gehen soll, erläutert das Vorstandsmitglied Kulenkampff-Bödecker auf einer Mitarbeiterver-sammlung am 18.3. 1983: „Es gibt bei uns Mitarbeiter, die auch spät nach Feierabend und auch am Wochenende im Büro arbeiten, die bis zu 50 Über-stunden im Monat haben und keine Bezahlung verlangen. Das nenne ich den Hapag-Lloyd-Geist.“ Seine restli-chen Ausführungen gingen im Hohn-gelächter der Belegschaft unter. Der Vorstandsvorsitzender Kruse meinte auf derselben Versammlung, nachdem nun die Aktionäre durch Kapital-schnitt 120 Mio. DM zuschießen, seien von der Belegschaft erst recht Opfer zu erwarten. Entsprechende Bedingungen seien von den Banken auch eindeutig an die Durchführung dieser Maßnahme geknüpft worden. Dazu gehöre auch das Ausflaggen von Schiffen.

Gleichzeitig nutzen führende Ange-stellte auf Geschäftsführungsebene bei Hapag-Lloyd ungeniert ihre Stellung dazu aus, sich zu bereichern. So ist der Hauptabteilungsleiter Datenverarbei-tung Dührkopp zu 50% an einer Tochterfirma der Hapag-Lloyd, der HL-Sys-temberatung, beteiligt. Diese Firma, deren einziger Kunde Hapag-Lloyd ist, vermietet EDV-Fachleute an Hapag-Lloyd zu Stundensätzen bis zu 170 DM. Jetzt hat Dührkopp die Sanie-rungspläne des Vorstands dazu be-nutzt, über zehn Beschäftigten in der EDV-Abteilung ihre bevorstehende Entlassung anzukündigen in der Hoffnung, daß diese schon vorher freiwillig kündigen. Gleichzeitig aber schleust er immer mehr „Leihkräfte“ über seine Firma ein, inzwischen sind es schon fast 20. Die betroffenen Beschäftigten leiten jetzt zusammen mit dem Betriebsrat Schritte dagegen ein, sie wer-den darin von der übrigen Abteilung unterstüzt. Der Betriebsrat hat ange-kündigt, daß er so lange keiner Kündigung oder Umsetzung zustimmen wird, wie Leiharbeitskräfte bei Hapag-Lloyd beschäftigt werden. Die ÖTV-Betriebs-räte vertreten darüber hinaus die An-sicht, daß die fällige Sanierung einzig Aufgabe der Banken ist, die ja schließ-lich jahrelang abgesahnt haben.

Höhere Strompreise für Haushalte und Vorteile für die BRD-Kapitalisten

Freiburg. Die Tatsache des immer rasanter werdenden Waldsterbens nutzen gegenwärtig vor allem die Unionsparteien zu einem großangelegten Propagandafeldzug. Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, schwingt sich zum Vorreiter auf im Kampf gegen die Luftverpestung. Das ist erstaunlich genug, um den Interessen auf den Grund zu gehen.

Bekannt ist, daß das zunehmende Waldsterben ursächlich mit dem Dreck zusammenhängt, der aus den Industrie- und Kraftwerksschlotten geblasen wird, z. Zt. in der BRD pro Jahr 3,5 Mio. t Schwefeldioxid (SO_2), 3 Mio. t Stickoxide, giftige Schwermetalle usw. Bekannt ist inzwischen auch, daß durch die immer höheren Schornsteine die Luft immer weiträumiger verpestet wird und die Schadstoffe durch chemische Reaktionen in der Atmosphäre noch giftiger werden. Aus den früher lokal aufgetretenen Rauchschäden in der Umgebung von Kohlekraftwerken ist inzwischen der europaweit niedergehende saure Regen geworden. Produziert wird er hauptsächlich von der BRD und ihren Hauptrivalen in der EG. Den größten Anteil an importiertem saurem Regen verzeichnen die skandinavischen und die Beneluxländer, sowie Albanien, Österreich, Schweiz, CSSR, Polen und Rumänien mit jeweils über 50% Import.

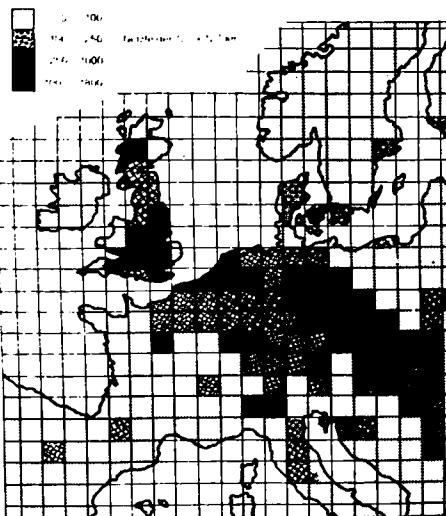
Es scheint dabei nur um den Wald zu gehen. Im ganzen Presserummel stehen die Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier, auf die Landwirtschaft, auf das Grundwasser, auf das Umkippen von Seen überhaupt nicht zur Diskussion.

Die BRD röhmt sich, mit zwei Maßnahmen wegweisend im Kampf gegen die SO_2 -Emissionen zu sein: Mit der „Technischen Anleitung zur Reinhal tung der Luft“ (TA Luft) und der „Großfeuerungs-Anlagenverordnung“ (GFAV). (s. Pol. Ber. 14/82) Es findet faktisch keinerlei Senkung der höchstzulässigen Werte für Luftbelastungen statt. Die Senkung des SO_2 -Immissionsgrenzwertes für „unbelastete“ Gebiete von $0,14 \text{ mg/m}^3$ auf $0,06 \text{ mg/m}^3$ soll noch etwas näher beleuchtet werden: „Stand der Wissenschaft“ war laut Allgemeiner Forstzeitschrift im Jahre 1973, daß eine Konzentration von $0,01 \text{ mg SO}_2$ pro m^3 Luft Schäden bei Fichten und $0,04$ bis $0,07 \text{ mg/m}^3$ ein Absterben der Fichtenbestände aller Altersklassen zur Folge haben. Späth behauptet heute, daß $0,05 \text{ mg/m}^3$ völlig unbedenklich wären!

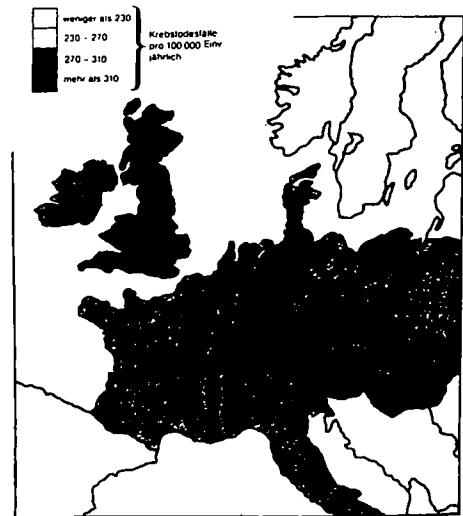
Zimmermanns GFAV fand selbst in der bürgerlichen Presse folgende Würdigung: „Ein seltsam mißgestaltetes Wesen mit einem Wasserkopf und lauter Pferdefüßen: $0,4 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ dürfen weiter in die Luft geblasen werden, Ausnahmeregelungen sind gestattet, die den Anlagebetreibern fast einen Blankoscheck ausstellen, Fernheizwerke erhalten Sonderrechte.“ (Bad.Zt. 22.2.83) Das Fazit: So laut auch gegenwärtig der Lärm ist, es ist eine Illusion, daß etwas an der Ruinierung der Umwelt geändert werden soll. Auch nicht durch den „Kritiker“ Späth: In Ba-

gantischer Plünderungsfeldzug auf der Welle des Umweltschutzes. Die Regierungen verschreiben den Energieversorgungsunternehmen (EVU) die bis zu 20%igen Strompreiserhöhungen und deklarieren gleichzeitig die Kernenergie zur besten Medizin gegen das Waldsterben (so die CDU-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg im Mai 1982). Zum anderen stellt die Einführung des „Waldfennigs“ eine geniale Verdrehung des Verursacherprinzips dar: Die Kapitalisten mit ihrer Wirtschaftsweise bleiben verschont, kassiert wird bei den Haushalten.

Der Widerstand der Kapitalisten gegen das Entschwefelungsprogramm hat sachliche und politische Gründe: Sie verheizen hauptsächlich extrem schwefelhaltiges und billiges Schweröl. Eine Umstellung sowie Entschwefelung ihrer Raffinerien, Hochöfen usw. würde sie sehr teuer kommen.



Krebssterblichkeit 1975 in Mitteleuropa (rechts) im Vergleich mit Schwefeldioxid-Emissionen des Jahres 1972 (links). Schwefeldioxid kann aufgrund der Ähnlichkeit der Karten sicherlich nicht als krebsregende Verbindung identifiziert werden, obwohl es als kokarzinogenes Reizgas durchaus im Verdacht steht. Dort, wo hohe Schwefeldioxid-Konzentrationen zu verzeichnen sind, ist aber vor allem die Industrie- und Bevölkerungsdichte sehr hoch. Der Kartenvergleich legt demnach ebenfalls einen Zusammenhang zwischen Krebskrankungen und Industrialisierung nahe.



den-Württemberg soll in ein paar Großanlagen – unter bewußter Mißachtung des „Stands von Wissenschaft und Technik“ – die trockene Abgasentschwefelung eingebaut werden, die wenig kostet und wenig bringt.

Ein umfassendes Entschwefelungsprogramm würde Investitionen zwischen drei und sechs Mrd. DM erfordern. Es ist von daher erstaunlich, mit welcher Vehemenz die Kapitalisten sich dagegen wehren. Noch erstaunlicher allerdings sind die Konsequenzen, welche die bürgerlichen Politiker von CDU bis SPD vorschlagen und die leider auch bei Grün-Alternativen auf offene Ohren stoßen: Strompreiserhöhungen von bis zu 3 Pfg./kWh, deklariert als „Waldfennig“, ergeben beim Gesamtstromverbrauch in der BRD im Jahr etwa 3 Mrd. DM; der „Waldfennig“ soll natürlich nach ein bis zwei Jahren nicht wieder rückgängig gemacht werden! Zum einen ist das ein

Der zweite Teil des Propagandafeldzuges richtet sich gegen die imperialistischen Rivalen in der EG: Späth schrieb an Herrn Kohl, Bonn, dieser möge eine europäische Initiative anleihen „aus Sorge um das Waldsterben“. Die BRD würde Dreck von hüben (Frankreich, Schweiz, Belgien) und drüben (DDR, CSSR, Polen) importieren. Kohl antwortete „positiv“. Was das heißt? Die BRD will eine europäische Vereinbarung, in der sie ihren Konkurrenten Konzentrationen von Schadstoffen im Rauch vorschreiben will, die in der BRD durch Ausnahmeregelungen in der TA Luft und GFAV allemal unwirksam sind. Entscheidend sind aber die absoluten Mengen pro Fläche, die sich aus den Schlotten über die Natur ergießen. Wer da führend ist, wurde bereits am Anfang gesagt. Tatsache ist: die BRD ist Nettoexporteur von Dreck, sei es auf dem Luft-, Wasser- oder Landweg!

Waldsterben – was ist saurer Regen?

Alle fossilen Brennstoffe (Kohle, Öl) enthalten in unterschiedlichen Konzentrationen Schwefel- und Stickstoffverbindungen. Bei der Verbrennung wird Schwefel zum größten Teil in das Gas Schwefeldioxid umgewandelt. Auf die gleiche Weise entstehen aus den Stickstoffverbindungen des Brennstoffs Stickoxide, bzw. entstehen die Stickoxide, wenn bei hohen Verbrennungstemperaturen der Luft-Stickstoff sich mit dem Luft-Sauerstoff verbindet. Die Gase Schwefeldioxid und Stickoxid sind sogenannte Säurebildner, d.h. sie reagieren mit Wasser zu Säuren. Die Säurebildung ist die Ursache für den sauren Regen.

Hohe Kamine und Photooxidantien:

Aufgrund der hohen Kamine gelangt das Schwefeldioxid in höhere Luftsichten und wird über größere Strecken transportiert. In den höheren Luftsichten wird der Sauerstoff (O_2) durch UV-Strahlung der Sonne in Ozon (O_3) verwandelt. Dieses Ozon wirkt auf das Schwefeldioxid (SO_2) oxidierend, d.h. dieses wird in SO_3 verwandelt. SO_3 bildet mit Wasser die schweflige Säure. SO_3 bildet mit Wasser die stärker saure Schwefelsäure. Ozon gehört zu den Photooxidantien.

Emission: Ausstoßen von Schadstoffen in die Umwelt. Gemessen wird die Schadstoffmenge in mg/m^3 ausgestoßener Luft.

Immission: Die über einen Kamin abgegebenen Schadstoffe verteilen sich in der Atmosphäre. Die Schadstoffmenge pro m^3 Luft verdünnt sich also. Die Schadstoffkonzentration, die hier gemessen wird, ist die Immission.

Wirbelschichtfeuerung: Kohle- und Kalkteilchen werden in einem Kreislauf transportiert. Die Verbrennungstemperatur der Kohle wird so niedrig gehalten, daß der Anteil der Stickoxide um 50% gesenkt werden kann. Der Kalk bindet das entstehende Schwefeldioxid und reduziert so den Schwefeldioxidgehalt in der Abluft um 90%. Geeignet ist das Verfahren für kleinere Kraftwerkblöcke.

Rauchgasentschwefelung: Es gibt trockene und nasse Verfahren. Die trockenen sind wesentlich billiger und erreichen eine Reduzierung des SO_2 -Gehaltes in der Abluft um die 50%. Beim nassen Verfahren liegt die Reduzierung bei über 95%.

Beamtenrecht Aktueller politischer Unterricht unerwünscht

Ulm. Von disziplinarrechtlichem Belang war für das Oberschulamt die Tatsache, daß der Lehrer Langer an der Steinbeis-Berufsschule Ulm u.a. folgende Materialien im Unterricht verwendet hatte: H. Mann: „Der Untertan“, den Stern-Artikel „Deutschland erwache“ über Rechtsradikale, Berichte und Leserbriefe aus der Lokalpresse über einen Informationsstand von Homosexuellen, Loriots Satire „Eine Bundestagsdebatte“, das Programmheft des Ulmer Theaters, Veröffentlichungen zum Thema Ökologie aus verschiedenen Zeitungen und ein Bericht über die Startbahn West aus der Südwesepresse, der 1980/81, ohne Misstrauen zu erregen, Reifeprüfungsaufgabe für Technische Oberschüler in Baden-Württemberg war. Um diesem „Verdacht eines Dienstvergehens“, aktuelle politische Themen im Unterricht zu behandeln, näher auf die Spur zu kommen, hatte Schulleiter Schmid im Auftrag des Oberschulamts vierzehn Ordner Langers ohne dessen Wissen beschlagnahmt. Darüberhinaus wurde unter dem Vorwand einer Tagesschulbesprechung ein Schüler auf das Rektorat geholt, um ihn „vertraulich“ über verfassungsfeindliche Äußerungen Langers auszuhorchen.

Langer, aktiv in der Ulmer Friedensbewegung und engagiert bei der Einrichtung eines Dokumentationszentrums im ehemaligen KZ Kuhberg, des öfteren auch Referent über Faschismus an der Volkshochschule, war der Schulbürokratie offenbar deshalb aufgefallen. Seine Verbeamung wurde hinausgezögert. In Dienstbeurteilungen wurde die eindeutig gesellschaftskritische Haltung seines Unterrichts und „eine Neigung zur Konfrontation“ betont. Während vor zwei Jahren gar eine vorzeitige Verbeamung wegen guter pädagogischer Leistungen anstand, erteilte ihm Schulleiter Schmid jetzt die Note fünf.

Die GEW und Lorenz, Vertraulen Lehrer und SPD-MdL, traten mit diesem und ähnlichen Disziplinierungsfällen an Ulmer Schulen an die Öffentlichkeit, die mit breiter Empörung reagierte. Zutage getreten sei aber wahrscheinlich nur die „Spitze eines Eisbergs“. Durch das Beamtenrecht zum Schweigen über laufende Disziplinierungen gezwungen, könne „jeder Kollege so lange gejagt werden, bis er erledigt ist“ (Lorenz). Das Schulamt sprach von einer landesweiten Hetzkampagne der GEW.

Auf einer Veranstaltung von GEW und IGM forderten 300 Anwesende in

einer Resolution die sofortige Verbeamung Langers, die Absetzung des Schulleiters und Disziplinarmaßnahmen gegen die zuständigen Beamten des Oberschulamtes, sowie freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Schulen. SPD, FDP und Grüne richteten eine Eilanfrage an die Landesregierung. In einer einstündigen,



Stuttgart, 1. Mai 1982: GEW-Lehrer lassen Mayer-Vorfelder demonstrieren

hitzen Landtagsdebatte räumte Kultusminister Mayer-Vorfelder zwar „Ungeschicklichkeiten eines Schulleiters“ ein, rechtfertigte aber generell das Vorgehen gegen Langer, zu dem die Verwaltung berechtigt, ja verpflichtet sei. Langer war zwei Wochen später „mit sofortiger Wirkung vorläufig des Dienstes enthoben“. Seine Schüler, kurz vor dem Abitur, verlangten in einem Brief die Aufhebung der Suspendierung. Die Bezirksschülervertretung hat Aktionen an den Schulen angekündigt. Mayer-Vorfelder versucht offenbar so, der weiteren Offenlegung der politischen Knechtung an den Schulen mit Gewalt ein Ende zu setzen.

Polizeiüberfall Außer Dienst, aber das macht nichts

Dortmund. Am 3., 7. und 10. März standen Polizeihauptkommissar Murawski, stellvertretender Einsatzleiter des Sondereinsatzkommandos (SEK), und Polizeioberrat Weist, Leiter des Schutzbereichs Mitte, in Dortmund vor dem Landgericht. Angeklagt wurden sie, weil sie im September in Dortmund mit fünf bis sechs anderen „unbekannten Personen“ ein besetztes Haus ohne Befehl von oben überfielen und die Hausbesetzer zusammenschlugen, einen sogar krankenhausbereit. Das ganze lief ohne Einsatzbefehl, und Staatsanwaltschaft und Richter ließen sich alles mögliche einfallen, um die üblichen Praktiken der Polizei zu ver-

harmlosen. So war Weist so betrunken, daß er nicht genau wußte, was er tat. Und SEK-Murawski, als Mitglied der SEK-Truppe berüchtigt, folgte ehrfürchtig und untergeben seinem Vorgesetzten Weist. Auch daß Murawski vor dieser Aktion beim Polizeipräsidium anrief, daß ausgerechnet danach die Tonbandaufzeichnungen vom Funk zu diesem Punkt unvollständig waren, daß der diensthabende Funker zu diesem Zeitpunkt bisher noch nicht ermittelt wurde, das war nicht ohne Zufall. Auch schwiegen sich die Angeklagten Murawski und Weist den ganzen Prozeß über aus, damit die anderen fünf bis sechs nicht bekannt gegeben werden mußten. Auch wurde für Murawski extra ein Leumundsvorgesetzter herangezogen, der bestätigte, daß Murawski sich überall und immer überdurchschnittlich hervorhob.

Kein Wunder, daß dementsprechend der Urteilsspruch ausfiel: vier Monate für jeden auf Bewährung, 2000 DM für Weist und 800 DM für Murawski – und zurück in den Dienst. Sie wurden bestraft, aber nicht dafür, daß sie ihr Soll übererfüllten und etwas „Unrechtes“ taten, sondern dafür, daß sie sich zu ungeschickt verhalten haben und zuviel an die Öffentlichkeit drang. Daß solche Praktiken durch den Staatsapparat nur unterstützt werden, zeigt eine Aktion des SEK am 8. März, wo 120 Antifaschisten den Eingang einer Kneipe blockierten, um eine NPD-Kreismitgliederversammlung zu verhindern. Das SEK wurde gerufen, um den Faschisten Einlaß zu gebieten, und sie unterschieden sich gegenüber den Schutzpolizisten durch ungekannte Brutalität.

Heidelberg DVU-Bundesversammlung verleiht Rudel-Preis

Heidelberg. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) hielt in Heidelberg am 5. März ihre Bundesversammlung ab. Die DVU ist mit ihrer rund 14000 mitgliederstarken Gefolgsschar die größte neofaschistische Organisation in der BRD. Ihr Vorsitzender Gerhard Frey ist gleichzeitig Herausgeber der „National- und Soldatenzeitung“. Die Abhaltung der Bundesversammlung diente der Verleihung des „Hans-Ulrich-Rudel-Preises“ (Preiswert 10000 DM) an Günther Just, Autor mehrerer Kriegsbücher und „Rudel-Adlatus (Gehilfe) und -Biograph“. Gerhard Frey stimmte die Gefolgsschar noch auf die Wahlen ein: „... unsere Partei heißt Deutschland ... Wir wählen die Union.“

Obwohl die Stadtverwaltung und Oberbürgermeister Zundel es verstanden hatten, die Versammlung mehr oder weniger geheim zu halten und so erst wenige Tage zuvor die Abhaltung durchsickerte, gelang es, eine Protestkundgebung mit 1000 Teilnehmern abzuhalten. Offiziell hatten der DGB, die DKP und die Grünen u.a. dazu aufgerufen. Der DGB forderte die Stadtverwaltung und OB Zundel noch auf, die Raumvergabe der Stadthalle zurückzuziehen. Dieser Aufforderung schloß sich die SPD-Fraktion an und OB Zundel erläuterte den „Rechtsstandpunkt“, nämlich, daß im Rechtsstaat auch ein Verbrecher Schutz findet und daß die Zensur durch Raumverweigerung verboten ist. Auch habe das Verwaltungsgericht ein Raumverbot der Stadt gegen eine NPD- und KBW-Veranstaltung vor Jahren aufgehoben. OB Zundel und CDU-Fraktion waren sich einig, daß gegen alle extremistischen Gruppierungen entschieden vorgegangen werden muß, denn der Kommunismus sei nicht weniger gefährlich als der Faschismus.

Das Ärgerliche für die Würdenträger der Stadt war aber, daß die DVU sich gerade Heidelberg als gutes Quartier auserwählt hatte. Heidelberg, die „weltoffene“ und „tolerante“ Stadt, schon beschmutzt mit dem „Heidelberger Manifest“, nun auch Begegnungsstätte der Neofaschisten. OB Zundel empfand die Bundesversammlung zu guter Letzt als eine „Provokation“, aber das Recht müsse auch da Recht bleiben, wo das Ergebnis schmerhaft sei. Zundel ließ dann in der Tagespresse vermelden, er begrüße die Durchführung eines friedlichen Protests. Die Stadtverwaltung unterschlug, daß sie durch Sabotage die Kundgebung beinahe verhindert hätte – die Lautsprecheranlage, die die Stadt zur Verfügung stellen wollte, zog sie wenige Stunden vor der Kundgebung zurück.



„Deutschland, Deutschland über alles ...“ Versammlung der DVU (500 Teilnehmer)

Spionage-Prozeß 2½ Jahre Gefängnis für Gewerkschafter

Hamburg. Am 25.2. 1983 wurde der Bildungs- und Jugendsekretär der IGM Hamburg, Hermann Gaßmann, zu 2½ Jahren Gefängnis ohne Bewährung und Entzug der Rechte auf Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf drei Jahre verurteilt. Es war ein Indizienprozeß ohne auch nur ein Indiz (siehe Pol. Ber. 1/83). Gegen das Urteil demonstrierten am 9.3. 500 Kollegen. Auf der Demonstration, die von der IG DruPa unterstützt wurde, standen folgende Losungen im Mittelpunkt: „Aufhebung des Urteils gegen H. Gaßmann: Weiterbeschäftigung von H. Gaßmann bei der IGM! Aufrüstungsgegner und Gewerkschafter sind keine Agenten! Streichung des § 99 StGB!“ Gegen das Urteil haben die Anwälte Revision beim Bundesgerichtshof beantragt. Über die Weiterbeschäftigung ist noch nicht entschieden, aufgrund des Drucks aus den Betrieben und von der IGM-Vertreterversammlung wurde jedoch die Entscheidung darüber von der IGM-Zentrale wieder nach Hamburg verwiesen.

Für die Verurteilung reichte der von Gaßmann nie bestrittene „Nachweis“, daß er regelmäßig Fahrten in die DDR unternahm, aus. Grundlage dafür ist der § 99 StGB, der nach einem Beschuß des Bundesverfassungsgerichtes am 26.5. 1981 (2 BVR 215/81) wie folgt auszulegen ist: „Für die Erfüllung des Tatbestandes der geheimdienstlichen Agententätigkeit (ist) es ohne Bedeutung, daß der (Beschuldigte) weder Zugang zu Staatsgeheimnissen gehabt oder gesucht hat und der Eintritt eines Nachteils nicht feststellbar ist ... Es (ist) deshalb nicht erforderlich, daß der von § 99 erfaßte gegenständliche Bereich sich auf geheime Tatsachen oder solche von besonderer Bedeutung bezieht ... Es kann sich daher um beliebige Tatsachen aus jedem Bereich, auch aus Wirtschaft und Wissenschaft handeln ...“ (nach: „Arbeiterkampf“, 7.3. 1983). Und sind „beliebige Tatsachen aus jedem Bereich“ nicht das mindeste, worüber man sich unterhält, so man nur den Mund aufmacht?

Die FAZ betreibt seit der Bonner „Wende“ beharrlich eine Kampagne für ein Parteiverbot bis hin zu den GRÜNEN. Auf der Linie des Gaßmann-Urturts könnten sie allesamt als „Hochverrats-Parteien“ angeklagt werden. Die Reaktion will so auch Einfluß auf die Meinungsbildung in den Gewerkschaften nehmen. Am 28.2. forderte die GEW Hamburg die Abschaffung des § 99 StGB.

Ausbildung

Kapitalisten und Reaktion wollen das Ausbildungsniveau umfassend senken

Flensburg. Seit der Machtübernahme der schwarzen Reaktion in Bonn konnten in kurzer Zeit einschneidende Maßnahmen im Bildungsbereich durchgesetzt werden. Mit der Streichung des Schüler-BAFöG und der Umstellung auf Darlehen bei Studenten wurde eine langumstrittene Reform im Bildungsbereich kurzerhand beseitigt. Auffällig war in letzter Zeit, daß sich die Reaktion häufig zur Jugendarbeitslosigkeit

den oder berufsbefähigenden Maßnahmen jedes Jahr verschwinden. Dies waren 1982 (in Klammern die Zahlen für 1980) im Berufsbefähigenden Jahr 1216 (880), in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung 2851 (978) und im Jugendaufbauwerk 1699 (1424). Zusammengerechnet sind es 1982 5866, dies sind 16,3% der Schulabgänger der Sekundarstufe I in Schleswig-Holstein. Gegenüber 1980, insgesamt 3282, wa-

schule im Schuljahr 1980/81 gingen 23,1% ein Ausbildungsverhältnis ein, und 31,9% besuchten gleich anschließend das Berufsbefähigende Jahr. Aufgrund der genannten Tatsachen ist es mehr als nur unverschämmt, wenn Barschel meint, daß es „wieder gelingt“, jedem „Ausbildungswilligen“ einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Aber die Reaktion treibt es noch unverschämter. Rheinland-Pfalz hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes im Bundesrat eingebracht. Der Entwurf sieht die Verlängerung des Acht-Stunden-Tages um ein halbe Stunde und eine Reihe von weiteren Ausnahmeregelungen von dem Verbot der Beschäftigung vor sieben Uhr vor. So sollen z.B. 15-jährige ab sechs Uhr und 17-jährige ab vier Uhr in Bäckereien arbeiten können. Die jetzige Regelung sei „ausbildungshemmend“, und mit der Neuregelung würden zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen, argumentiert die CDU. Aber gerade in den von dieser Neuregelung betroffenen Berufen sind seit Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes mit am meisten zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt worden. Bei den Bäckern z.B. stieg die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge von 1976 5981 auf 1980 9445 um 57,9%, bei allen Ausbildungsberufen stieg die Zahl nur um 31,4%. Allein 1982 wurden 26% mehr Ausbildungsverträge für Bäcker als im Jahr zuvor abgeschlossen, insgesamt stiegen sie nur um 4,2%. Diese Zahlen zeigen, daß es der Reaktion mit ihrer Lügenpropaganda der „ausbildungshemmenden“ Bestimmungen nur darum geht, den Anfang zu setzen, um die Jugendarbeitsschutzbestimmungen insgesamt aufzuweichen und die jugendliche Arbeitskraft der Willkür der Kapitalisten vollkommen auszuliefern. Das Kultusministerium in Schleswig-Holstein verbot Ende letzten Jahres die Jugendarbeitsschutzwache des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz. Dieser Ausschuß lehnt den im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf ab und wollte darüber auch während der Jugendarbeitsschutzwache in den Berufsschulen informieren. Die Gewerkschaftsvertreter haben diesen Ausschuß auf der letzten Sitzung im Sozialministerium verlassen.

Die Kapitalisten wollen die Einfrierung der Ausbildungsvergütungen durchsetzen, denn durch die gesparten Gelder könnten mehr Ausbildung-



Am 27.1. 1983 zogen über 1000 Berufsschüler vor das Flensburger Rathaus und forderten den sofortigen Baubeginn des Berufsschulzentrums. Der Kampf richtet sich gegen die katastrophale Situation an der Schule und für eine qualifizierte Ausbildung in der Berufsschule.

und Ausbildungsplatzsituation äußerte. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren von 1980 3589 auf 6138 im Jahr 1981 und im letzten Jahr auf 9215. Trotz dieser Entwicklung kann der Ministerpräsident Barschel am 10.2. 1983 versichern, daß es „auch in diesem Jahr wieder gelingt, jedem Ausbildungswilligen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.“

Im bislang noch nicht veröffentlichten „Sonderheft 30.9.82“ des Arbeitsamtes heißt es: „Die Arbeitslosigkeit von bisher noch nicht erwerbstätig gewesenen Personen nahm um 107,1% auf 8995 zu, darunter befanden sich 5466 Personen, die sich nach beendetem Schulbesuch arbeitslos gemeldet hatten“. Dies ist nur die Zahl der Gemeldeten, viele gehen erst gar nicht zum Arbeitsamt, weil sie sowieso keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Hinzu kommen noch diejenigen Jugendlichen, die in berufsvorbereiten-

ren es 1982 2584 Jugendliche mehr, die in diesen Maßnahmen verschwanden.

Diese Steigerung zeigt, wie der Staat dieses Problem angeht: Erst einmal die Jugendlichen in diese Maßnahmen stecken, damit scheint die Nachfrage an Ausbildungsplätzen auch geringer, und für diese Jugendlichen ist die Berufsschulpflicht gemäß §41 des Schulgesetzes erfüllt, und sie stehen den Kapitalisten statt vier dann fünf Tage die Woche zur Verfügung. Bei Nichterfüllung der Berufsschulpflicht müssen die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr einmal die Woche zur Berufsschule. Auf diesem Wege verschwinden Tausende in ein Hilfsarbeiterdasein, wofür der Staat die gesetzliche Grundlage sowie die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Am schlechtesten stellt sich die Situation für die Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluß dar: Von den abgegangenen Schülern der Sonder-

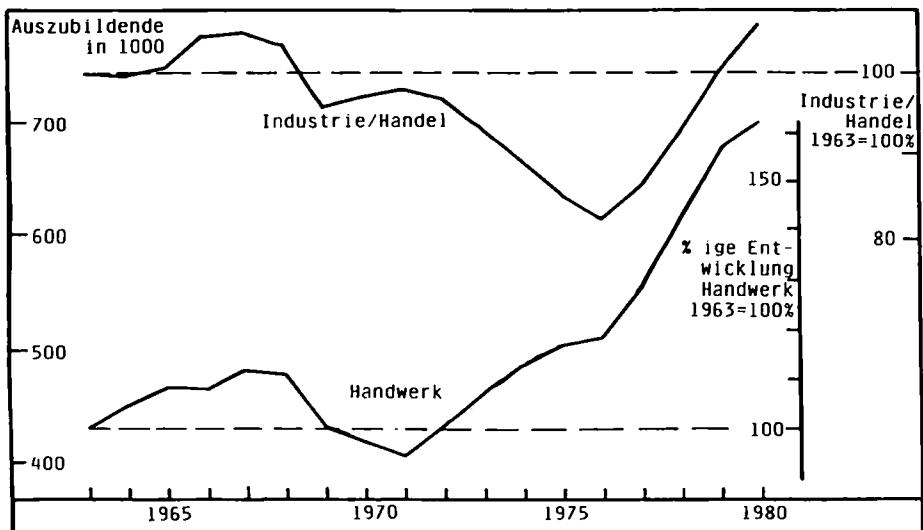
Kapitalistenverbände versprechen 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze

Bundeskanzler Kohl nahm sich vor den Wahlen des Problems der Jugendarbeitslosigkeit an und sprach mit den führenden Vertretern der westdeutschen Kapitalistenverbände. Diesen konnte er dann das Versprechen abringen, 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Damit ging er dann auch landauf und landab posieren. Allerdings gilt diese Zusage nicht für jeden Jugendlichen, sondern nur für jeden der „ausbildungsfähig und ausbildungswillig“ sei.

Wer sich nicht für die übelste Ausbeutung in einigen „Ausbildungsbetrieben“ hergeben will, ist dann halt nicht ausbildungswillig. 1982 wurden insgesamt 631000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies waren immer noch 20000 weniger als 1980. In dem Schaubild ist die Entwicklung der Zahl der Auszubildenden im Handwerk und im Bereich Industrie/Handel dargestellt. Einmal in absoluten Zahlen, zum anderen die prozentuale Steigerung im jeweiligen Bereich (1963 = 100%). Daraus ist zu sehen, daß die Zahl der Auszubildenden im Bereich Industrie/Handel von 1972 bis 1976 stark gesunken ist, während sie im Handwerk seit 1972

stetig stieg. 1963 als Ausgangsbasis genommen, ist im Bereich Industrie/Handel eine Steigerung von 6% oder 44000 bis 1980 zu verzeichnen, während im Handwerk sich die Zahl um 63% oder 272000 erhöhte. Dies zeigt deutlich, daß die meisten zusätzlichen Ausbildungsplätze im Handwerk geschaffen wurden, während die Industrie ihre Ausbildungsquote niedrig halten konnte.

Der DGB hat in seiner Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 1983 errechnet, daß im letzten Jahr 263000 Jugendliche noch unversorgt waren, d.h. keinen Ausbildungplatz erhalten. Insofern ist die „seriöse Zusage“ von 30000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen lächerlich, gerade in Bezug auf die niedrige Ausbildungsquote in der Industrie. Aber diese Zusage bietet gute Gelegenheit den Kapitalisten, die nicht zusätzlich Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen wollen bzw. abgebaut haben oder wollen, auf den Pelz zu klopfen.



plätze geschaffen werden. Von der IG Metall wird dies „komprimiell“ abgelehnt, denn dies hätte eine „Verlagerung von gesellschaftspolitisch notwendigen Ausbildungskosten auf die Arbeitnehmerhaushalte“ zur Folge. Im Gegenteil dazu hat sich die IG Chemie-Führung grundsätzlich bereit erklärt, auf eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zu verzichten, wenn die Kapitalisten dafür mehr Ausbildungsplätze schaffen. In der Konsequenz müßte die IG Chemie-Führung vielleicht auch auf die Durchsetzung von Lohnerhöhungen verzichten, damit die Kapitalisten sich verpflichten, mit diesem Geld Fabriken zu bauen, um so Arbeitsplätze für die Arbeitslosen zu schaffen.

Innerhalb der Gewerkschaft werden verschiedene Wege zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit diskutiert. Zugestanden haben Aktionen, die sich gegen den Abbau bzw. für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den Betrieben richten bzw. fordern. In der Auseinandersetzung um eine Ausbildungplatzabgabe waren die Gewerkschaften unterlegen. Der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber wertete den Verzicht der Schmidt-Regierung auf die Ausbildungplatzabgabe als „sachgerechte

Entscheidung“. Im Baugewerbe aber wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, mit dem die Kapitalisten über Sozialkassen die Ausbildung finanzieren müssen. Der Satz beträgt im Augenblick 2,5% der Lohn- und Gehaltssumme. Mit diesem Ausbildungsfond werden die Ausbildungsvergütungen erstattet, sowie die laufenden Kosten der außerbezirklichen Ausbildungsstätten. Eine besondere Situation bestand zum Abschluß des Tarifvertrages insofern, daß ein gewisser Mangel an Fachkräften im Baugewerbe bestand und alle Auszubildenden nur im Bereich Baugewerbe ausgebildet werden, anders, z.B. bei Metallberufen, wo in verschiedenen Wirtschaftsbereichen ausgebildet wird.

Dies Beispiel zeigt aber, daß eine Abgabe prinzipiell durchsetzbar ist. Im Augenblick stehen bei den Gewerkschaften Forderungen an den Staat zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten im Vordergrund. In Hamburg wurde erreicht, daß die Stadt 74 Mio. DM für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze dieses Jahr zur Verfügung stellt, dafür brauchen die Kapitalisten nichts zu bezahlen. Ihr Interesse ist es, die Ausbildungskosten für die Arbeitskraft gering zu halten und nach Möglichkeit über den Staat auf die Werktätigen abzuwälzen. Im

Bereich der Industrie und Handelskammer Flensburg werden unter deren Trägerschaft 371 Ausbildungsplätze mit Mitteln des Arbeitsamtes oder des Landes finanziert oder gefördert. Der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber fordert, den 250000 jugendlichen Arbeitslosen zwölfmonatige Lehrgänge in allen Berufsfeldern anzubieten, finanziert durch die Bundesanstalt für Arbeit. Danach wären diese Jugendlichen sofort als angelernte Hilfsarbeiter zu gebrauchen, und die Kapitalisten hätten die Ausbildungs- und Anlernkosten gespart. Setzten die Kapitalisten dies durch, wäre es ein entscheidender Schritt, die Facharbeiterausbildung ganz zu beseitigen. Um der zunehmenden Senkung des Bildungsniveaus Schranken zu setzen, ist es notwendig, die Beseitigung sämtlicher Abschiebemaßnahmen und Kurzausbildungsgänge zu fordern und die Umwandlung dieser in dreijährige Ausbildungsplätze durchzusetzen.

Im kommenden Sommer wird sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen noch weiter erhöhen, bedingt z.B. auch durch die BAFöG-Streichungen. Insofern wären Aktionen im Vorfeld notwendig, um die Kapitalisten zu zwingen, genügend Ausbildungsplätze bereit zu stellen.

Stichwort

Berufsausbildung

Die Kapitalisten streben an, ihre Ausbildungskosten abzubauen und das allgemeine Bildungsniveau zu senken. Waren sie vor der Machtübernahme der schwarzen Reaktion in Bonn mit der Propaganda ihrer Ziele etwas zurückhaltender, so verbreiten sie ihre Absichten und Ziele jetzt offensiver.

BDA: Alle arbeitslosen Jugendlichen in einjährige Lehrgänge stecken.

„Die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, noch mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und den fast 250000 jungen Arbeitslosen in zwölfmonatigen Lehrgängen ein Mindestmaß beruflicher Fertigkeit zu vermitteln. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in einem am 11. Februar dazu in Bonn vorgelegten Papier angeregt, die schon zur Zeit laufenden ähnlichen Lehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit in den Bereichen Metall, Holz und Elektro auf weitere Berufe auszudehnen und dafür die Betriebe zu gewinnen, die nicht voll ausbilden dürfen, jedoch bessere berufliche Fertigkeit vermitteln könnten.“

Für diese Maßnahmen sind nach den Vorschlägen der Bundesvereinigung u.a. Baubetriebe, Gärtnereien und Hotels sowie Gaststätten geeignet. Auch überbetriebliche Ausbildungsstätten der Wirtschaft sollen einbezogen werden. Die Förderung soll sowohl Leistungen an die jugendlichen Arbeitslosen – also eine Beihilfe zur Ausbildung – wie auch eine Beihilfe an die Betriebe umfassen, mit der die zusätzlichen Kosten erstattet werden. Die regionalen Bildungswerke der Wirtschaft könnten in die Maßnahmen eingeschaltet werden.

Um das Programm wirksam zu machen, schlägt die Bundesvereinigung vor, besonders geschulte Berater als Spezialisten für Arbeitsbeschaffung bei Verbänden, Kammern und in größeren Unternehmen einzustellen, die nicht nur für die Maßnahmen werben, sondern auch laufende Lehrgänge sozial-pädagogisch begleiten sollen.

Mittel dafür stehen nach Ansicht der Bundesvereinigung bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bereit. Wenn der für diesen Zweck gebundene Haushaltstitel überschritten werden müsse und dies nicht durch Umschichtungen im Gesamtetat der Anstalt zu erreichen sei, müssten notfalls die Mittel der Bundesanstalt aufgestockt werden. Der Hauptgeschäftsführer der

Bundesvereinigung, Ernst-Gerhard Erdmann, bekräftigte bei der Vorstellung der Vorschläge die Bereitschaft der Wirtschaft, in diesem Jahr nochmals 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Berufsanfänger zu schaffen.“

(Pressemitteilung der dpa vom 14.2.1983)

IHKs Schleswig-Holstein: Ausbildungsvergütungen einfrieren – dadurch wird die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe gestärkt.

„Auch für das Jahr 1983 ist noch einmal eine sehr starke Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu erwarten. Es sind daher weitere Anstrengungen erforderlich, um im nächsten Jahr wiederum ein entsprechendes Angebot an Lehrstellen bereitzustellen.“

Verschiedene Faktoren haben sich auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe negativ ausgewirkt. Dazu gehören vor allem die in den letzten Jahren beträchtlich gestiegenen Kosten der Ausbildung, insbesondere der Ausbildungsvergütungen. Deshalb empfehlen die Präsidien der schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern anlässlich einer gemeinsamen Sitzung in Schleswig einstimmig, die Ausbildungsvergütungen für die nächsten zwei bis drei Jahre auf dem jetzigen Stand einzufrieren und dadurch sowohl kostenträchtige Erhöhungen zu vermeiden als auch die Ausbildungsbereitschaft zu stärken. Ein solcher Schritt der Tarifpartner würde zweifellos eine erhebliche Signalwirkung in der Wirtschaft auslösen und die notwendige Werbung für zusätzliche Lehrstellen erleichtern.

Trotz schwierigster Konjunktursituation ist es aufgrund erneut gestiegener Ausbildungsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft in diesem Jahr in Schleswig-Holstein überwiegend gelungen, alle geeigneten und interessierten Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen zu versorgen. Das ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eine Leistung, für die allen Betrieben, Unternehmen und Ausbildern besonderer Dank und Anerkennung gebührt.“

(Presserklärung der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, Kiel und Lübeck)

BDA: Leistungsfähigkeit des dualen Systems bestätigt.

„Infolge der bildungspolitischen Fehlplanungen in den frühen 70er Jahren mit der beabsichtigten Reduzierung des dualen Systems zu einer ‚Restgröße‘ und der mangelnden Vorbereitung des Staates auf die Probleme, die der Schülerberg mit sich brachte, wäre ein Großteil der Schulentlassenen ohne jegliche Ausbildungschance geblieben, hätte sich der Staat nicht auf das außerordentliche Engagement der Wirtschaft zugunsten der Jugendlichen und die ungebrochene Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stützen können. In dieser Situation erwies sich das duale System als Rettungsanker der Bildungspolitik. Mit Hilfe der Wirtschaft konnte das Quantitätsproblem des ‚Schülerbergs‘ weitgehend gelöst werden. In den kommenden Jahren ist mit nennenswerten Steigerungen bei den Schulabgängern nicht mehr zu rechnen.“

Mit dem Verzicht auf die Auslösung der Abgabe hat die Bundesregierung wie in den Vorjahren eine sachgerechte Entscheidung getroffen. Die Finanzierungsregelung nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz hat sich sowohl von der Grundidee als auch in ihrer Konstruktion als Irrweg herausgestellt. Diese Auffassung haben die Arbeitgeber



18.3.83, 500 Essener Lehrlinge fordern: 50 DM mehr Lohn

sich immer vertreten. Die von ihnen vorgebrachten Bedenken gegen das Gesetz haben sich inzwischen volllauf bestätigt. Bei dem anerkannten hohen Engagement der Wirtschaft erweist sich die ständige Drohung mit der Abgabe nicht nur als überflüssig, sondern auch als untaugliches Instrument zur Förderung und Erhaltung der Ausbildungsbereitschaft. Die Opposition fordert daher zu Recht von der

Bundesregierung, von dem Finanzierungsinstrument des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes endgültig Abstand zu nehmen.“

(Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 1979)

DGB zum Berufsbildungsbericht 1983:

„Noch nie zuvor seit der gesetzlichen Einführung der Berufsbildungsstatistik im September 1976 war die Berufsbildungsbilanz so schlecht wie in diesem Jahr. Während noch im Vorjahr auf einen unvermittelten Bewerber zwei offene Ausbildungsstellen kamen, ist es im Jahre 1982 umgekehrt: Zwei unvermittelte Bewerber konkurrierten um einen angebotenen Ausbildungsplatz. Die Zahl der noch unvermittelten Bewerber stieg im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr um 67,3 Prozent.“

Die Unternehmen und Verwaltungen sind damit 1982 ihrem Auftrag auch in konjunkturell schwierigen Zeiten, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, nicht nachgekommen. Daher ist das von der neuen Bundesregierung voreilig in die Wirtschaft gesetzte Vertrauen auf die Erfüllung ihrer Ausbildungspflicht offensichtlich unbegründet. Die Daten des Berufsbildungsberichtes sollten für die neue Bundesregierung Anlaß genug sein, den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1980 ernst zu nehmen und allen Jugendlichen 1983 einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

Dies gilt insbesondere dann, wenn man sich nicht darauf beschränkt, die bei den Arbeitnehmern gemeldeten Ausbildungsplätze und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen zu erfassen. Die ‚Berufsbildungsbilanz‘ des DGB rechnet für das Jahr 1982 mit 263000 Jugendlichen, die derzeit noch ohne berufliche Ausbildung geblieben sind. Die vorgelegte Prognose des DGB für das Jahr 1983 geht erneut von 272000 unversorgten Jugendlichen aus, wenn sich beim Angebot an Ausbildungsplätzen in Betrieben und Verwaltungen sowie in den Schulen nicht durch sofort eingeleitete Maßnahmen deutliche Verbesserungen durchsetzen lassen.

Das Fazit für das Ausbildungsjahr 1982 lautet: Die beruflichen Zukunftschancen der Jugend haben sich nachhaltig verschlechtert, der Trendeinbruch des Jahres 1981 wurde 1982 zur negativen Trendwendung.“

Großes US-Manöver in Südkorea

Mehr als 50000 US-Soldaten und Truppen Südkoreas landeten in der bisher größten gemeinsamen Übung an der Küste Südkoreas. Die Landeoperation wurde von 34 Kriegsschiffen der 7. US-Flotte unterstützt, darunter befand sich auch der atomgetriebene Flugzeugträger „Enterprise“. Diese Operation ist Teil des gemeinsamen Manövers „Team Geist '83“, das seit dem 1. Februar stattfindet. Beteiligt sind insgesamt 73000 US-Soldaten und 118000 Mann der südkoreanischen Truppen. Am 14. März demonstrierten mehr als 10000 in der Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Korea gegen das Militärmanöver. Ein Sprecher des Zentralen Komitees der Arbeiterpartei Koreas griff den Truppenaufmarsch als militärische Provokation gegen die Volksrepublik an und als einen Akt, der den Frieden in Asien und in der Welt gefährde. Er forderte ein Ende des Manövers und sofortigen Abzug der US-Truppen. In Japan demonstrierten mehr als 10000 am 21. März in Nagasaki gegen die Landung des US-Flugzeugträgers „Enterprise“ bei seiner

Generalstreik im Westjordanland

Seit zwei Wochen reißen die Demonstrationen und Streiks in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten Palästinas am Westufer des Jordan und im Gazah-Streifen nicht ab. Die Kämpfe richten sich vor allem gegen die immer stärker um sich greifenden Angriffe bewaffneter Siedlerbanden auf die Dörfer der Palästinenser und die ständigen Überfälle der israelischen Armee. Die größten Demonstrationen gab es in Nablus, Ramallah, Al-Bireh, Jenin und in verschiedenen Flüchtlingslagern. In Jerusalem streikten die palästinensischen Arbeiter, Handwerker



und Händler mehrere Tage. Die israelischen Besatzer versuchen, die Aufstände durch Verhängen des Ausnahmezustandes niederzuschlagen. Über mehr als 20 Orte ist inzwischen die Ausgangssperre

verhängt, mehrere hundert Palästinenser sind verhaftet worden, nahezu alle Schulen und Universitäten in den besetzten Gebieten sind von den israelischen Besatzern geschlossen worden. Gegen die verstärkte Einrichtung von israelischen Wehrsiedlungen in den besetzten Gebieten hat der Höhere Islamische Rat aufgerufen, einen Generalstreik durchzuführen. Der neue israelische Kriegsminister Arens kündigte an, er werde „neue Methoden“ ergreifen, um die Aufstände in den besetzten Gebieten unter Kontrolle zu bekommen. Trotzdem verlassen immer mehr Siedler Israel – vor allem Soldaten der Reserve und ihre Familien.

Rückkehr aus dem Manöver. Die „Enterprise“ soll Atomwaffen an Bord haben. Die USA und Japan haben für die nächste Zeit zwei Luftwaffenübungen vereinbart.

Peru: Generalstreik gegen Hungerpolitik

Einen gemeinsamen eintägigen Generalstreik führten die vier Gewerkschaftszentralen in Peru am 10. März durch. Die Regierung hatte den Streik, der

sich gegen ihre Wirtschaftspolitik richtete, als „Landesverrat“ angegriffen und über die Hauptstadt Lima den Ausnahmezustand verhängt. Die Polizei erschoß in Lima vier Demonstranten und verhaftete vier führende Gewerkschaftsfunktionäre. Auf Grund des Diktats des Internationalen Währungsfonds hatte die Regierung einen Lohnstop und drastische Kürzungen der Staatsausgaben vor allem im sozialen Bereich verhängt.

VW-USA: Lohnsenkung durchgedrückt

Die VW-Kapitalisten haben in dem neuen Tarifvertrag durchgesetzt, daß sie für die nächsten drei Jahre keine Lohnerhöhungen zahlen und die Inflationsanpassung der Löhne bis März 1984 ausgesetzt wird. Der Vertrag gilt für die 2600 Arbeiter im VW-Werk von New Stanton und die 500 Arbeiter des VW-Werkes in Charleston. Im Januar 1983 hatten die VW-Kapitalisten im Werk New Stanton die zweite Schicht abgeschafft und 1500 Arbeiter entlassen. 1982 hatten die Kapitalisten fast die Hälfte des Jahres kurzarbeiten lassen. Die Verkäufe sanken 1982 um 39%. Nachdem die VW-Arbeiter in den letzten Jahren nach Kämpfen die Differenz zu den Löhnen bei Ford und General Motors (GM) verringern konnten, wollen die VW-Kapitalisten jetzt den Lohn wieder auf den Stand der Arbeiter im US-Werk von Honda herabdrücken, der 3,50 Dollar unter dem z.B. der Arbeiter bei GM liegt.

Südafrika schürt Unruhen in Zimbabwe

Über Johannesburg ist Nkomo nach Großbritannien ausgereist. Der frühere Vorsitzende der einen Befreiungsorganisation Zimbabwes, der ZAPU, erhebt schwere Vorwürfe gegen die Regierung Zimbabwes. Doch im eigenen Land sieht sein Rückhalt anders aus: Der derzeit amtierende Vorsitzende der ZAPU Josiah Chiwanano erklärte am 18. März in einer

Pressekonferenz, die übergrößte Zahl der Mitglieder der ZAPU trete für eine Vereinigung der ZAPU mit der ZANU zu einer Partei ein. Es sei gefährlich für Zimbabwe, daß sich eine Partei nur auf den Minderheitsstamm der Ndebele stütze, die andere auf das Mehrheitsvolk der Schona. Der Zusammenschluß beider Organisationen sei der beste Weg,

beide Bevölkerungsteile zu vereinen. Ministerpräsident Mugabe forderte auf einer Kundgebung in Chipinge die ZAPU-Mitglieder auf, den Kampf für den Aufbau des Landes zu unterstützen: „Wer denkt Nkomo, sei er? In Zimbabwe gibt es keine bedeutenden Personen außer dem Volk. Das Volk hat uns gewählt, es hat unseren Krieg unterstützt. Die ZANU hat die Unabhängigkeit des Landes mit dem Gewehr erkämpft und die ZANU wird Gewehre benutzen, um die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen.“ Die Zeitungen der Nachbarstaaten Zimbabwes meldeten mehrere Male, das ehemalige Kämpfer der Befreiungsarmee der ZAPU, der ZIPRA, in Südafrika von ehemaligen rhodesischen Siedlern angeheuert und trainiert würden. Am 11. Februar wurden erneut zwei südafrikanische Spione in Zimbabwe gefangen genommen. Mugabe stellte fest, daß, solange die Siedler in Südafrika einen Rückhalt haben, sie ihre Hoffnung auf Wiedereroberung des Landes nicht aufgeben werden.



Neuer BRD-Botschafter in Südafrika

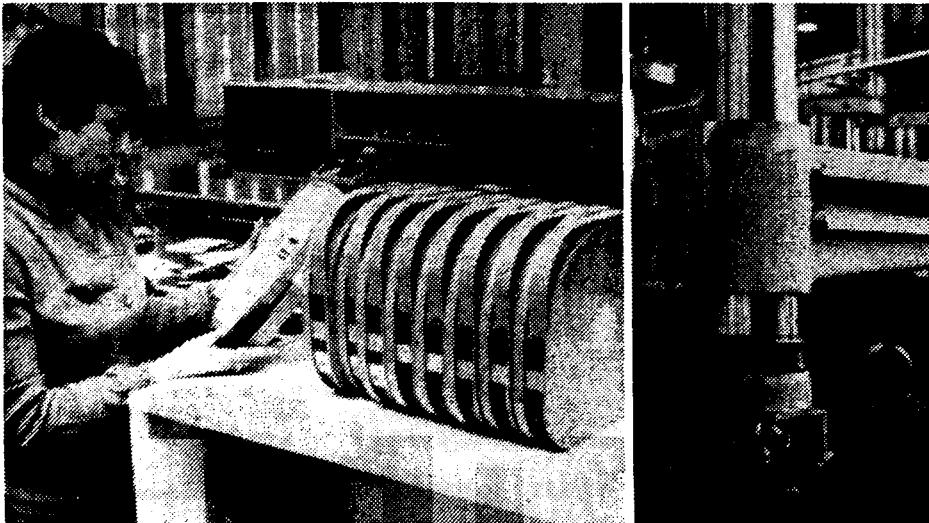
Das CDU-Mitglied Lahusen löst den bisherigen Botschafter der BRD-Imperialisten in Südafrika ab. Dies ist ein erster offizieller Schritt der Bundesregierung für eine Politik gegenüber dem Siedlerregime, die den wirtschaftlichen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie die nötige politische Unterstützung bieten soll. Die Imperialisten wollen ihre letzte Bastion im südlichen Afrika mit allen Mitteln halten.

Ungarn

BRD-Imperialisten fordern Erleichterungen für „ausländisches Risikokapital“

Die BRD-Kapitalisten äußern sich schwärmerisch: Unter allen RGW-Staaten sei Ungarn am „marktwirtschaftlichsten“. Die ungarische Regierung hätte die richtige Konsequenz aus den Zahlungsbilanzproblemen und der Verschuldung bei westlichen Banken gezogen. Statt mit „nationaler Abkapselung“ die Probleme aus der „Abhängigkeit Ungarns“ vom Weltmarkt lösen zu wollen, hätte sie mit der verstärkten „Anwerbung von ausländischem Risikokapital, das in Ungarn ge-

gierung ausüben. Rund zehn Prozent des gesamten Exports Ungarns geht in die BRD, die damit nach der UdSSR an zweiter Stelle steht. Seit der Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Kapitalanlagen in gemischten Unternehmen von 1972 hat die Siemens AG 1974 sich mit 49% an der Sicontact beteiligt, einer Gesellschaft mit drei ungarischen Unternehmen u.a. zur Fertigung von elektronischen Bauelementen und für den Service an Siemens-Rechnern. An der Central-Euro-



Links: Sicontact, Siemens-Beteiligung 49%. Rechts: Csepel-Werkzeugmaschinenfabrik, ungefähr 25% der Gesamtproduktion werden exportiert.

meinsam mit ungarischen Partnerunternehmen produktiv eingesetzt werden soll“ vernünftiger reagiert.

Wie hier der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Karl-Hermann Fink, verlangen die westdeutschen Finanzbourgeoisie von der ungarischen Regierung neue Anlagemöglichkeiten für BRD-Kapital. Ende 1982 hatten von insgesamt etwa 1000 „Kooperationsverträgen“ zwischen ungarischen und westeuropäischen Unternehmen 360 westdeutsche Kapitalisten abgeschlossen. Außer der Lizenzproduktion, bei der die ungarische Firma für die Benutzung bestimmter Produktionsverfahren einen Teil ihres Gewinns an die westdeutsche Firma abführt, sind vor allem in der Textil-, Bekleidungs- und Lederbranche „Lohnveredelungsverträge“ vereinbart – der westdeutsche Kapitalist liefert das Rohmaterial oder Halbfabrikat, verkauft das Fertigprodukt und profitiert von den im Verhältnis zur BRD niedrigeren Löhnen.

Die westdeutschen Imperialisten können Druck auf die ungarische Re-

pean Investment Bank AG, die u.a. den Kapitalexport nach Ungarn vermitteln soll, sind neben der ungarischen Nationalbank mit 34% die Bayerische Vereinsbank sowie fünf weitere Banken aus imperialistischen Ländern mit je 11% am Grundkapital beteiligt.

In den letzten Jahren hat die ungarische Regierung den Imperialisten eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, um den Export in diese Länder zu steigern. Das Außenhandelsmonopol hat sie beseitigt: große Unternehmen können ihren Warenexport in eigener Regie durchführen. Seit 1981 können verschiedene Außenhandelsunternehmen in Konkurrenz zueinander treten.

Die ungarische Wirtschaftsführung hat weitere Zugeständnisse an die Imperialisten angekündigt. Der Generaldirektor der Ungarischen Handelskammer, Gerd Biró, versprach für 1983 den „Ausbau spezialisierter Unternehmen der Zulieferindustrie“ an westliche Firmen, wobei insbesondere Klein- und Mittelbetriebe wegen ihrer höheren Flexibilität bevorzugt werden sollen. Das Lohnsystem soll reformiert

werden. Die Lohnbestandteile, die über den Grundlohn (etwa 50% bis 60% des Gesamtlohns) hinausgehen, sollen von den Unternehmensleitungen „mehr als bisher nach den Leistungen“ vergeben werden und eine „steigende Differenzierung innerhalb der Unternehmen“ durchgesetzt werden.

Mit der Legalisierung der Schwarzarbeit – die Ausübung einer Nebentätigkeit im Dienstleistungssektor wird diskutiert – erhofft sich die ungarische Staatsführung, die Zustimmung zu ihrem Wirtschaftskurs bei größeren Teilen der Arbeiterklasse zu erkaufen.

Die westdeutschen Imperialisten fordern über ihren Ost-Ausschuß „Fortsetzung der Reformen ...“, die verstärkt Marktelemente wirksam werden lassen, die Entscheidungsrechte der Unternehmen ausweiten, auf dem Kreditsektor durch Gründung von Geschäftsbanken mehr Wettbewerb ermöglichen und ein pluralistisches Außenhandelsystem schaffen“. Nicht nur weiteren Zinswucher soll die ungarische Regierung garantieren, die BRD-Finanzbourgeoisie verlangen direkte Verfügung über Lohn und Arbeitsbedingungen der ungarischen Arbeiter in den Fabriken mit BRD-Kapital.

Quellenhinweis: Marketing in Ungarn, Zeitschrift der Ungarischen Handelskammer, verschiedene Ausgaben 1981–83; Süddeutsche Zeitung, Beilage vom 8.3. 1983; Handelsblatt, Beilage vom 30.11. 1982

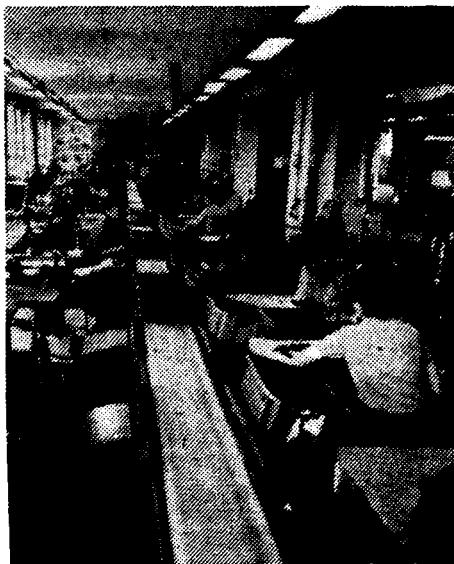
VR Polen Volkswirtschaftsplan 1983 – 85 beschlossen

Der von der Plankommission ausgearbeitete Volkswirtschaftsplan für die Jahre 1983 – 85 ist von der polnischen Regierung beschlossen worden und muß vom Sejm auf seiner Frühjahrssitzung geprüft und gebilligt werden.

Auf einer Pressekonferenz am 14.3. 1983 fasste der stellvertretende Vorsitzende der Plankommission die Hauptziele des Plans zusammen: Sicherung der Ernährung des Volkes durch Verringerung der Abhängigkeit vom Lebensmittelimport, vor allem von Getreide; Erweiterung des Wohnungsbaus ebenso wie die Entwicklung der technischen und sozialen Infrastruktur in den Städten zur Sicherung der Priorität des Schutzes von Gesundheit und Bildung; Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Konsumgütern des täglichen Lebens; Schutz der Gruppe der Bevölkerung, die sich in der schwierigsten materiellen Lage befindet, vor den Folgen der Krise. Als Grundlage zur Erfüllung dieser Ziele gelte die Zunahme der Industrieproduktion um 14 bis 16%.

Eine Chance, den Plan erfüllen zu können, sieht die Regierung in der Ver-

stärkung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den RGW-Ländern. Im Dezember 1982 hat sie ein Handelsabkommen mit der UdSSR abgeschlossen, in dem ihr zugestanden wird, mit ihrem Export in die UdSSR um eine Milliarde Rubel unter ihrem Import zu bleiben. Der Import soll 5,4 Milliarden Rubel betragen. Für die Deckung des Zahlungsbilanzdefizits erhielt Polen Kredite, deren Rückzahlung bis nach 1985 gestundet wird. Die UdSSR wird der Hauptlieferant von Rohstoffen sein, der einzige u.a. für Erdöl und Erdgas, Roheisen, Asbest und Schnitt-



Textilfabrik in Lodz – wessen Konsum wird steigen?

holz. Aus der UdSSR wird Polen einen Teil der benötigten Konsumgüter beziehen, u.a. Fernseh- und Rundfunkgeräte und Kühlchränke. Die VR Polen wird dagegen im wesentlichen fertig verarbeitete Produkte wie Güterwagen, Baumaschinen und Schiffe liefern, neben Steinkohle und Koks sowie einigen Rohstoffen für die chemische Industrie. Durch einen mit der CSSR abgeschlossenen Vertrag wird die VR Polen über weitere zur Erfüllung des Plans erforderliche Gebrauchsgüter verfügen können, vor allem über Waschmaschinen, PKWs, Möbel und Schuhe. Polen zahlt mit Bergwerksmaschinen, Hüttenanlagen, Einrichtungen für die chemische und die Gummiindustrie sowie Nutzfahrzeuge.

Die Anzahl der ausländischen Unternehmen, die Kapital in der VR Polen anlegen, hat schlagartig zugenommen. Sie ist auf 360 gestiegen gegenüber erst 76 im Jahre 1980. Ihre Existenz war durch eine Verordnung der Regierung Gierek im Mai 1976 ermöglicht worden. Reizvolle Bedingungen erhielten sie erst in den letzten Jahren. Sie setzen sich vor allem in der Textilindustrie fest, zunehmend aber auch im Bereich der Elektrotechnik und Feinmechanik.

Quellenhinweis: Polnischer Wirtschaftsanzeiger vom 28.2. 1983; Trybuna Ludu vom 1.3. 1983

Caterpillar Sechs Monate Streik gegen Zugeständnisse

Im sechsten Monat streiken die Mitglieder der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW gegen den Caterpillar-Konzern im Hauptwerk Peoria, Illinois. Kurz vor Streikbeginn am 1.10. 1982 hatten die Kapitalisten 14000 Arbeiter von den insgesamt 35000 dieses Werkes entlassen und an die Händler zusätzlich Maschinen im Wert von 300 Mio. Dollar ausgeliefert. Die Kapitalisten erklärten dann zu Beginn des Streiks, sie hätten die seit Jahrzehnten beste Position gegen einen Streik. Sie hatten in den Verhandlungen vor dem 1.10. 1982 keine Lohnerhöhung für die nächsten drei Jahre, eine weitgehende Kürzung der Inflationsanpassung der Löhne und die Streichung von elf bezahlten freien Tagen verlangt. Die UAW forderte dagegen die Verlängerung des geltenden Tarifvertrages auf weitere drei Jahre: jährliche Lohnerhöhung von 3% und Anpassung der Löhne an die Preissteigerung. Mit den beiden anderen Konzernen in der Branche, International Harvester und John Deere, hatte die Gewerkschaft vor dem 1. Oktober Verträge abgeschlossen. Die John-Deere-Kapitalisten verlängerten für drei Jahre den bis dahin geltenden Vertrag, im Mai 1982 hatten die Harvester-Kapitalisten Lohnzugeständnisse im Umfang von 200 Mio. Dollar durchsetzen können.

Bisher haben die Kapitalisten abgelehnt, mit der Gewerkschaft über deren Forderung zu verhandeln. Sie erklärten, die Löhne müßten stark gesenkt werden, um insbesondere gegen japanische Konzerne auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben: „Wir sind todernst, was die Notwendigkeit angeht, konkurrenzfähiger zu werden über unsere Lohnkosten.“

Die Caterpillar-Kapitalisten halten 35% des Weltmarktes für Erdbewegungs-Maschinen und haben einen Marktanteil in den USA von 50%. Auf Grund ihrer Monopolstellung hatten sie für die Maschinen Höchstpreise erheben können. In den letzten sechs Jahren hatten sie einen ausgewiesenen Gewinn von mehr als drei Mrd. Dollar. Noch im Januar 1982 hatten sie von dem US-Konkurrenten International Harvester für 505 Mio. Dollar die Turbinen-Fabrik Solar gekauft. Nachdem im Jahr 1982 die Verkäufe um 29% zurückgegangen sind und die Kapitalisten die Zahl der Beschäftigten von insgesamt 85000 auf 60000 drastisch senkten, wollen sie jetzt durch diesen weitgehenden Angriff auf die Löhne ihre Bedingungen,

die Konkurrenz weltweit zurückschlagen zu können, verbessern.

Die Kapitalisten haben erklärt, daß sie für die Zeit des Streiks in dem Werk in Peoria in begrenztem Umfang die Montage fortführen und in anderen Betrieben, deren Belegschaft nicht durch die UAW vertreten wird, die Einzelteilproduktion weiterlaufen lassen wollten, so daß sie darüber die Ersatzteillieferung fortsetzen könnten. Ihre Drohungen, fertige Maschinen oder Anlagen aus dem bestreikten Werk herauszubringen, haben sie bisher nicht verwirklichen können.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 3.3.1983; Business Week, 13.12.82

Dänemark

Tarifabschluß innerhalb des 4%-Lohnrahmens

Mit 63,5% wurde Anfang des Monats der von DA (dänischer Arbeitgeberverband) und LO (Gewerkschaftsbund) ausgehandelter Tarifvertrag von den Gewerkschaftsmitgliedern angenommen. Er gilt für die meisten Bereiche im privaten Sektor. Wichtigstes Ergebnis: der 4%-Lohnrahmen der konservativen Schlüter-Regierung wurde eingehalten. Das Ziel des DA, die Lohnentwicklung um über die Hälfte zurückzuschrauben, scheint gelungen. Die Gewerkschaftsführung verteidigt den Abschluß damit, daß eine „solidarische Lohnpolitik“ durchgeführt werde: die unteren Lohngruppen erhalten nämlich mehr als 4% (von 5% bis 6% ist die Rede), die Höherverdienden weniger. Die Inflationsrate liegt bei 9%.

Ein weiteres Ziel, alle Bestimmungen über Lohnerhöhungen während der Tariflaufzeit abzuschaffen, konnten die Kapitalisten nicht durchsetzen; wohl aber Einbrüche erzielen. Die „dyrtid-Regelung“ (Teuerungszulage nach der Preisentwicklung) ist zwar noch im Vertragstext enthalten, jedoch



„Nein zum 4%-Rahmen“. Aktion von Angestellten im öffentlichen Dienst.

von der Regierung für die Dauer der zweijährigen Tariflaufzeit ausgesetzt. Der „löftekongraf“ (das Recht, auf Betriebsebene Lohnerhöhungen zu verlangen) wurde eingeschränkt: der DA und der einzelne Betrieb sind *berechtigt*, „die gesamte Lohnentwicklung in dem einzelnen Betrieb zu begrenzen“, wenn es die wirtschaftliche Lage in diesem Betrieb erfordert. Nicht durchsetzen konnten die Kapitalisten den sog. „Einschleusungslohn“ für jugendliche Arbeiter – 70% vom Normallohn – sowie eine dreijährige Tariflaufzeit.

Erschwerend für die Gewerkschaften war sicher, daß die Regierung mit Sicherheit einen Schlichtungsvorschlag zum Gesetz erhoben hätte, wäre es zu keiner Einigung gekommen. Allerdings hatte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung auch gar nicht das Ziel gehabt, den 4%-Lohnrahmen zu sprengen, sondern sich ausdrücklich dem Ziel gebeugt, die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Wirtschaft zu verbessern. „Damit haben wir einen Beitrag geleistet, daß die Betriebe besser auf dem Exportmarkt dastehen, mehr Geld zum Konsolidieren heimbringen, neu investieren und damit die Beschäftigung erhöhen.“ (LO-Bladet Nr. 3 zum Vertragsentwurf).

Die sozialdemokratische Partei begrüßte den Tarifvertrag und hätte somit auch einen Lohnrahmen gesetzt, wäre sie an der Regierung gewesen. Einige Gewerkschaften, der SID (Niedriglohngruppen) z.B., lehnten den Vertrag ab, müssen sich aber der Gewerkschaftsmehrheit beugen.

Quellenhinweis: Politiken, Ifd. Nr.; LO-Bladet Nr. 3/83 und 5/83.



Mit Bauplatzbesetzungen, Demonstrationen und Hungerstreiks haben die Samen gegen den Staudamm gekämpft.

gierung wichtige Weidegründe in der Provinz Finnmark gestohlen, der gesamte Wasserhaushalt der Region wird sich verändern und die Lachsfischerei, neben der Rentierzucht eine wichtige Lebensgrundlage der Samen in der Finnmark, fast unmöglich werden.

Mehr als 890 Geldstrafen bis zur Höhe von 9000 DM haben norwegische Gerichte bis jetzt gegen Samen verhängt, die gegen das Kraftwerkprojekt gekämpft haben. Mit der Verurteilung von Alfred Nilsen, Tore Bonge, Svein Suhr und Tor Flatberg auf der Grundlage eines Strafparagrafen, nach dem nach dem zweiten Weltkrieg kein Norweger mehr verurteilt worden ist und auf dessen Bruch eine Höchststrafe von acht Jahren Gefängnis steht, will die Regierung die Bewegung der Samen brechen. Im Kampf um die Weidegebiete haben die Samen zunehmend Forderungen nach Sicherung ihrer Rechte als nationale Minderheit in Norwegen erhoben. Insbesondere verlangen sie: „1. Daß die Sami juristisch einen Status als eingeborenes Volk erhalten. 2. Daß die Rechte der Sami auf Land und Wasser durch Parlamentsbeschuß anerkannt und bestätigt werden. 3. Daß die Lebensweise der Sami durch Gesetze geschützt wird. 4. Daß die Sprache der Sami den Status einer offiziellen Sprache erhält. 5. Daß die samische Gesellschaftsordnung und die Interessenvertretung der Sami von Regierungsseite anerkannt werden. Nur so kann es zu Verhandlungen zwischen Sami und Regierungsvertretern kommen, nur so können wir selbst Entscheidungen über unsere Zukunft treffen. 6. Daß samische Tradition, Geschichte, Kunst, Wissen und Sprache erhalten werden, und in den Schulen an unsere Kinder weitergegeben werden. 7. Wir möchten friedlich mit unseren Nachbarvölkern zusammenleben und den Weltfrieden aufrechterhalten und fördern helfen im Einklang mit unseren traditionellen Werten . . .“

Quellenhinweis: FAZ, 9.3. 1983; Pol. Ber. 4/82; Sámid Äednan, Inform bulletin from Norgga Sámid Riikkaservi (NSR) Nr. 4/82

Schweden

Können die Kapitalisten Niedriglöhne durchsetzen?

Die schwedischen Kapitalisten triumphierten bereits. Anfang März hatte zum ersten Mal seit 28 Jahren eine Einzelgewerkschaft unabhängig vom Gewerkschaftsbund einen Lohntarifvertrag abgeschlossen. Der Abschluß der Metallarbeitergewerkschaft lag zwar von der Höhe her mit 2,2% im Rahmen des Vorschlags des Dachverbandes. Die größte Einzelgewerkschaft (etwa 220000 Mitglieder) vereinbarte aber einen Vertrag mit den Kapitalisten, der die „Vedienstentwicklungsgarantie“ nicht enthält. Diese Garantie verpflichtet die Kapitalisten, die Löhne und Gehälter ihrer jeweiligen Beschäftigten an die Entwicklung der Effektiveinkommen im Industriedurchschnitt anzugelichen. Durch die für alle Branchen einheitlichen Abschlüsse und der Anpassungsklausel an den Effektivlohn konnten die schwedischen Kapitalisten im Vergleich zu ihren Konkurrenten kaum größere Teile der Arbeiter zwingen, sich zu Niedriglöhnen zu verkaufen. Den Kapitalisten ist jetzt ein Einbruch gelungen, nachdem die Metallgewerkschaft ausdrücklich erklärte, sie wolle statt des „Solidarlohns“ zum „Leistungslohn“ zurückkehren. Mit der Zustimmung zu einem „Lehrlingslohn“ hat sie auch der Unterscheidung in der Entlohnung zwischen Facharbeitern und ungelernten zugesagt.

Die Kapitalisten scheiterten allerdings darin, die Aufhebung der Effektivlohnklausel für alle Branchen durchzusetzen. Nachdem am 11. März 15000 Beschäftigte einen Warnstreik durchführten als Reaktion auf den Abbruch der Verhandlungen durch die Kapitalisten, mußten diese am 14. März einem Tarifvertrag mit dem Gewerkschaftsdachverband für rund eine halbe Million Beschäftigte in der Privatwirtschaft zustimmen. Neben einer Lohnerhöhung von im Durchschnitt 1,9% enthielt er die Fortschreibung der Effektivlohnanpassung.

Die sozialdemokratische Regierung Palme hatte ebenfalls die Absicht, die 1,5 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der Anbindung an die Lohndrift im industriellen Sektor auszunehmen. Ab 7. März führten 500000 Beschäftigte Überstundenverweigerungen durch. Am 18. März stimmte die Regierung einem Tarifvertrag zu, der neben Lohnanhebungen die Klausel enthält, daß über eine Lohnanpassung verhandelt werden muß, wenn die Effektivlöhne in der Industrie um mehr als 3,5% steigen.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, versch. Ausgaben; Xinhua, 12.3. 1983

Wachsende Arbeitslosigkeit, Ausländerentrechtung, Zwangsarbeit

„Schaun'S auf de Straßn. Da stehn die Polen, die arbeiten um 20 oder 25 Schilling in der Stund. Seit die Polen da san, gibt's ka Arbeit für unsan mehr.“ – Dies ist der Kommentar eines arbeitslosen Schlossers vor dem Wiener Arbeitsamt. Sein Arbeitslosengeld beträgt ca. 5000 S pro Monat (100 S = ca. 14 DM). Ein Grund, warum die Arbeitslosenrate in Österreich im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern immer noch relativ gering ist, ist die schikanöse Politik gegenüber ausländischen Arbeitern, die sowohl gegen die noch beschäftigten als auch die arbeitslosen Arbeiter als Druckmittel eingesetzt werden.

Gegenwärtig leben in Österreich rund 380000 Ausländer. Davon werden 184000 als „Gastarbeiter“ bezeichnet, vornehmlich Jugoslawen und Türken. Nach dem geltenden Ausländerrecht erhalten sie erst dann eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie einen gültigen Arbeitsvertrag und die damit verbundene Arbeitserlaubnis nachweisen können. Diese wird normalerweise

vom Kapitalisten eingeholt für einen befristeten Zeitraum und für eine begrenzte Tätigkeit. Geht der Kapitalist pleite, muß der Arbeiter zusehen, möglichst schnell einen neuen Ausbeuter zu finden, um nicht des Landes verwiesen zu werden. Des Landes kann man verwiesen werden u.a.:

- wenn der „Verdacht der Mittellosigkeit nicht eindeutig entkräftet werden kann“;
- wenn man alkoholisiert Auto fährt;
- nach jeder Finanzstrafrechts- und Verwaltungsübertretung;
- nach gerichtlichen Verurteilungen zu mehr als drei Monaten Haft.

Gilt man in den letztgenannten Fällen nicht als mittellos, muß man die Kosten der Abschiebung selbst tragen. Meldet man sich beim Arbeitsamt, läuft man auch Gefahr, ausgewiesen zu werden, z.B. wenn man in Elendsquartieren haust: „Ausländer können keine Beschäftigungsbewilligung erhalten, wenn sie in einer solchen Unterkunft wohnen.“ Weiter: „Wer nicht gut deutsch spricht oder einen auffälligen



Produktionshalle im stillgelegten Eumig-Werk Fürstenfeld

Namen hat, kriegt in den Betreuungs-paß eine Zwei notiert. Das bedeutet: keine Vermittlung möglich.“ Und schließlich: „Werden an Gastarbeiter Sozialhilfeleistungen erbracht, so ist dies der Fremdenpolizei zu melden.“

Ein anderer Grund für die niedrige Arbeitslosenrate ist das Arbeitslosenversicherungssystem. „Das Brutale an unserem Arbeitslosengeld ist, daß es in voller Absicht so niedrig gehalten ist,

Die BRD-Imperialisten sind die größten ausländischen Ausbeuter der österreichischen Arbeiter

Die BMW-Kapitalisten konnten in der vergangenen Woche triumphierend die Fertigstellung ihres neuen Werkes in Österreich vermelden. In derselben Woche gab die Siemens AG Pläne für die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen in Österreich bekannt. Von den 2000 größten Unternehmen in Österreich gehören mehr als 200 den BRD-Imperialisten. Die Chemiemonopole BASF, Bayer, Hoechst, die Elektromonopole Siemens, AEG, Grundig, Miele, jetzt auch die Automobilkapitalisten BMW, der Medienkonzern Bertelsmann, die Metalkonzerne Klöckner, Mannesmann – kurz, fast alle großen westdeutschen Kapitalisten, aber auch zahlreiche mittlere und kleine betreiben die Ausbeutung österreichischer Arbeiter. Die BRD-Imperialisten sind die größten ausländischen Ausbeuter in Österreich. Mit beträchtlicher Vehemenz haben sie seit 1955 die Wiedererrichtung ihrer Vormachtstellung in Österreich betrieben. Die Enteignung des reichsdeutschen Besitzes nach dem zweiten Weltkrieg in Österreich haben die BRD-Imperialisten so mehr als wett-

gemacht. Über 106000 Arbeiter beuten sie inzwischen wieder in Österreich aus, das sind mindestens 4% aller abhängig Beschäftigten. Von ca. 180000 ausländischen Arbeitern sind über 30% bei westdeutschen Kapitalisten beschäftigt.

Die westdeutschen Kapitalisten preisen das niedrige Lohnniveau, das sie gemeinsam mit den österreichischen Kapitalisten und Staatskonzernen, Schweizer und US-amerikanischen Konzernen gegenüber der Arbeiterbewegung haben durchsetzen können. Tatsächlich sind die Lohnunterschiede beträchtlich:

Bruttodurchschnittslohn verarbeitende Industrie (in Schilling)

Jahr	BRD	Öster-reich	BRD = 100
1960	16,31	10,50	64,37
1967	29,88	17,40	58,23
1973	59,10	32,70	55,32
1977	79,64	51,90	65,15
1978	85,01	55,00	64,69
1979	90,51	58,30	64,41
1980	94,47	62,10	65,73
1981	98,67	66,54	67,43

Um dieses Lohnniveau auch niedrig zu halten, scheuen die westdeutschen Imperialisten keinerlei Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. So hat z.B. die Betriebsführung der österreichischen Hoechst-Werke in den Tarifauseinandersetzungen 1982 versucht, einen Streik der Angestellten durch einen Drohbrief zu verhindern. In diesem Rundschreiben stellte die Betriebsführungen zum einen Lohnerhöhungen für einzelne Angestellte in Aussicht, zum zweiten aber behauptete sie dreist, nach der österreichischen Verfassung besäßen die Angestellten überhaupt kein Streikrecht. Eine Beteiligung am Streik würde zudem unmittelbare Konsequenzen der Beschäftigung haben. Der Betriebsrat wandte sich in einer öffentlichen Erklärung gegen dieses unverschämte Verfahren mit der Feststellung, die Hoechst-Kapitalisten führten „sich auf wie in alten Zeiten“.

Die Zahlung der Arbeitskraft der österreichischen Arbeiter zu Niedrigstlöhnen geht einher mit brutaler, intensiver Ausbeutung. In Vergleichsuntersuchungen über die Entwicklung der Produktivität stellt das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung fest: „In der schwierigen Phase seit 1973 konnte Österreich seine relative Position deutlich verbessern. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Zu-



Gelegenheitsarbeiten werden am Zaun der Polenkirche in Wien angeboten

daß jemand ohne Stelle einfach wieder arbeiten muß.“ So charakterisiert ein Sprecher der Wiener Arbeiterkammer dieses System. Danach beträgt das Mindestarbeitslosengeld 987 S im Monat, der Höchstsatz ist auf 6100 S begrenzt. Bis zu diesem Betrag erhält der Arbeitslose 40% des letzten Bruttolohnes. Es wird maximal auf ein halbes Jahr gezahlt, danach hat er Anspruch auf „Notstandsunterstützung“. Für

die Berechtigung dieser „Notstandsunterstützung“ wird das Einkommen *aller* im Haushalt lebenden Angehörigen herangezogen. Ein Beispiel: Eine 53jährige arbeitslose Frau bezog bisher ein Arbeitslosengeld von 4000 S. Nach einem halben Jahr wird der Lohn ihrer Tochter von 6000 S auf das Familieneinkommen angerechnet und die Frau bekommt keinen Groschen mehr.

Jahrelang galt Österreich als Musterland bezüglich seiner niedrigen Arbeitslosenrate. Die maroden vor allem verstaatlichten Betriebe der Stahlindustrie wurden mit Milliarden Schilling subventioniert. Trotzdem wurden Tausende von Arbeitern entlassen. Im November 1980 betrug die Arbeitslosenrate noch 2,3% (65 869) – im November 1982 lag sie bei 4,6% (127 091). Für den Februar 1983 wurden 181 000 Arbeitslose registriert, das sind 6,5%.

In der Steiermark stieg die Arbeitslosigkeit vom Februar 1982 auf Februar 1983 auf durchschnittlich 8%. In der Oststeiermark stieg sie sogar auf über 16%. Dies ist geschuldet den Betriebsschließungen und Verlagerungen von vor allem Betrieben der Vereinigten Österreichischen Stahlindustrie (VÖEST). Abwanderung in die größeren Städte zwecks Arbeitssuche und regionale Verödung sind die zwangsläufige Folge. Die Stadt Fürstenfeld in der Steiermark z.B. zählte Anfang 1981

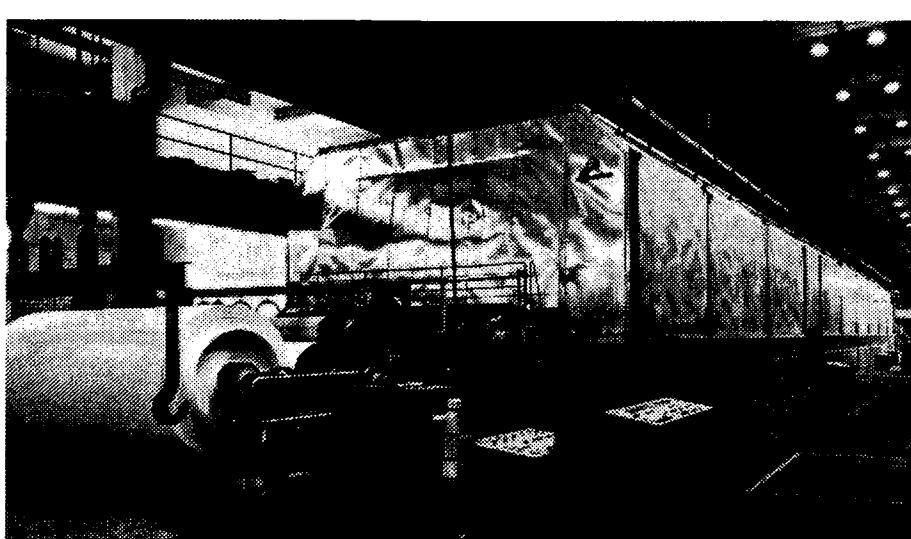
noch 7000 Einwohner. Nach Schließung des staatlich subventionierten Fotokonzerns Eumig sank die Einwohnerzahl auf 6035. 1800 Arbeiter wurden durch die Schließung arbeitslos. Sie waren bei der Gründung des Werkes insbesondere aufgesogen worden aus den Bauern. Der Eumig-Konzern nutzte insbesondere die billige Frauenarbeit, die um ein Drittel niedriger bezahlt wird als Männerarbeit. Ein Drittel der Jugendlichen in Fürstenfeld zwischen 18 und 25 sind arbeitslos, die meisten über ein Jahr.

Angesichts der wachsenden Arbeitslosenzahlen hat die SPÖ-Regierung erwogen, die zum 1.1. 1983 erhöhte Arbeitslosenversicherung erneut zu erhöhen; ferner soll eine *Arbeitsmarktabgabe* von Beamten, selbständigen Bauern, Handwerkern und Rentnern eingetrieben werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß von den seit 1974 kassierten Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung von 47,5 Mrd. S nur 23,5 Mrd. S für die Arbeitslosenversicherung und Notstands hilfe verbucht wurden. Ein Großteil des Restbetrags wurde zur „Arbeitsmarktförderung“ verwandt.

Zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in den strukturschwachen Gebieten wurde seitens des Bundesheeres seit dem Sommer letzten Jahres ein „verlängerter Grundwehrdienst“ angeboten – auf „freiwilliger“ Basis. Der Sold beträgt 3800 S pro Monat (ca. 530 DM). Im Dezember 1982 griff Finanzminister Salcher diese Initiative auf und schlug vor, 11 000 Schulabgänger beim Bundesheer als Zeitsoldaten einzustellen. Dieser Vorschlag traf auf den entschiedenen Protest und Kritik der Sozialistischen Jugend Österreichs und der Katholischen Jugend.

Zur Vermeidung von Arbeitslosengeldzahlung gibt es weitere Vorschläge: J. Tschebull, Chefkolumnist der ÖVP-nahen Zeitschrift „Profil“ empfiehlt eine „Arbeitsversicherung“. Das heißt, Arbeitslosengeld nur gegen niedrige Bezahlung für Tätigkeiten bei gemeinnützigen Projekten. Als da sind: „Landschaftspflege (Müllbeseitigung), Erdarbeiten, Aufbau eines Fernwärmennetzes, Wärmeisolierung von Häusern, Fürsorgetätigkeiten, erstklassige Schneeräumung im Winter ...“ Er kommt zum Schluß: „Da die von der „Arbeitsversicherung“ gebotenen Tätigkeiten weder besonders attraktiv noch gut bezahlt sind, wäre das Bestreben der Betroffenen, wieder in den normalen Arbeitsmarkt einzutreten, größer als bei der jetzigen Form der Arbeitslosenfürsorge.“

Quellenhinweis: Die Presse, verschiedene Ausgaben; Kuriér, verschiedene Ausgaben 1983; Wochenpresse Ausgaben 1983; Extrablatt, diverse Ausgaben; Monatsbericht des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts, August 1982



In der Papierindustrie ist das BRD-Unternehmen Feldmühle tätig: Ausbeutung der billigen Arbeitskraft und Ausplünderung des Waldbestandes



„Krieg und Frieden“

Die angebliche Verwandlung des großdeutschen imperialistischen Werwolfs in ein Opferlamm

Von vier, die auszogen, die Friedensbewegung geschäftstüchtig zu vermarkten, indem sie die von interessierten Bourgeoispolitikern in diese Bewegung hineingetragenen chauvinistischen Ziele als die eigentlichen Ziele dieser Bewegung darstellen: davon handelt der Anfang Februar in bundesdeutschen Kinos angelaufene Film „Krieg und Frieden“. Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Stefan Aust und Axel Engstfeld, für ihre staatstragende Tätigkeit bereits mehrfach ausgezeichnete Regisseure, haben dazu mit Unterstützung Heinrich Bölls und des ZDF einen Film zusammenmontieren lassen, von dem sie behaupten, er sei ein „Plädoyer wider die Philosophie der Vorne-Verteidigung und für eine Pazifierung Mitteleuropas“.

Das erste ist unwahr. Das zweite stimmt. Denn auch wenn der Film durch lange Szenen von der Bonner Friedensdemonstration im Oktober 1981, von Demonstrationen gegen Rekrutenvereidigungen usw. scheinbar links daherkommt – für eine großdeutsche „Pazifierung Mitteleuropas“ bleibt nach diesem Film viel Raum. Das fängt damit an, daß an keiner Stelle des Films die großdeutschen Revanche- und Expansionsziele der westdeutschen Imperialisten auch nur mit einem Wort erwähnt, geschweige denn kritisiert werden. Das geht damit weiter, daß gleich zu Anfang des Films stattdessen den Zu-

schauern der „gefährlichste Landstreifen dieser Erde“ vorgeführt wird: die „deutsch-deutsche Grenze“. Und warum ist diese Grenze so gefährlich? Etwa weil die westdeutschen Imperialisten sie gar nicht als Staatsgrenze anerkennen, vielmehr überrennen wollen? Weit gefehlt! Die Gefahr kommt vielmehr von den beiden „Supermächten“ USA und UdSSR, die beiderseits dieser Grenze „die Deutschen“ unter ihrer Knute halten und gewaltige Waffenarsenale aufgefahren haben. Volker Schlöndorff: „Früher haben wir uns das ganz anders vorgestellt.“

„Wir“, „die Deutschen“ als Nation, gegen die Supermächte – das ist der Widerspruch, zu dessen Lösung die Friedensbewegung angetreten sein soll. Als ob die großdeutschen Versuche zur „Pazifierung Mitteleuropas“ nicht schon genug Vorwände für Eroberungskriege abgegeben hätten! Für den Film aber ist so die Grundlage gelegt, auf der sich alles weitere ergibt: daß Helmut Kohl etwa zwar als Kanzler scheinbar die „Richtlinien der Politik“ bestimmt, diese ihm aber in Wirklichkeit von Ronald Reagan diktiert werden – eine Behauptung von so ziemlich dem gleichen Wahrheitsgehalt wie die, daß die großdeutschen Metzger auf einmal zu Kälbern geworden sind. Folgt man dieser Logik, so ist am Ende der verfassungsgerichtlich wieder und wieder bekräftigte „Wieder-

vereinigungsauftrag“ des Grundgesetzes noch eine Machenschaft der USA, oder der Anspruch der westdeutschen Imperialisten auf die Liquidierung der DDR, auf ein Drittel des polnischen Staatsgebietes und auf sowjetisches Staatsgebiet eine besonders heimtückische Kriegslist der Russen.

Die Krücke, mit deren Hilfe der westdeutsche imperialistische Werwolf auf einmal als argloses Opferlamm daherkommt, ist die scheinbar unterschiedslose und allmächtige Vernichtungskraft atomarer Waffen in den Händen der USA und der Sowjetunion. Sie wird am Schluß des Films durch Szenenbeiträge Heinrich Bölls noch kräftig ausgemalt. Und da die westdeutschen Imperialisten solche Waffen nicht besitzen, sind sie halt – Lämmer. Als ob sich Kriegsgründe und Kriegsziele aus Waffenarsenaln erschließen ließen, nicht aber aus der Ökonomie und Politik der den Krieg vorbereitenden imperialistischen Mächte! Und als ob der Zweck imperialistischer Kriege nicht mehr die Eroberung wäre, sondern die sinnlose und unterschiedslose Vernichtung der Menschheit!

Die Spekulation der Regisseure, daß die vielen vernünftigen Leute, die an dieser Friedensbewegung inzwischen teilnehmen, die Geschichte des reichsdeutschen Imperialismus und die Ziele seiner westdeutschen Nachfolger weder kennen noch studieren wollen, braucht nicht aufzugehen.

Liberale zur Frauenemanzipation

Was geschieht, wenn eine Reporterin beweisen will, daß sie auch Brisantes enthüllen kann? Sie benötigt einen Privatdetektiv zu ihrem Schutz, sie steigt mit den Hauptbeschuldigten ins Bett, um ihr Vertrauen zu gewinnen, und wird schließlich erschossen. Der Held des Kriminalromans, Privatdetektiv Spenser, ist gewillt, solche Sorte Emanzipationsbestrebungen zu unterstützen, nachdem er zunächst von der Fernsehgesellschaft der Reporterin beauftragt wird, sie zu schützen. Die Reporterin will die Verbindungen zwischen dem „Syndikat“ und der Filmindustrie Hollywoods entdecken und ist bei ihren Recherchen bedroht worden. Als sie schließlich einige Fakten zusammengetragen hat, entzieht die Fernsehgesellschaft Spenser den Auftrag, der aber verfolgt seinen ursprünglichen Auftrag auch ohne Bezahlung weiter. Seine feste Überzeugung ist, daß die Polizei das Verbrechen selbst aufklären könnte – bloß müßte dann die Reporterin weiterhin als schöne Nachrichtenbeigabe dahinsiechen. Als die Reporterin im Auftrag des „Syndikats“ erschossen wird, kidnappiert Spenser den Mörder und dessen

Auftraggeber, um eine Stellungnahme im Fernsehen zu erzwingen: Die Reporterin habe ihr Vorhaben erfüllt und sei darum umgebracht worden. Da so der Gerechtigkeit und der Emanzipation Genüge getan ist, findet sich auch ein eisiger Polizist, der den Detektiv nicht verhaftet, sondern ihn heimreisen läßt.

Robert B. Parker, Licht auf Dunkelmänner, Ullstein Krimi 10193, 5,80 DM

Der Weg der Krone der Schöpfung

Vielleicht wäre der Autor gut beraten, wenn er nicht gar so viele Sachen und Einfälle, an denen er hängt, in so ein kleines Buch packen würde. So weit er den Gedanken entfällt, daß der Mensch nur eine kleine Zeit die Krone der Schöpfung ist und in der Entwicklungsgeschichte der Erde noch ganz andere zum Zuge kommen, folgt man ihm amüsiert. In zwei Millionen Jahren haben es die Skrill, Abkömmlinge von Vögeln, geschafft, Intelligenz zu entwickeln und in bescheidenen Dörfern mit recht wenig Staatsgewalt zusammenzuleben. Der junge Skrill Jok rettet sein Volk vor

der Bedrohung durch eine unterirdische Intelligenz, die, sich in Form eines Nachrichtenverbundsystems um die ganze Welt schlingend, durch einen Meteor verletzt und dadurch gefährlich geworden ist. Jok gelingt es, das Geheimnis eines seit Skrillgedenken herumwandernden blauen Wirbels zu entdecken. Dieser entpuppt sich als Computer, in dem das wichtigste menschliche Wissen aufgehoben ist. Er enthält außerdem drei Zeitreisende, deren Kulturen längst untergegangen sind. Durch den zur Explosion gebrachten Computer, genau auf der biologisch kranken und wahnsinnig gewordenen Stelle des Verbundsystems, der „Macht“, kommt diese zu sich selbst, und ein schönes Zeitalter bricht an. Vermischt ist das Ganze mit fernöstlichen Weisheits- und Versenkungslehren, die den Skrillhelden zu einem Alternativen machen, der für das Gleichgewicht der Erde sorgt und von der Wissenschaft nur das gelten läßt, was er für friedlich hält. Sein Optimismus fußt auf dem Untergang der Menschheit. Ansonsten hat der Autor viele Anleihen bei Vorbildern gemacht, etwa mit seinen eingestreuten Szenarien der Entwicklung. Ähnliche naturwissenschaftliche Einschübe verwenden auch die Amerikaner Niven und Pournelle in ihrem Buch „Der Hammer Gottes“. Die gesellschaftlichen Methoden der Dorfbewohner, etwa bei der Kinderaufzucht, sind ländlich-demokratisch und entsprechen sehr wahrscheinlich den Erfahrungen des Autors. Deswegen sind diese Teile auch am besten gelungen.

Reinhard Köhrer, Weg der Erde, Heyne SF 3959, 5,80 DM

Udos „Odysse“ auf deutschnationalem Kurs

Mit der neuen Langspielplatte „Odyssee“ und gleichnamiger Tournee steigt Udo Lindenberg in das Geschäft mit der Friedensbewegung, nachdem ihm die Grünen in ihren Wahlveranstaltungen ein breites Forum geboten hatten. Zugleich hat er sich aber mit dem dabei verbreiteten Nationalismus und Chauvinismus tägliche, oft mehrmalige Abspielung seiner Platten durch die Rundfunkanstalten der BRD und Westberlins gesichert. Man sollte sich nicht täuschen lassen von der scheinbar schnoddrig-unüberlegten Sprache, den ungelenk erscheinenden Reimen und der musi-

kalisch meist auf Plagiaten beruhenden, eher schlanken Ausführung der Lieder Lindenburgs. Sie sind professionell auf beabsichtigte Wirkungen beim Zuhörer hin gefertigt. So im Titelsong, in dem mit Instrumentierung, Rhythmus und Melodie Gefühlsvorstellungen geweckt werden, die statt gezielter Kritik an der Aufrüstung der BRD diffusen Grusel über den „Rüstungswahnsinn in Ost und West“ fördern: „... und keiner weiß, wohin die Reise geht / Odyssee, Odyssee / weil der Wahnsinn am Steuer steht / ... alte Männer ... / sitzen am Spieltisch, gierig und fett / spielen American Poker und Russisch Roulett.“ Vorsicht ist angebracht, wenn Lindenberg kritisch daherkommt. In dem Lied „Dr. Kimbel auf der Flucht“ wird „ein reicher Mann, der sich's erlauben kann“ karikiert, weil er meint, der „Atombombenfalle“, in der wir alle sitzen, genüßsüchtig, mitsamt Freundin, entfliehen zu können. Das endet so: „Champagnerflasche in der Hand / sehen sie / im TV / wie Deutschland knallt und raucht und zischt / und sie sagen, prost, uns hat's nicht erwischt ...“, wobei sie, laut Arrangement Lindenburgs, wenig später mit lautem Knall doch enden – und schon ist der scheinbare Kritik an der westdeutschen Bourgeoisie das Gefühl, „Deutschland retten“ zu müssen, untergeschoben. In „Sonderzug nach Pankow“ zieht Lindenberg alle Register zur nationalistischen Verdummung. Er richtet sich gezielt an Jugendliche in der DDR und will so zugleich „deutsch-deutsche“ Gefühle in der BRD pflegen. Die Melodie ist ein bekannter Schlager, das soll Mit- und Nachsingen erleichtern. Der Text gibt sich kritisch gegen angebliche bürokratische Auswüchse. Erich Honecker soll Lindenberg in Ostberlin auftreten lassen: „Und ich sag, ey Honey / ich sing für wenig Money / im Republikpalast / wenn ihr mich laßt / all die ganzen Schlageraffen dürfen da singen / ... / nur der kleine Udo / nur der kleine Udo / darf das nicht / und das verstehen wir nicht.“ Mit sprachlicher Schnoddrigkeit, dem Sprung vom „ich“ zum „wir“, macht der „kleine Udo“ seine Forderung umstandlos zur Forderung der „furchtbar vielen Freunde in der DDR“, die Lindenberg zur weiteren Verbreitung von Deutsch-Nationalem verhelfen sollen.

NATO-Strategiedebatte

Von der Vorneverteidigung zur Vorwärtsverteidigung

Seitdem der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa General Rogers im Sommer letzten Jahres gefordert hatte, die konventionellen Streitkräfte der NATO soweit zu stärken, daß sie technisch und taktisch fähig werden, „auch Aufträge der Vorwärtsverteidigung zu übernehmen“, wird die Debatte über die Weiterentwicklung der NATO-Doktrin der flexiblen Reaktion und der Strategie der Vorneverteidigung öffentlich geführt.

Die Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO in Brüssel am 1. und 2. Dezember 1982 hat dem „Rogers-Plan“ im Grundsatz ausdrücklich zugestimmt. Damit ist die seit Gründung der NATO zweite wesentliche Änderung der Strategie in der Hauptsache schon beschlossen.

Die bis Mitte der sechziger Jahre geltende Strategie der massiven Vergeltung war militärischer Ausdruck der Politik des „Roll back“. Voraussetzung für diese Strategie war die absolute nukleare Überlegenheit der USA. Das bis jetzt noch gültige Konzept der flexiblen Reaktion und der Vorneverteidigung sieht vor, die Truppen des Warschauer Paktes an der Grenze zu stellen, als „vorbedachte Eskalation“ taktische nukleare Waffen einzusetzen und sich eine „allgemeine nukleare Erwiderung vorzubehalten“. Über den anschließenden Vorstoß gegen Osten war offiziell nicht genaues festgelegt. „Diese Strategie bleibt bewußt vage“, urteilt General Rogers. Sie war aber durchaus ausreichend, um die „Neue Ostpolitik“ durch Drohungen zu unterstützen.

Verteidigungsminister Wörner stellte auf der 26. Kommandeurtagung fest: „Wie jede Strategie muß auch die Strategie der flexiblen Reaktion den veränderten politischen strategischen Bedingungen angepaßt werden ... Daher müssen wir nach Wegen suchen, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu stärken.“ Die politischen Bedingungen haben sich insoweit geändert, als die westdeutschen Imperialisten sich im wesentlichen darauf verständigt haben, daß es an der Zeit sei, die Früchte der Entspannung einzufahren, daß sie den „Frontalangriff auf das sowjetkommunistische Gesellschaftssystem“ (1) wiederum offen zum Ziel erhoben haben und daß die BRD wiederum offen Gebietsansprüche an die Staaten Osteuropas stellt. Gefordert ist also eine Strategie, die in der Lage ist, diese politischen Ziele militärisch einzulösen.

Daß dafür die Besetzung Osteuropas unumgänglich ist, hat S. Huntington, enger Mitarbeiter Brzezinskis, öffentlich bisher am deutlichsten geäußert: Kern seines Vorschlags ist die offene „Drohung, im Kriegsfall eine Vorwärtsstrategie zu verfolgen, den Krieg auf das Territorium der DDR, der CSSR und Polens zu tragen, um so Osteuropa von der sowjetischen Herrschaft zu befreien. Die Annahme dieser Strategie durch die Allianz soll mit einer Einladung an die Osteuropäer verbunden werden, einer westlichen Invasion zu entgehen, indem sie rechtzeitig aus dem von der Sowjetunion begonnenen Krieg aussteigen.“

Unseres Wissens nach ist dies seit langem das erste Mal, daß die militärische Besetzung fremden Territoriums öffentlich propagiert wird. Das zielt offensichtlich auf eine öffentliche Debatte darüber, wie und auf welche Weise positive und gerechte Kriegsziele erreicht werden können, ohne daß diese selber überhaupt noch Frage gestellt werden sollen. Die Gerechtigkeit dieser Ziele erst einmal unterstellt, muß jeder Widerstand gegen die dafür dann eingesetzten Strategien und Mittel politisch hilflos bleiben und kann deshalb umso leichter unterdrückt werden. Indem sie die Strategie der Vorwärtsverteidigung als „Anhebung der Nuklearschwelle“ verkaufen, legen die Militärstrategen ausdrücklich Wert auf den Hinweis, daß sie damit „berechtigten Anliegen der Friedensbewegung“ nachkommen.

Obwohl nicht so offen und brutal formuliert, ist der Inhalt der Weiterentwicklung der NATO-Strategie zur Vorwärtsverteidigung kein anderer als der des oben zitierten Huntington-Vorschlags. Auf atomarem Gebiet wird insbesondere durch die Aufstellung der Mittelstreckenraketen die Erstschlagsfähigkeit zur Vernichtung der wichtigsten militärischen und ökonomischen Potenzen des Ostblocks hergestellt.

Vor allem aber wird das Vordringen konventioneller Luft- und Landstreitkräfte nach Osten genauestens geplant und vorbereitet. Die praktische Umsetzung dieser Planung ist schon relativ weit gediehen. Schon zu Zeiten der Entspannung und der „Neuen Ost-

politik“ sind mit dem Langzeitprogramm der NATO von 1978 sachliche Mittel dazu bereitgestellt worden. Auf dem Symposium der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“, welches Ende 1982 mit „hochrangigen Vertretern des US- und des deutschen Verteidigungsministeriums“ sowie mit Vertretern der Rüstungsin industrien beider Länder in Wahn stattfand, war alleiniges Thema: Konzepte und Mittel, mit denen der Angriff in die Tiefe des feindlichen Raumes getragen werden kann. Die Versammlung war sich einig: „Die waffentechnische Entwicklung“ macht es also bereits in der Gegenwart ... möglich, die einsatztaktische Konzeption so zu gestalten, daß die Abwehr eines Angriffs nicht lediglich rein defensiv und allein auf dem Boden des Verteidigers erfolgen muß, sondern ebenso und zugleich offensiv in den Raum des Angreifers wirken kann.“ Und General Rogers geht davon aus, daß bei einer 4%igen Realerhöhung der Militärhaushalte der NATO-Mitgliedstaaten pro Jahr bis Ende der achtziger Jahre ein konventionelles Potential bereitsteht, mit dem die Vorwärtsverteidigung uneingeschränkt angewandt werden kann.

(1) Dr. Walter Stützle, Abschreckung und Verteidigung, Europa-Archiv 5, 1983; weiterer Quellen hinweis: Bernhard W. Rogers, Das atlantische Bündnis: Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt, Europa-Archiv 12, 1982; Dieter Farwick, Zur Diskussion der NATO-Strategie, Österreichische Militärische Zeitschrift 2, 1983; Europäische Wehrkunde 1, 2 und 3/1983

Revision der Polnischen Westgrenze Stresemann-Ära – Vorbild für westdeutsche Außenpolitik

Zimmermann (CSU) hat vor kurzem die Ansprüche der BRD auf polnische Gebiete bekräftigt und erklärt, daß die Bundesregierung an der „friedlichen“ Wiedergewinnung „deutscher Gebiete östlich der Oder-Neiße“ arbeitet. Polnische Kommentare verweisen auf die Politik Stresemanns in der Weimarer Republik und stellen fest: diese Politik führte zum Krieg! Wir sind dieser Feststellung nachgegangen.

Im Oktober 1918 erkannte der geschlagene deutsche Imperialismus als Grundlage für Friedensverhandlungen u.a. die Schaffung eines polnischen Staates mit einem Zugang zur Ostsee an. Posen und Westpreußen wurden an Polen zurückgegeben (außerdem ein Teil Oberschlesiens). Diese Gebiete waren so unbestritten polnisch, daß der Anspruch auf sie nicht auf ein „Selbstbestimmungsrecht“ der dort lebenden Deutschen gestützt wurde, sondern das „Recht“ einer Landverbindung nach Ostpreußen erfunden wurde. Die Siegermächte des 1. Weltkrieges erklärten dazu: „... daß Ostpreußen mehrere Jahrhunderte für sich bestand und bis 1866 nie innerhalb der Grenzen Deutschlands inbegriffen war, und daß deutsche Geschichtsschreiber stets anerkannt haben, daß es kein Land deutscher Ursprungs, sondern eine deutsche Kolonie war“. (1) In Ostpreußen lagen die großen Güter der Junker, und es war das Rückgrat der preußischen Aristokratie. Der deutsche Imperialismus rettete 1918/19 diese Festung – denn Ostpreußen fiel nicht unter die Bestimmung des Versailler Vertrages, daß Deutschland seinen Kolonialbesitz verliert – und organisierte eine Kampagne für die Wiedergewinnung der abgetretenen Gebiete. Sie hatte folgende Bestandteile:

Polen hat als unabhängiger Staat keine Existenzberechtigung. Reichskanzler Wirth (Zentrum) kabelte am 24.7. 1922 an den deutschen Botschafter in Moskau: „Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt.“ (2) Und Stresemann am 19.4. 1926 in einer „ganz geheimen“ Denkschrift: „Polen ist ... eine wirtschaftliche und kulturelle Brücke zwischen Mittel- und Osteuropa“. (3) Daraus folgte für Stresemann das „Recht“ auf Posen und Westpreußen und die Verkleinerung Polens auf einen Rumpfstaat, der ausschließlich der deutschen Expansion nach Osten zu dienen habe. Diese Zielsetzung verfolgte Stresemann, von 1923 – 29 Außenminister, vorerst mit „friedlichen Mitteln“. Für sein Auftreten auf der Locarno-Konferenz 1925 erhielt er den Friedensnobelpreis. In Locarno schloß das Deutsche Reich den sog. Westpakt, der die Westgrenze Deutschlands bekräftigte („Verzicht“ auf Elsaß-Lothringen). Mit Polen und der Tschechoslowakei wurde nur ein Schiedabkommen vereinbart, dessen Kern ein vorübergehender Gewaltverzicht war, aber eine Anerkennung der Grenzen nicht vorsah. Stresemann dazu am 14.12. 1925 vor der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher-Landsmannschaften“: „Sie (Polen und Tschechoslowakei) wollten das, was man mit dem englischen Ausdruck non-aggression-Pakt nennt, nämlich einen Pakt, bei dem wir uns verpflichten, von jedem Angriff abzusehen. Diese Verpflichtung sind wir im Westen

eingegangen, wir haben sie für den Osten abgelehnt. Auch der Eintritt in den Völkerbund schließt den Krieg nicht aus ... Der Völkerbund läßt den Krieg frei, wenn in politischen Fragen eine Einigung nicht zu erzielen ist“. (4)

Vor den Landsmannschaften entwickelte Stresemann das Konzept eines „Verteidigungskrieges“ zur Eroberung Polens: „Was ich mir vorstelle ist das, daß wenn einmal Verhältnisse entstehen, die den europäischen Frieden oder die wirtschaftliche Konsolidierung Europas durch die Entwicklung im Osten bedroht erscheinen lassen, und wenn man zur Erwägung kommt, ob diese ganze Nichtkonsolidierung Europas nicht ihren Grund in unmöglichen Grenzziehungen im Osten mit hat, daß dann Deutschland auch die Möglichkeit haben kann, mit seinen Forderungen Erfolg zu erzielen ...“ (5) Somit verkehrte Stresemann das Verhältnis von Anerkennung der Grenzen und Friedenssicherung in sein Gegen teil. Nicht Anerkennung der Grenzen, sondern Entwicklung von Verhältnissen, die eine Änderung der Grenzen möglich machen, sei Friedenspolitik. Daß bei aller Friedfertigkeit eine Änderung das status quo letztlich nur gewaltsam möglich sein würde, war Stresemann völlig klar: „Ich glaube, daß letzten Endes immer diese großen Fragen durch das Schwert entschieden werden.“ (6) Aber „Verhältnisse, die den Frieden und die wirtschaftliche Konsolidierung Europas bedrohen“ entstehen nicht einfach – man muß sie herbeiführen.

Von 1920 – 22 verhängte das Deutsche Reich gegen Polen eine Handelssperre – 1925 eröffnete es den *Wirtschaftskrieg*. Deutschland verweigert die Einfuhr polnischer Kohle und belegt landwirtschaftliche Produkte mit Kampfzöllen. Diese Maßnahmen waren umstritten, und erst eine Denkschrift der Brüder Borsig, der eine Vorsitzender der deutschen Arbeitgeberverbände und der andere im Zentralkomitee der Reichsbank, gab den Ausschlag: man muß „die Abhängigkeit Polens vom deutschen Markt in einer Weise festlegen, die es uns ermöglicht, ständig einen Druck auf die polnische Regierung zur Errichtung dieses Ziels (Eroberung polnischer Gebiete, Anm. d. Verf.) auszuüben (Juni 1925)“. (7) Stresemann hatte bereits am 19.4. 1925 dem deutschen Botschafter in London mitgeteilt: „Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht hat und den gesamten Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat ... Es wird also unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif, und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist“. (8) Diese Politik führte aber nicht zum Zusammenbruch in Polen.

Vervollständigt wurde das außenpolitische Konzept Stresemanns vom „Schutz der Minderheiten“. Gemeint ist damit die „Schaffung einer Irredenta“ (Bewegung, die den Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland anstrebt), wie es z.B. die Oberste Heeresleitung am 27.6. 1919 offen aussprach. Tatsaci war, daß es wenige Deutsche in Polen gab. Sofort nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verließen im Sommer 1919 rund 300000 Deutsche die an Polen fallende Gebiete. Bis 1926 wurden es 758867 – ca. 70% aller dort lebenden Deutschen. Ein polnischer Kommentator bemerkte zutreffend: „Die Abwanderung sei Folge der im Kaiserreich erfolgten künstlichen Hochzucht der deutschen Einwohnerzahl ... Unzählige, überflüssige Deutsche, die aus dem preußischen Staatsfond genährt worden sind, hätten das Weite gesucht, sobald die Favorisierung durch die Regierung zu Ende gewesen sei“. (9) 1929 lebten 600000 Polen im Deutschen Reich – also mehr als Deutsche in Polen. Die Reichsregierungen unternahmen fieberhafte Bemühungen unter dem irreführenden Begriff Minderheitenschutz, Stützpunkte in Polen zu erhalten. Jeder Reichsbezirk enthielt Geldmittel dafür. Stresemann empfahl z.B. am 23.3. 1926 die Bereitstellung von 30 Mio. RM für das „bodenständige Deutschtum“ im Ausland. Dieses Geld erhielten ausschließlich Großgrundbesitzer. Sie wurden als deutsche Bollwerke in Polen gestärkt. So wurden vom deutschen Grundbesitz in Posen und Westpreußen von 1,565 Mio. ha bis 1926 nur 32% enteignet. Es waren also auch Bollwerke gegen eine Bodenreform in Polen. Die „Sorge“ der deutschen Imperialisten um die deutschen Minderheiten in Polen bedeutete einen Angriff auf die Demokratie in Polen.

(1) Dr. Liga für Völkerbund, Das Ultimatum der Entente, S. 21; (2) V. Kellermann, Die Polenpolitik der Weimarer Republik, S. 65; (3) Akten zur dt. ausw. Politik, Serie B, Bd. II/1, S. 370; (4) Akten zur ... Bd. I/1 (Anhang); (5) wie (4); (6) K. Obermann, Die Beziehungen des amerikanischen Imp. zum Dt. Imp.; (7) B. Puchert, Der Wirtschaftskrieg des dt. Imp. gegen Polen 1925-34; (8) Akten zur ... Bd. II/1, S. 366ff.; (9) M. Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, S. 164.



Carl Meffert – Clement Moreau
Ein Grafiker der Ausgebeuteten und Unterdrückten

Am 26. März wird der in Koblenz als Carl Meffert geborene Maler und Grafiker 80 Jahre alt. Er nahm im Exil als antifaschistischer Künstler den Namen Clement Moreau an. C. Moreau lebt heute in Zürich. Er selber nannte sich einen „Gebrauchsgrafiker“ für die Ausgebeuteten und Unterdrückten. „Meine Arbeit“, sagte Moreau 1972, „steht von vorneherein unter dem Ziel, einen bestimmten Zweck zu erfüllen, nämlich den, Menschen zu informieren. Ich wende mich von Anbeginn an die Menschen, die es betrifft, die die Umstände kennen, erlebt, erfahren haben und die sie verändern können und wollen.“

CM zeichnend

Aus dem Zyklus „Erwerbslose Jugend“



Erwerbslose Jugend

Schmierestehen

Geld

Aus

„LA COMEDIA HUMANA“ („Nacht über Deutschland“); 107 Linolschnitte aus den Jahren 1938/39



Der geheime Sender

„Man gibt ihm einen Strick. Er soll sich aufhängen.“

Vor der Folter

Der Nachbar, der sie verrät

„Meine Schnitte sind gemacht und gewidmet den einfachen Menschen“ (CM)



Carneval in Humahuaca (Argentinien) 1957



Indios aus Quitilipi (Argentinien) um 1960



Vater und Kind 1947/47

Literatur: Clement Moreau, Nacht über Deutschland, 107 Linolschnitte aus den Jahren 1937 bis 1938, München 1976

Clement Moreau/Carl Meffert, Grafik für den Mitmenschen, Berlin 1978

Werner Mittenzwei, Carl Meffert/Clement Moreau, Berlin/DDR 1977

BISMARCK: "Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen ... Ich halte die direkten Steuern für einen harten und plumpen Notbehelf ... Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern. Was auch theoretisch dagegen gesagt werden mag, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wieviel der einzelne zahlt, wieviel auf andere Mitbürger überbürdet wird ... Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen versteuert, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Ebenso steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und all diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse." (Reichstagsrede am 22.11.1875)

Freiherr v. RHEINBABEN, preußischer Finanzminister: "Leider ist zuzugeben, daß wir in der Fixigkeit des Schuldenmachens allen anderen Nationen über sind. Ganz besonders gilt dies gegenüber Frankreich und England. In einer Periode, in der die Franzosen keine neue Staatsschuld aufgenommen haben, hat sich die deutsche Reichsschuld nahezu verzehnfacht. Unfraglich dient diese Tatsache nicht zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Achtung Deutschlands im Auslande." (Reichstagsrede, 29.11.1907)

Antrag der SPD-FRAKTION im Reichstag aus Anlaß der Flottengesetze 1898: "Die jährlichen Mehrausgaben sind vom 2. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommenssteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 M. beziehen. Übersteigen die eigenen Einnahmen des Reiches die Augaben, so ist der Überschuß zurückzubehalten und dergestalt zu verwenden, daß ein Viertel dieses Überschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung bzw. Aufhebung indirekter Reichssteuern ... verwendet wird."

AUGUST BEBEL zur Begründung des Antrags am 26.5.1898: "Ist die Begeisterung für die Flottenvorlage so groß, wie es behauptet worden ist, insbesondere in den Kreisen der Handelsherrn, der Großindustrieherren usw. ... dann sollten diese Klassen es endlich einmal für ihre vornehmste Aufgabe betrachten, auch die Lasten, die diese ihre patriotische Betätigung von seiten des Reichs erfordert, selber aufzubringen."

Steuerlast 1908 in Prozent			
Haushaltseinkommen in RM	Zölle/indirekte Steuern	Einkommenssteuer	Gesamtlast
unter 800	4,4 - 6,5	1,2	5,6 - 7,7
800 - 1200	4,4 - 6,3	1,8	6,2 - 8,1
1200 - 2000	3,6 - 5,1	3,8	7,4 - 8,9
2000 - 4000	2,2 - 3,2	4,8	7,0 - 8,0
4000 - 6000	1,3 - 1,9	6,8	7,1 - 8,7
10.000	1,0 - 1,5	8,5	9,5 - 10,0
30.000	1,0 - 1,5	9,0	10,0 - 10,5
50.000	1,0 - 1,5	11,0	12,0 - 12,5
100.000	1,0	11,5	12,5
200.000	1,0	12,0	13,0

Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiterhaushaltes lag etwa bei 1500 RM.

Quelle: W. Gerloff, Beiträge zur Reichsfinanzreform, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 92, 1909

Steuerlast und Sozialausgaben (I)

Sorgsam wird von den Bourgeoispolitikern die Legende von der traditionellen Fortschriftlichkeit deutscher Sozialpolitik gepflegt und dabei auf das Kaiserreich verwiesen. Wahr ist, daß die imperialistische Reichsbourgeoisie damals die Weichen für die zunehmende Verwandlung von Lohnbestandteilen in Kapital gestellt hat.

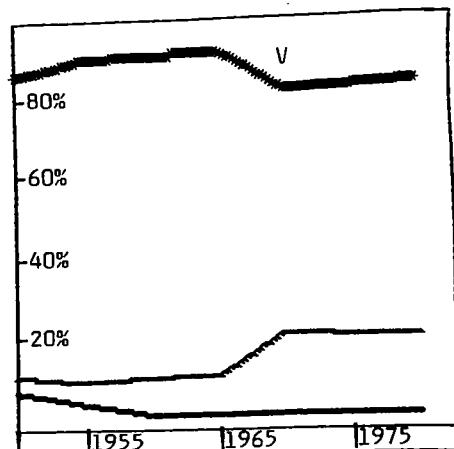
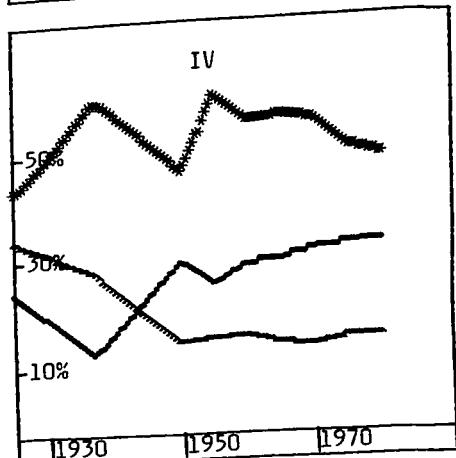
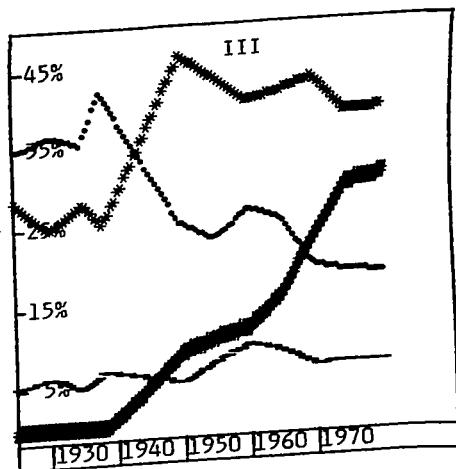
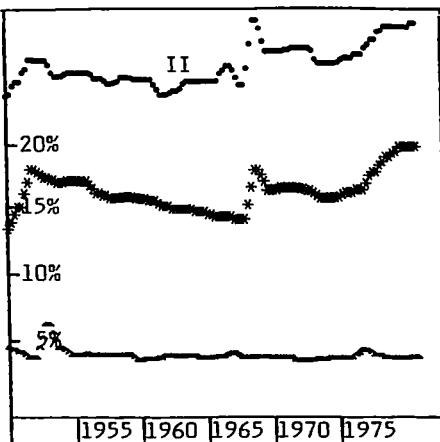
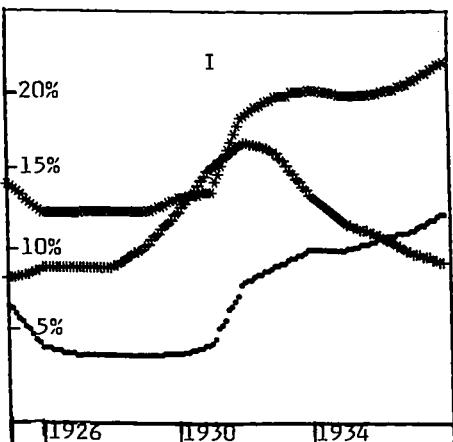
Aus obiger Tabelle geht hervor, daß auf die Bourgeoisie und Großagrarier des Kaiserreichs mit dem hundertfachen (versteuerten) Einkommen eines Arbeiterhaushalts nicht einmal eine doppelt so hohe Steuerquote entfiel wie auf einen Arbeiterhaushalt. Ersichtlich ist ferner, daß die Lohnabhängigen in erster Linie über die indirekten Steuern und Zölle geplündert wurden, wenn auch die Einkommensteuer – nach den Staaten des Reichs unterschiedlich – schon oberhalb eines sehr niedrig bemessenen Existenzminimums (zw. 300 und 900 RM) einsetzte. Zum Vergleich: In Großbritannien lag das steuerfreie Existenzminimum im Jahre 1908 bei 3200 RM. Acht Neuntel aller Steuerpflichtigen hatten 1908 in Preußen ein Einkommen unter 1800 RM; damit kann als sicher unterstellt werden, daß die Masse des Steueraufkommens und damit der Staatseinnahmen des Kaiserreichs den Lohnabhängigen abgepreßt worden ist. Dafür spricht auch, daß 1908 fast 50% der gesamten Staatseinnahmen auf indirekte Steuern und Zölle entfielen, von den Einnahmen des Reichs über 80%.

Mit der Gründung des Kaiserreichs und der Herausbildung der imperialistischen Reichsbourgeoisie hatte die Steuerlast, die die werktätigen Klassen bedrückte, explosionsartig zugenommen. Hauptgrund: die Kolonial- und Kriegspolitik des Reichs. So schwankten die Reichsausgaben für die Kriegsflotte zwis-

schen 1871 und 1888 jährlich zwischen 8 und 39 Mio. RM, während die Jahresausgaben 1908 schon 389 Mio. und 1911 sogar 462 Mio. RM betrugen. Von 1877 bis 1908 stiegen die Reichsschulden pro Kopf der Bevölkerung von 1,66 auf 63,78 RM. In diesem Zeitraum setzten Junker und Großbourgeois ständig Anhebungen der indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel durch, so daß nach Berechnungen aus dem Jahr 1906 auf jede Mark direkte Steuern (die die Niedrigeinkommen geringer belasteten) acht Mark indirekte Steuern und Zölle gezahlt wurden, in Großbritannien dagegen umgerechnet nur 1,49 RM. Mit Ausnahme des Zarenreiches zahlte die besitzende Klasse in keinem imperialistischen Staat verhältnismäßig so wenig Steuern wie im Kaiserreich. Erfolgreich konnte die Reichsbourgeoisie alle Versuche der Sozialdemokratie zum Scheitern bringen, die auf die Einführung eines durchgehend progressiven Einkommensteuertarifs mit einem steuerfreien Existenzminimum und auf die Abschaffung der indirekten Steuern zielten.

In dem Reichsetat von 1736 Mio. RM 1908 waren genau 1398 Mio. RM für das Militär und die Kolonialpolitik ausgewiesen, dagegen für Soziales und Kultur gerade 176 Mio. RM, darin 51 Mio. RM als gesetzlicher Zuschuß für die Invaliden- und Rentenversicherung. Das heißt, nur ein Bruchteil den werktätigen Klassen abgepreßten Steuerlast ist wieder in den Konsum der werktätigen Klassen eingegangen. Vielmehr dürfte die bloße Existenz der Sozialversicherungen Vorwände geliefert haben, die Steuerplünderei weiter zu verschärfen.

Quelle: Emmanuel Wurm, Finanzgeschichte des Deutschen Reiches, Hamburg 1910



I: Die Kurven von oben nach unten (am rechten Rand): Anteil ind. Steuern am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit; Anteil Umsatzsteuer am Bruttoeink. aus unselbstst. Arbeit; Anteil Steuern auf Vermögensbesitz am Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Bild II: Anteil indirekte Steuern an Nettolohn- u. Gehaltssumme; Anteil Umsatzsteuer an Nettolohn- und Gehaltssumme; Anteil Steuern auf Vermögensbesitz am Eink. aus Unternehmert. und Verm. Bild III: Anteil ind. Steuern am Gesamtsteueraufk.; Anteil Lohnsteuer; Anteil Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuern „„esamtsteueraufkommen“; Anteil Gewerbesteuer. Bild IV: Anteil des Bundes, der Länder, Gemeinden am Steueraufkommen. Bild V: Anteil des Bundes, der Länder, Gemeinden am Aufkommen aus indirekten Steuern. Alle Daten bis 1960 ohne Saarl. und Westberlin.

"Die allgemeine Umsatzsteuer ... beherrscht die steuerlichen Kämpfe des Mittelalters und zwar keineswegs nur im Königreich Spanien, dessen alcabala in den Lehrbüchern zitationsfähig geblieben ist, sondern ebensogut in Frankreich, in den deutschen und italienischen Städten," röhmt Grabower die Geschichte der Umsatzsteuer 1925. Und Popitz, der theoretische Begründer der Umsatzsteuer der heutigen Form schreibt dazu: "Mir war auf Grund meiner bisherigen Kenntnisse die Umsatzsteuer als Kriessen, ja als die eigentliche Kriegs- und Nachkriegssteuer erschienen: Kaiser Augustus führte sie ein, um seine Veteranen zu befriedigen, Spanien sucht mit ihren gewaltigen Kosten seiner europäischen und kolonialen Kriege und Eroberungszüge zu decken, in England erscheint sie als wirres Akzisenbündel in der Not der napoleonischen Kriege, Amerika rettet sich mit ihr aus dem finanziellen Zusammenbruch der Sezessionskriege, der Weltkrieg bringt ihre Wiedergeburt, zuerst in Deutschland und Frankreich, dann in rascher Folge in fast allen kriegsführenden Staaten..."

Ihre besondere Bedeutung gewinnen die indirekten Steuern, sowie vor allem die Umsatzsteuer für die Reichsbourgeoisie und ihre Nachfolger noch dadurch, daß sich das Deutsche Reich bis zum 1. Weltkrieg in seinen Einnahmen fast ausschließlich auf die indirekten Steuern stützte. Und so wird z.B. 1902 die Schaumweinsteuer eingeführt und 1909 in Zusammenhang mit der Flottenvorlage erhöht. 1916 wird der erste Vorläufer der allgemeinen Umsatzsteuer mit 0,1% eingeführt, 1918 zur Umsatzsteuer auf alle Lieferungen und Leistungen ausgebaut und auf 1% erhöht und bis 1924 auf 2,5%. Nach einer Senkung des Steuersatzes bis auf 0,85%, verhelfen ihr die Faschisten wieder zur "Fortführung ihres Siegeszugs durch die europä-

ischen Steuersysteme" (G.Schmölders). Sie erhöhen die Sätze und Schaubild I verdeutlicht wie sie damit das Aufkommen aus indirekten Steuern und Umsatzsteuer in die Höhe getrieben haben, Hand in Hand mit einer Senkung der Steuern auf Vermögensbesitz. Gleichzeitig führen sie 1930 die Mineralölsteuer ein. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen sinkt jedoch, da sie die Steuereinnahmen gewaltig zentralisieren und so zusätzlich zu den gesteigerten indirekten Steuern die Einkommenssteuer zur wichtigsten Finanzierungsquelle ihrer Kriegspläne machen.

Nach dem verlorenen Weltkrieg stehen dem Bund wieder nur die indirekten Steuern für die Wiederaufrüstung zur Verfügung. Als erstes wird 1948 die Kaffee- und Teesteuer eingeführt, die Umsatzsteuersätze werden 1946 auf 3% und 1951 auf 4% erhöht. In der Debatte um die Finanzierung der Wiederaufrüstung spielt die Reform der Umsatzsteuer eine entscheidende Rolle. In einer Rede fordert G. Schmölders 1954: "Worauf ich aber ... aufmerksam machen wollte, das ist die große Bewährungsprobe der Finanzpolitik, die jetzt bevorsteht, wenn die Aufgabe der Rüstungsfinanzierung hinzutritt ... Damit sind wir wieder beim Thema angelangt ... bei der Steuerreform." 1953 hatte er ein Gutachten vorgelegt, in dem er den Umbau der Umsatzsteuer in Richtung Mehrwertsteuer vorschlägt, um sie wieder zu Hauptsteuer auszubauen, bei gleichzeitiger Entlastung der Kapitalisten bei Körperschafts- und Einkommenssteuer. Mit der Einführung der Mehrwertsteuer 1969 gelingt es der Bourgeoisie auch die Einnahmen aus indirekten Steuern gewaltig zu steigern, über die weitere Erhöhung der Sätze für Umsatzsteuer und die wichtigsten Verbrauchssteuern versucht sie die weitere Steigerung der Mittel für ihre Expansionspläne.

Im nächsten Heft

Regierungsprogramm

Probe auf die „Belastungsfähigkeit“ der Lohnabhängigen



OPEC

Sinkende Ölpreise gleich „Aufschwung“? Die BRD-Imperialisten drohen

„Deutsche hoffen wieder – Preise endlich gebremst“, jubelte die Bild-Zeitung nach den Beschlüssen der OPEC-Konferenz. Alle, die den „Aufschwung“ wünschen, könnten aufatmen. Nun wird ein sinkender Preis für Heizöl und Benzin kaum die Arbeiterhaushalte entlasten. Die Kapitalisten verkünden, daß dann die Löhne noch weiter sinken könnten. Aus dem Finanzmi-

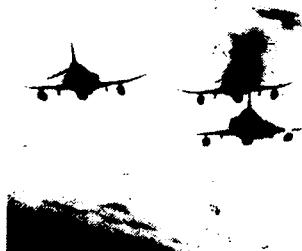
nisterium kam, man prüfe, ob neben der Mehrwert- nicht auch die Mineralölsteuer erhöht werden könne. Zugleich drohen die Imperialisten, daß sie ihre mit sinkendem Ölpreis steigende Schlagkraft zur Wiederherstellung der nie ganz verlorenen Kontrolle über die Ölproduktion in den OPEC-Staaten ebenso wie zur weiteren Plünderung der Dritten Welt nutzen wollen.

Senkung des Arbeitslosengeldes für Ledige und kinderlose Ehepaare, Senkung der Renten, Rückführung der Schwerbehinderten und Kranken in die Fabriken und Büros, der türkischen Familien in die Obhut der Militärjunta – die Liste der Zumutungen, die die neue Regierung der Arbeiterbewegung im Regierungsprogramm verschrieben hat, ist lang. Reaktionen des DGB-Vorstands lassen befürchten, daß dessen Geduld gegenüber der Reaktion groß ist.



Jagdgeschwader Immelmann

Kampfauftrag und Lage der Soldaten



Mit Beginn des erneuten Aufbaues bewaffneter Einheiten auf dem Boden der BRD, wurde dem Aufbau einer schlagkräftigen Luftwaffe seitens der westdeutschen Bourgeoisie große Bedeutung beigemessen. Inzwischen umfaßt die bundesdeutsche Luftflotte ein Drittel der Luftstreitkräfte der NATO im Gefechtsabschnitt Mitteleuropa (CINCENT).

40% des Einsatzflugbetriebes der Luftwaffe wird im Ausland absolviert. Das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ in Bremgarten ist wichtiger Bestandteil der Luftflotte der BRD und besitzt mit der RF-4E Phantom II ein technisch hochwertiges Flugzeug, das seit Oktober 1982 auch mit atomaren Waffen zugeladen werden kann.

Azania

Brutale Unterdrückung sichert den Lebensstandard der Siedler

Ein Vorurteil, das die westdeutschen Imperialisten verbreiten, ist die Behauptung, daß der Lebensstandard der schwarzen Arbeiter und Bauern in Südafrika immerhin noch besser wäre als in den schwarzafrikanischen Entwicklungsländern. Tatsächlich reicht das Essen nicht zum Leben, viele Schwarze verhungern. Bericht einer Genossin des PAC, die seit 1952 den Kampf gegen das Siedlerregime führt.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wahrpflichtiges Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverwaltung, Landes- und Selbstverwaltung

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden von mir herausgegeben

Zentralrat der Komintern und des Westdeutschen Antifaschistischen Bündnis (WAB)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19
Tel.: 0221/ 51 7457

Sie erscheinen im Verlag CNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel. 0221/ 51 7457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte, Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichtenheft Halbjahresabonnement 16,- DM, Jahresabonnement 32,- DM

Jedes weitere Nachrichtenheft, Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Einzelbestellung Nachrichtenheft, Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

CNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel.: 0221/ 51 7457